

Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftsdirektion = Rapport de gestion de la Direction de l'économie publique

Autor(en): **Siegenthaler, Peter / Schmid, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport
sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1992)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418164>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftsdirektion

Direktor: Regierungsrat Peter Siegenthaler
Stellvertreter: Regierungsrat Peter Schmid

Rapport de gestion de la Direction de l'économie publique

Directeur: le conseiller d'Etat Peter Siegenthaler
Suppléant: le conseiller d'Etat Peter Schmid

1. Einleitung

1.1 Allgemeine Wirtschaftslage

Schweiz

Der im Herbst 1990 einsetzende Konjunkturabschwung hat sich entgegen früherer Erwartungen 1992 verstärkt fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) ging im Jahresdurchschnitt schätzungsweise ein halbes Prozent zurück, nachdem es 1991 stagniert hatte. Stark rückläufig war die Inlandnachfrage, hauptsächlich als Folge der Investitionsflaute aufgrund der hohen Zinsen. Das Wachstum des privaten Konsums schwächte sich vor dem Hintergrund des markanten Beschäftigungsrückgangs ab und stagnierte in der zweiten Jahreshälfte. Kräftig expandierten dagegen die Exporte. Die restriktive Geldpolitik der Nationalbank trug Früchte: Ende 1992 erreichte die Jahreststeuerung 3,4 Prozent, nach noch 5,9 Prozent im Vorjahr.

Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich von knapp 60 000 Ende 1991 auf über 120 000 Ende 1992. Damit liegt die Arbeitslosenquote bei 4,2 Prozent; im Vorjahr lag sie noch bei 1,9 Prozent.

Kanton Bern

Der Konjunkturverlauf der Berner Wirtschaft verlief analog zur gesamtschweizerischen Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit stieg auch im Kanton Bern markant an: seit Beginn des Jahres nahm die Zahl der Arbeitslosen von 6408 auf 15 080 im Dezember zu. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,47 Prozent (Vorjahr 1,25%). Damit lag der Kanton Bern insgesamt nach wie vor noch unter dem schweizerischen Mittel. In den Regionen Biel-Seeland (5,38%) und Berner Jura (4,98%) wird der schweizerische Mittelwert allerdings übertroffen.

Prognosen

Die Kommission für Konjunkturfragen erwartet für 1993 eine zögernde Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Die Konjunktur dürfte erneut durch die Exporte gestützt werden. Für die Inlandnachfrage, welche 1992 einen Rückschlag erlitten hat, wird eine Stagnation erwartet. Insbesondere weiter nachlassende Zinsen dürften auch bei den Bauinvestitionen die Perspektive etwas aufhellen. Mit dem geringen Wirtschaftswachstum wird sich eine weitere Zunahme der Arbeitslosenquote verbinden. Der Teuerungsrückgang dürfte anhalten. Die Beschäftigungs- und Wirtschaftslage wird für das Jahr 1993 wohl zum wichtigsten Problem für Politik und Wirtschaft.

1. Introduction

1.1 Situation générale de l'économie

Suisse

Le ralentissement de l'activité économique, qui s'est amorcé en automne 1990, a été plus marqué encore en 1992, contrairement aux prévisions. Selon les estimations, le produit intérieur brut réel (PIB) a reculé d'un demi pour cent en moyenne annuelle après une stagnation en 1991. La demande intérieure a sensiblement baissé, notamment en raison de l'accalmie observée dans les activités d'investissements par suite de la hausse des taux d'intérêts. La progression de la consommation privée s'est affaiblie compte tenu de l'aggravation de la situation de l'emploi et a connu une stagnation durant le second semestre. En revanche, le volume des exportations a très nettement augmenté.

La politique restrictive pratiquée par la Banque nationale a porté ses fruits: à la fin de 1992, le renchérissement annuel atteignait 3,4 pour cent, alors qu'il se situait à 5,9 pour cent l'année précédente.

Le nombre de personnes au chômage a doublé, passant de 60 000 environ (fin 1991) à plus de 120 000 à la fin de 1992. Le taux de chômage est de 4,2 pour cent contre 1,9 pour cent l'année précédente.

Canton de Berne

L'économie bernoise a connu une évolution analogue à celle de la Suisse en général. Le chômage a aussi fortement progressé dans le canton de Berne: depuis le début de l'année, le nombre de sans-emploi a passé de 6408 à 15 080 à fin décembre 1992, soit un taux de 3,47 pour cent (1991: 1,25%). Le canton de Berne demeure ainsi en-dessous de la moyenne suisse. Dans les régions de Bienne-Seeland (5,38%) et du Jura bernois (4,98%), la moyenne suisse a toutefois été dépassée.

Prévisions

La commission pour les questions conjoncturelles ne s'attend pas à une très nette reprise de l'activité économique en 1993 pour l'ensemble de la production nationale. Le secteur des exportations devrait à nouveau constituer le principal pilier de l'économie. La demande intérieure, qui a enregistré une sensible baisse en 1992, devrait connaître une stagnation. En cas de nouvel abaissement des taux hypothécaires, on pourrait toutefois espérer une relance des activités d'investissements dans la construction. La faible croissance économique devrait entraîner une nouvelle aggravation du chômage. Le recul du renchérissement devrait se poursuivre.

La situation de l'emploi et les problèmes économiques occuperont tout particulièrement la classe politique et les milieux de l'économie en 1993.

1.2 **Schwerpunktt Themen im Jahr 1992**

Zwei Schwerpunkte in der Tätigkeit des Direktionssekretariats waren die Vorbereitung der operationellen Funktionsfähigkeit der neuen Direktion und die Bearbeitung direktionsübergreifender Aufgaben. Dazu gehörten insbesondere die Vorbereitung eines Berichts im Zusammenhang mit den stets weiter ansteigenden Ergänzungsleistungen sowie eines Strategiepapiers zur Stärkung der bernischen Wirtschaftskraft. Ebenfalls zu einer starken zeitlichen Belastung führten die Arbeiten im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichts (vgl. Ziff. 2.1.1).

Die Euro-Koordinationsstelle hatte sich zur Hauptsache mit den Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zu befassen. Der EWR-Bericht der Regierung, der sich zur Bedeutung des Abkommens äusserte und den Handlungsbedarf zu dessen Umsetzung darlegte, wurde vom Grossen Rat in der September-Session zur Kenntnis genommen (vgl. Ziff. 2.1.5).

Den höchsten Stellenwert und Zeitbedarf in der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung hatten Abklärungen, vermittelnde Dienstleistungen und Aufklärungsarbeit an der verwaltungsinternen Front im Zusammenhang mit Anliegen von eurosensibilisierten Unternehmungen, die von der Wirtschaftsförderung Einflussnahme auf die Beschleunigung und Vereinfachungen von Administrativabläufen und Verfahren erwarteten (vgl. Ziff. 2.2.2). Zu einer starken Belastung führten auch die Vorarbeiten für die Ausgliederung von Teilen der Wirtschaftsförderung aus der Staatsverwaltung (vgl. Ziff. 2.2.9).

Das Amt für Tourismus hat mit dem Versuch, in drei Kurorten die Beherbergungsabgabe und die Gemeindegurtaxe gemeinsam zu beziehen, positive Erfahrungen gemacht. Das Verfahren soll deshalb ab Sommersaison 1993 auf weitere Kurorte ausgedehnt werden (vgl. Ziff. 2.3.6). Eine der Hauptaufgaben im Bereich Gastgewerbe waren auch 1992 die Vorarbeiten für die Totalrevision des Gastgewerbegesetzes, welches 1993 dem Grossen Rat vorgelegt werden soll (vgl. Ziff. 2.3.7.1).

Die Tätigkeit des Amtes für Wohnungswesen war im Berichtsjahr durch die hohen Hypothekenzinssätze geprägt, welche zu einem weiteren Anstieg der Gesuche nach Wohnbauhilfen führten. Um dieser Situation Rechnung zu tragen, wurde beim Gesetz über die Verbesserung des Wohnungsangebots der Kreditrahmen von 10 auf 13 Mio. Franken erhöht. Mit der Verabschiedung des Dekrets über die Wohnbau- und Eigentumsförderung sowie der dazugehörigen Verordnung erfolgt auf den 1. Januar 1993 der Wechsel von der eigenständigen Wohnbauförderung zur kombinierten Wohnbau- und Eigentumsförderung Bund/Kanton (vgl. Ziff. 2.4.1.1).

Das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) wurde im Bereich Arbeitsmarkt mit dem höchsten Zuwachs an Arbeitslosen seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert (vgl. Ziff. 2.5.3.1). Das neue Gesetz über Handel und Gewerbe bringt in verschiedenen Bereichen durch den Wegfall von Bewilligungspflichten Erleichterungen für die bernische Wirtschaft (vgl. Ziff. 2.5.8). Im Umweltschutzbereich wurden die Schlussberichte der Massnahmenpläne zur Luftreinhaltung für die Regionen Bern, Biel und Thun vom Regierungsrat genehmigt (vgl. Ziff. 2.5.10.1).

Die Ausgleichskasse beschäftigte sich schwergewichtig mit Massnahmen, um Infrastruktur und Organisation an die künftige Entwicklung im Aufgabenvollzug anzupassen. Mit einer Änderung des Gesetzes vom 28. Juni 1964 über die Krankenversicherung sowie des Dekrets vom 7. November 1984 über die Krankenversicherung genehmigte der Grosse Rat in der September-Session eine erste Sparmassnahme zum Massnahmenpaket Haushaltgleichgewicht (vgl. Ziff. 2.6.1).

Die Tätigkeit des Amtes für Berufsberatung und der regionalen Berufsberatungsstellen wurde durch die veränderte Wirtschaftslage und den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geprägt (vgl. Ziff. 2.7.1). Die Zahl der Ratsuchenden ist vor diesem Hintergrund stark angestiegen (vgl. Ziff. 2.7.2).

Das Amt für Berufsbildung hat zusammen mit Fachleuten der ASCOM, der PTT und der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern ein kantonales Ausbildungsreglement für den neuen Beruf Informa-

1.2 **L'année en bref**

Les activités du secrétariat général ont été dominées par deux tâches essentielles: la mise sur pied de l'organisation structurelle de la nouvelle Direction et la préparation de diverses tâches inter-Directions. Citons entre autres l'élaboration d'un rapport sur l'augmentation constante des prestations complémentaires ainsi qu'un document sur les stratégies visant à conforter la position de l'économie bernoise. Il a fallu également consacrer beaucoup de temps aux travaux relatifs au plan de mesures Equilibre des finances (cf. ch. 2.1.1).

Le bureau de coordination des questions liées à l'intégration européenne s'est principalement occupé des relations de la Suisse avec la Communauté européenne (CE). Le rapport du Gouvernement sur l'accord EEE, l'importance de ce traité et les mesures à prendre pour sa mise en application, a été présenté au Grand Conseil lors de la session de septembre (cf. ch. 2.1.5).

Dans le contexte très sensible de l'intégration européenne, les demandes des entreprises bernoises adressées à la Promotion économique en vue d'intervenir dans les procédures administratives pour les simplifier et les accélérer ont fortement augmenté (cf. ch. 2.2.2). Les travaux préparatoires visant à séparer la Promotion économique de l'administration ont pris beaucoup de temps (cf. ch. 2.2.9).

L'Office du tourisme a mené à bien l'expérience d'encaissement commun de la taxe d'hébergement et de la taxe de séjour dans trois stations. Fort des résultats positifs, il va étendre la méthode à d'autres stations à partir de l'été 1993 (ch. 2.3.6). Dans le domaine de l'hôtellerie et de la restauration, l'office était principalement occupé par les travaux de révision totale de la loi qui sera soumise au Grand Conseil en 1993 (ch. 2.3.7.1).

Les activités de l'Office du logement ont été déterminées en 1992 par les taux d'intérêts hypothécaires élevés qui ont amené une nouvelle augmentation des demandes d'aides à la construction de logements. Pour tenir compte de cette situation, le cadre du crédit de la loi sur l'amélioration de l'offre de logements a été relevé de 10 à 13 millions de francs. Le décret encourageant la construction et l'accès à la propriété de logements a été adopté ainsi que l'ordonnance y relative, ce qui a permis de passer, au 1^{er} janvier 1993, de l'encouragement cantonal à la construction de logements à l'instrument combiné canton/Confédération pour encourager la construction et l'accès à la propriété de logements (ch. 2.4.1.1).

L'Office cantonal de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT) a dû faire face sur le marché du travail à la plus forte hausse du chômage depuis la seconde Guerre mondiale (ch. 2.5.3.1). La nouvelle loi sur le commerce et l'industrie facilite à maints égards l'économie bernoise en supprimant plusieurs autorisations obligatoires (ch. 2.5.8). En matière de protection de l'environnement, le Conseil-exécutif a adopté les rapports finals des plans de mesures de protection de l'air pour les régions de Berne, Bienne et Thoun (ch. 2.5.10.1).

La Caisse de compensation s'est chargée principalement d'adapter son infrastructure et son organisation aux modifications prévues dans l'exécution de ses tâches. En adoptant à la session de septembre la modification de la loi du 28 juin 1964 sur l'assurance en cas de maladie et du décret du 7 novembre 1984 sur l'assurance-maladie, le Grand Conseil approuvait la première mesure d'économie prévue dans le Plan d'équilibre des finances (ch. 2.6.1).

L'activité de l'Office de l'orientation professionnelle et des offices régionaux a été marquée par les changements intervenus dans notre économie et la forte progression du chômage (cf. ch. 2.7.1). Les besoins de consultation se sont par conséquent nettement accrus (cf. ch. 2.7.2).

L'Office de la formation professionnelle a préparé avec le concours de spécialistes d'ASCOM, des PTT et de l'Ecole professionnelle artisanale de Berne un règlement cantonal pour la nouvelle profession d'informaticien/ne. Cette formation sera dispensée à partir de l'été 1993 (cf. ch. 2.8.2). Le groupe de travail «Maturité professionnelle-EPS» mis sur pied par le Conseil-exécutif a achevé ses travaux et

tiker/Informatikerin ausgearbeitet. Die Ausbildung wird ab Sommer 1993 aufgenommen (vgl. Ziff. 2.8.2). Die vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe BMS-Berufsmatur hat ihre Arbeit abgeschlossen und ein Thesenpapier vorgelegt. Gestützt auf den darauf vom Regierungsrat gefassten Beschluss und die vom Bund erlassenen Vorschriften können ab 1993 in Thun, Bern, Biel und St. Immer Berufsmaturitätsklassen geführt werden (vgl. Ziff. 2.8.3.4). An das Projekt Campus II der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern bewilligte der Grosse Rat einen Staatsbeitrag von 18,45 Mio. Franken. In Mülmen und Worb wurden zwei neue Kurszentren genehmigt (vgl. Ziff. 2.8.2.6 und 2.8.3.3). Die Gebäudeversicherung verzeichnete auch 1992 eine massive Verschlechterung des Feuerschadenverlaufs (vgl. Ziff. 2.10.2).

1.3

Volkswirtschaftskommission

Im Anschluss an die erste Sitzung des Berichtsjahrs wechselte das Präsidium. Anstelle von Moritz Baumberger, Vertreter der Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände und Sekretär des Bernischen Lehrervereins, wurde neu Grossrat Samuel Schmid, Fürsprecher, Vertreter des Kantonalbernerischen Gewerbeverbandes, als Präsident für die nächsten zwei Jahre gewählt.

An der Januar-Sitzung wurde neben den Themen Wohnbau- und Eigentumsförderung, Luftreinigung-Massnahmenpläne Regionen Bern und Biel, Totalrevision des Gastgewerbegesetzes vor allem über die Wirtschaftslage diskutiert.

Hauptgewicht der Juni-Sitzung lag auf dem Thema Zukunftsprojekte im öffentlichen Verkehr des Kantons Bern. Daneben wurden die Standardthemen Wirtschaftslage, Gastgewerbegesetz sowie Feuer- und Wehrdienstgesetz behandelt.

Die Oktober-Sitzung beinhaltete vor allem die Neustrukturierung der Volkswirtschaftskommission. Die Kommission besteht aus noch 17 Mitgliedern und soll den Volkswirtschaftsdirektor in allen wichtigen Fragen der bernischen Wirtschaft beraten. Sie ist sozialpartnerschaftlich zusammengesetzt. Der Regierungsrat verabschiedete die Verordnung im November 1992. Ferner wurden auch Teilprivatisierung der Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktlage sowie Gastgewerbegesetz behandelt.

2.

Berichte der einzelnen Ämter, Abteilungen und Dienststellen

2.1

Direktionssekretariat

2.1.1

Organisation/Aufgaben

Im personell mit einem absoluten Minimum an Personal dotierten Direktionssekretariat waren im Berichtsjahr 1992 neben der Wahrnehmung einer Vielzahl von ordentlichen Stabsaufgaben wie Beratung und Unterstützung des Direktors, Vermittlung des Verkehrs mit dem Regierungsrat und dem Grossen Rat, Betreuung des Rechtswesens usw. zwei Schwerpunkte zu verzeichnen, nämlich: Vorbereitung der operationellen Funktionsfähigkeit der neuen Direktion und Bearbeitung direktionsübergreifender Aufgaben. Da der Grosse Rat das Organisationsdekret der Volkswirtschaftsdirektion bereits in der März-Session 1992 verabschiedete, verblieb genügend Zeit, um die Folgearbeiten mit der erforderlichen Sorgfalt

présenté des éléments de réflexion. Suite à un arrêté du Conseil-exécutif portant sur cet objet et aux prescriptions fixées par la Confédération en la matière, les premières classes de maturité professionnelle seront ouvertes à partir de 1993 à Thoune, Berne, Bienne et Saint-Imier (cf. ch. 2.8.3.4). Le Grand Conseil a octroyé une subvention de 18,45 millions de francs en faveur du projet Campus II de l'Ecole professionnelle industrielle et artisanale de Berne. Il a de plus approuvé la construction de deux nouveaux centres de formation à Mülmen et à Worb (cf. ch. 2.8.2.6 et 2.8.3.3).

L'évolution des dommages causés par le feu a de nouveau été très défavorable (cf. ch. 2.10.2).

1.3

Commission d'économie générale

Au terme de la première séance, la commission a élu un nouveau président. Moritz Baumberger, représentant de la Fédération bernoise des associations d'employés et de fonctionnaires et secrétaire de l'Association bernoise des enseignants a été remplacé par Samuel Schmid, avocat, député au Grand Conseil, représentant de l'Union cantonale bernoise des arts et métiers, qui exercera cette fonction pendant deux ans.

Au cours de la séance de janvier, la commission s'est occupée en particulier de problèmes liés à la conjoncture actuelle, mis à part des thèmes comme l'encouragement à la construction et à la propriété de logements, la protection de l'air – plans de mesures pour les régions de Berne et de Bienne – et la révision de la loi sur l'hôtellerie et la restauration.

Lors de la session de juin, la commission s'est penchée en particulier sur des projets relevant des transports publics. Elle a également discuté de sujets actuels comme la situation conjoncturelle, la loi sur l'hôtellerie et la restauration et la loi sur la protection contre le feu et les services de défense.

La séance d'octobre a été essentiellement consacrée à l'examen de la nouvelle structure de la commission. Elle se compose actuellement de 17 membres et elle est tenue de conseiller le directeur de l'économie publique dans toutes les affaires importantes pour l'économie bernoise. Les différents partenaires sociaux y sont représentés. Le Conseil-exécutif a arrêté la nouvelle ordonnance en novembre 1992. D'autres questions ont été traitées comme la privatisation partielle de la Promotion économique, la situation du marché du travail et la loi sur l'hôtellerie et la restauration.

2.

Rapports des différents offices

2.1

Secrétariat général

2.1.1

Organisation/tâches

Le secrétariat général s'est occupé, avec le strict minimum de personnel, d'un grand nombre de tâches d'état-major comme celles de conseiller et d'appuyer le directeur, de coordonner les affaires destinées au Conseil-exécutif et au Grand Conseil, d'assurer le service juridique et en particulier de deux tâches essentielles: mettre en place la nouvelle organisation structurelle de la Direction et s'acquitter de tâches inter-Directions.

Le décret concernant l'organisation de la Direction de l'économie publique ayant été adopté au cours de la session de mars 1992 déjà, il restait suffisamment de temps pour se consacrer avec le soin nécessaire aux travaux qui en découlent. Le directeur de l'économie

bewältigen zu können. Das vom Volkswirtschaftsdirektor vorgegebene Ziel, wonach Ende November 1992 Geschäftsordnung, Amtsreglemente, Führungsinstrumente und Ausgestaltung des Controlling konsolidiert vorliegen sollten, konnte erreicht werden. Unter der Federführung des Direktionssekretariats wurden die entsprechenden Arbeiten mit Verantwortlichen der vier Ämter bewältigt. Besonderes Augenmerk wurde bei der Erarbeitung der Geschäftsordnung, der Amtsreglemente und des Reglements für das Direktionssekretariat auf die Gestaltung der Zusammenarbeit gegen aussen und innen gelegt. Die beschränkte Anzahl von Grundsätzen, die Leitbildcharakter haben, sind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbindlich. Als wichtigste Führungsinstrumente wurden bestimmt: monatliche Direktionskonferenz mit Amtsvorstehern und Direktionssekretären (Leitung Volkswirtschaftsdirektor) sowie vierteljährlich stattfindende Fachkonferenzen, an denen in Anwesenheit des Volkswirtschaftsdirektors auch alle Abteilungsvorsteher teilnehmen (Leitung Amtsvorsteher). Die Aufgaben der drei Fachkonferenzen (Konferenz für Landwirtschaft, Konferenz für Wald und Natur, Wirtschaftskonferenz) sind in der Geschäftsordnung klar umschrieben.

In Ergänzung der Ausführungen im Verwaltungsbericht 1991 sind im Bereich der direktionsübergreifenden Projekte folgende Schwerpunkte zu erwähnen: In Zusammenarbeit mit der Fürsorge-, Justiz- und Finanzdirektion wurde unter Beizug externer Experten nach möglichen Gründen für die stets weiter ansteigenden Ergänzungsleistungen gesucht. Ein entsprechender Bericht dürfte im Februar 1993 vorliegen. Des weitern wurde unter Federführung des Direktionssekretariats ein Strategiepapier zur Stärkung der bernischen Wirtschaft vorbereitet. Das Strategiepapier soll vom Regierungsrat im Februar 1993 verabschiedet werden können. Es entstand unter Mitwirkung der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, der Erziehungs- und Finanzdirektion. Als drittes Projekt, das zu einer starken zeitlichen Belastung führte, seien die Arbeiten im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichts erwähnt. Auch hier kommt der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit grosse Bedeutung zu.

2.1.2 Personelles

Wirtschaftsförderung

Der bisherige Adjunkt für Berggebietsförderung, Adrian Studer, wurde zum Vorsteher des neuen Amtes für wirtschaftliche Entwicklung (KAWÉ) gewählt.

Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel

Herr E. Hirschi wurde als neuer Schulleiter ad interim anstelle des in den Ruhestand getretenen Direktors Dr. R. W. Maeder gewählt.

2.1.3 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst befasste sich erneut mit zahlreichen gesetzgeberischen Arbeiten (vgl. Ziff. 3).

Bei den Beschwerden konnte gegenüber dem letztjährigen Anstieg ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Am meisten Fälle mussten erneut im Bereich Berufsbildung (46/im Vorjahr 30) beurteilt werden. Stark rückläufig waren dagegen wegen der schlechten Wirtschaftslage vor allem die Verfahren um Zuteilung ausländischer Arbeitskräfte (5/20). 7 (8) Entscheide der Volkswirtschaftsdirektion wurden ans Verwaltungsgericht weitergezogen und von einer Ausnahme abgesehen (die zwangsweise Erhöhung eines älteren Kamins wurde entgegen der Auffassung der Verwaltung und der Standortgemeinde als verhältnismässig angesehen) bestätigt. Beim Bundesgericht wurden 2 Fälle (1) angefochten. Eine Beschwerde wurde abgewiesen, die andere ist noch hängig.

Rechtsauskünfte und Rechtsberatungen bewegten sich im üblichen Rahmen.

publique s'était fixé l'objectif suivant: mettre au point, jusqu'à fin novembre 1992, le règlement interne, les règlements des offices, les instruments de conduite et le contrôle de gestion. Cet objectif a été atteint. Les préparatifs ont été effectués avec le concours des responsables des quatre offices sous la conduite du secrétariat général. Il a été tenu compte d'un élément important lors de l'élaboration du règlement interne, des règlements des offices et du règlement du secrétariat général, à savoir les modalités de la collaboration interne et externe. Les principes définis – en nombre limité – qui servent de lignes directrices ont un caractère obligatoire pour les collaborateurs et collaboratrices. Les instruments de gestion les plus importants sont les suivants: la conférence de direction mensuelle (dirigée par le directeur de l'économie publique) réunissant les chefs des offices et les secrétaires généraux ainsi que les conférences trimestrielles par domaine qui se tiennent en présence du directeur de l'économie publique et de tous les chefs de service (dirigées par les chefs d'office). Les tâches des trois conférences par domaine (agriculture, nature et forêts, économie) sont clairement définies dans le règlement interne.

En plus des tâches inter-Directions décrites dans le rapport annuel 1991, il convient de mentionner les activités suivantes: on a tenté de déterminer les causes, avec le concours des Directions des œuvres sociales, de la justice et des finances ainsi que d'experts externes, de la hausse incessante des prestations complémentaires.

Une étude consacrée à ce problème devrait paraître en février 1993. Signalons également la préparation, sous les auspices du secrétariat général, d'un document sur les stratégies visant à conforter la position de l'économie bernoise. Il est prévu de soumettre ce document au Conseil-exécutif en février 1993. Il a été élaboré avec le concours de la Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie, ainsi que des Directions de l'instruction publique et des finances. Un troisième projet, dont la préparation a pris du temps, concerne le plan de mesures Equilibre des finances. La collaboration inter-Directions joue ici un rôle essentiel.

2.1.2 Personnel

Promotion économique

Adrian Studer, adjoint responsable de l'aide aux régions de montagne, a été nommé chef du nouvel Office du développement économique (ODECO).

Ecole d'administration et des transports de Bienne

E. Hirschi a été nommé directeur ad interim en remplacement de R.W. Maeder, qui a pris sa retraite.

2.1.3 Service juridique

Le service s'est occupé de très nombreux travaux législatifs (cf. ch. 3).

Le nombre de recours a légèrement diminué, alors qu'il avait quelque peu augmenté l'année précédente. La plupart des cas concernaient la formation professionnelle (46/1991: 30). Le service juridique n'a eu affaire qu'à un très petit nombre de recours dans le domaine de l'attribution de la main-d'œuvre étrangère, notamment en raison de la récession actuelle (5/20). 7 (8) cas ont été portés par voie de recours devant le Tribunal administratif, qui les a entérinés à une exception près (le relèvement de la hauteur d'une ancienne cheminée a été jugé raisonnable, contre l'avis de l'Administration et de la commune concernée). 2 (1) décisions ont été attaquées devant le Tribunal fédéral. Un recours a été rejeté, l'autre affaire est pendante.

Les activités d'information et de conseil n'ont pas dépassé le cadre usuel.

2.1.4 *Wirtschaftliche Landesversorgung*

Im Auftrag des Bundes wurde nach 1987 wiederum eine Bäckerei-erhebung durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass ein grosser Teil der bernischen Betriebe ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommt, ständig einen Vorrat an Backmehl, Hefe und Salz zur Herstellung des normalen Brotbedarfs der Kundschaft für mindestens zwei Wochen zu halten. Auch wenn im Anschluss an die Erhebung wiederum zahlreiche Mahnschreiben wegen fehlender Rohstoffvorräte zu versenden waren, sind die Lagermengen gemessen am heutigen Bedarf im Kanton Bern wie auch gesamtschweizerisch ausreichend.

Kurse für neue Gemeindestellenleiter wurden in Schliern (für deutschsprachige Gemeinden) und Sonceboz (für die Gemeinden des Berner Juras) durchgeführt. Diese Kurse wurden von 23 bzw. 10 neu für die Landesversorgung tätigen Gemeindefunktionären besucht. Die Teilnehmerzahl zeigt, dass nach wie vor relativ zahlreiche personelle Wechsel bei den Gemeindestellen für wirtschaftliche Landesversorgung zu verzeichnen sind.

Vertreter der Zentralstelle nahmen zudem an verschiedenen Ausbildungsveranstaltungen der Gesamtverteidigung und des Kantonalen Führungsstabs teil.

2.1.5 *Koordinationsstelle für Fragen der europäischen Integration*

Die Euro-Koordinationsstelle (EKS) hatte sich zur Hauptsache mit den Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zu befassen. Am 2. Mai 1992 nämlich unterzeichnete der Bundesrat in Porto das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Die Bedeutung, der Umfang und die Komplexität dieses Vertragswerkes und der Umstand, dass Volk und Stände noch im Laufe des Jahres darüber abzustimmen hatten, hatte zur Folge, dass sich Regierung und Verwaltung des Kantons eingehend damit auseinandersetzen mussten. Die Regierung selber hielt u. a. eine Klausurtagung ab, an der sie sich von Experten des Integrationsbüros, des Bundesamtes für Justiz, der Sozialpartner, der Wirtschaft und des Gewerbes ins Bild setzen liess. Die Regierung verabschiedete in der Folge einen EWR-Bericht, der sich – aus kantonaler Sicht – zur Bedeutung des Abkommens äusserte und den Handlungsbedarf zu dessen Umsetzung darlegte. Dieser Bericht wurde vom Grossen Rat in der September-Session zur Kenntnis genommen.

Bund und Kantone haben im Vorfeld der negativ ausgegangenen Abstimmung vom 6. Dezember sehr eng zusammengearbeitet. Den Rahmen dafür boten das Kontaktgremium (in dem der Kanton Bern durch den Volkswirtschaftsdirektor vertreten ist), dessen Koordinationskommission und Arbeitsgruppen. Gegenstand der Beratungen im Kontaktgremium waren auch Fragen grundsätzlicher Natur, wie etwa die Mitwirkung der Kantone im europäischen Integrationsprozess allgemein. Die Europa-Beauftragten der Kantone, mit der Vorbereitung der Umsetzung des EWR auf Kantonsebene und mit der Koordinierung der Aktivitäten der Kantone in Europa-Fragen betraut, trafen sich deshalb regelmässig.

Im Zusammenhang mit der EWR-Diskussion verband sich für die EKS ebenfalls die Aufgabe, über Europa-Politik, Europa-Institutionen, Europa-Recht und das EWR-Abkommen zu informieren. Sie organisierte zu diesem Zweck einen Ausbildungskurs für die Staatsverwaltung, betreute gemeinsam mit dem Integrationsbüro einen Stand an der BEA, veröffentlichte einen «Berner Euroguide» und nahm an zahlreichen Referats- und Diskussionsveranstaltungen teil.

Zu den Aufgaben der EKS gehört auch die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit. Der Kanton Bern beteiligt sich an der Versammlung der Regionen Europas (VRE), der Konferenz «Europa der Regionen», der «Communauté de travail du Jura» sowie dem «Groupe de concertation des cantons frontaliers limitrophes de la France». Teilgenommen hat der Kanton Bern dieses Jahr namentlich an der Hauptversammlung der VRE in Mannheim und an der durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen organisierten Konferenz «Eu-

2.1.4 *Approvisionnement économique*

Après l'enquête de 1987, une nouvelle enquête sur les boulangeries a été réalisée sur mandat de la Confédération. Elle a montré que les exploitations bernoises remplissent généralement leurs obligations légales, c'est-à-dire qu'elles détiennent en permanence les stocks de farine panifiable, de levure et de sel permettant de couvrir les besoins usuels en pain de la clientèle pour deux semaines au moins. Bien qu'il ait fallu à nouveau envoyer de nombreux rappels à l'issue de l'enquête en raison de stocks insuffisants, les réserves actuelles dans le canton de Berne ainsi que dans l'ensemble de la Suisse sont suffisantes.

Des cours ont été organisés à l'intention des chefs des offices communaux de l'approvisionnement économique à Schliern (communes germanophones) et à Sonceboz (communes du Jura bernois) réunissant respectivement 23 et 10 fonctionnaires exerçant cette fonction. Le nombre de participant(e)s à ces cours montre que les fluctuations au sein du personnel demeurent importantes dans ce domaine.

En outre, les responsables de l'Office cantonal ont pris part à des cours de formation mis sur pied par la défense générale et l'état-major cantonal de conduite.

2.1.5 *Bureau de coordination des questions liées à l'intégration européenne*

Le délégué aux affaires européennes s'est essentiellement occupé de questions ayant trait aux relations de la Suisse avec la Communauté européenne (CE). Le 2 mai 1992, le Conseil fédéral signait à Porto l'accord sur l'Espace économique européen (EEE). Vu l'enjeu et la complexité de ce traité et en outre le fait que le peuple et les cantons étaient invités à se prononcer cette année encore sur cet objet, le Conseil-exécutif et l'administration cantonale ont accordé une grande importance à cette question d'actualité. Le Gouvernement cantonal a eu l'occasion, dans le cadre d'une journée de réflexion, de connaître de manière plus précise les points de vue des experts du Bureau de l'intégration, du Département fédéral de la justice, des partenaires sociaux, des représentants des milieux économiques et industriels. Le Gouvernement a ensuite approuvé le rapport sur l'EEE, qui montre l'importance de ce traité pour le canton et indique les mesures à prendre pour sa mise en application. Ce document a été présenté au Grand Conseil lors de la session de septembre.

La Confédération et les cantons ont étroitement coopéré durant la période précédant la votation du 6 décembre, notamment au sein du Groupe de contact des cantons (le canton de Berne y est représenté par le directeur de l'économie publique), de la commission de coordination et de groupes de travail. Le Groupe de contact des cantons a également discuté de questions de principe comme la participation des cantons dans le processus général d'intégration européenne. Les délégués cantonaux aux affaires européennes, chargés de préparer la mise en application des règles EEE à l'échelon cantonal et de coordonner les activités, se sont réunis périodiquement.

Dans le cadre du débat sur l'EEE, le délégué aux affaires européennes a eu la tâche de donner des informations sur des questions ayant trait à la politique européenne, aux institutions européennes, au droit européen et à l'accord sur l'EEE. A cet effet, il a organisé un cours à l'intention du personnel de l'administration cantonale, préparé un stand à la BEA avec la participation du Bureau de l'intégration, publié l'«Euroguide bernois» et participé à de nombreuses conférences et débats.

Le délégué cantonal s'est également occupé de questions liées à la collaboration interrégionale transfrontalière. Le canton de Berne fait partie de l'Assemblée des régions d'Europe (ARE), de la Conférence «Europe des régions», de la «Communauté de travail du Jura» ainsi que du «Groupe de concertation des cantons frontaliers limitrophes de la France». Le canton de Berne a notamment pris part à l'assemblée générale de l'ARE qui s'est tenue à Mannheim et à la Confé-

ropa der Regionen». Der Volkswirtschaftsdirektor und der Europa-Beauftragte beteiligten sich zudem ein erstes Mal am Dreiländerkongress (Grenzraum Oberrhein mit Deutschland, Frankreich und der Schweiz), der in Karlsruhe stattfand, und an dem die Bildung eines Wirtschaftsraumes Oberrhein zur Sprache stand. Daran beteiligt sind vorderhand die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land, doch könnte dieses Modell auch für die andern Kantone der Nordwestschweiz von Interesse sein. Die Möglichkeiten, die eine regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit bietet, müssen nach der Ablehnung des EWR eingehend geprüft werden.

Der Kanton Bern hat die Gelegenheit gehabt, sich den andern Regionen Europas in einem Sonderheft des VRE-Magazins «Régions d'Europe» vorzustellen, dessen redaktioneller Teil vom Amt für Information sowie von der EKS betreut worden ist. Die Aktivitäten des Kantons Bern in diesem Bereich sollen künftig auch verfassungsrechtlich abgestützt werden: die neue Staatsverfassung enthält eine Bestimmung, wonach der Kanton Bern sich an der Zusammenarbeit der Regionen Europas beteiligt (Art. 53).

Zum Aufgabenbereich der EKS gehört auch das Unterstützungsprojekt des Kantons Bern für die tschechische und die slowakische Republik. Der Leiter der EKS nimmt gemeinsam mit dem Vizestaatschreiber die Projektleitung wahr.

2.1.6 Berichte zuhanden von Bundesbehörden

Die Direktion hat folgende wesentliche Stellungnahmen und Anträge des Regierungsrats zu Bundeserlassen vorbereitet:

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

- Vollzug von Artikel 81 Ziffer 2 des Militärstrafgesetzes; Verordnung über die Arbeitsleistung (VAL)
- Revision der Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz (ArG V 3)
- Ausländerregelung 1992/93; Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung des Bundesrats vom 6. Oktober 1986 über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO)
- Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Arbeitslosenhilfe
- Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung (AVIG)

Eidgenössisches Departement des Innern

- Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf einer Verordnung über Beiträge an die Kantone zur Verbilligung der Prämien in der Krankenversicherung
- Revision der Unfallverhütungsverordnung (VUV)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

- Ausländerregelung 1992/93; Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung des Bundesrats vom 6. Oktober 1986 über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) (im gleichen Schreiben wie an das EVD)
- Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, Bewilligungskontingente für 1993 und 1994

2.2 Wirtschaftsförderung

2.2.1 Organe

2.2.1.1 Beratende Kommission

Unter dem Vorsitz von Fürsprecher Rolf Borter (Belp) befasste sich das Beratungsorgan in drei Sitzungen mit Strukturfragen der Wirtschaftsförderung. Gestützt auf die Empfehlungen ihrer gemeinsam

rence «Europe des régions» organisée par le land de Nordrhein-Westfalen. Le directeur de l'économie publique et le délégué ont en outre participé pour la première fois au «Congrès Tripartite» (Région économique du Rhin Supérieur formée de l'Allemagne, de la France et de la Suisse) à Karlsruhe. Si la création d'une telle région intéresse en premier lieu les cantons de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne, ce modèle pourrait néanmoins présenter un certain intérêt pour les autres cantons du Nord-Ouest de la Suisse. Il faudrait étudier de plus près les possibilités offertes par la coopération interrégionale transfrontalière, à plus forte raison après le rejet de l'EEE.

Le canton de Berne a eu l'occasion de se présenter aux autres régions d'Europe dans son «Spécial canton de Berne» paru dans le magazine «Régions d'Europe». Ce document a été rédigé par l'Office de l'information et le Bureau du délégué. Les activités cantonales au niveau des relations interrégionales devraient pouvoir reposer sur une base constitutionnelle à l'avenir: en effet, la nouvelle Constitution cantonale contient une disposition selon laquelle le canton coopère avec d'autres régions d'Europe (art. 53).

Le Bureau du délégué s'occupe également du projet de soutien du canton de Berne à la République tchèque et à la République slovaque. Le délégué assume la direction du projet avec la participation du vice-chancelier.

2.1.6 Rapports à l'intention des autorités fédérales

La Direction de l'économie publique a été appelée à préparer la prise de position du Conseil-exécutif à propos des actes législatifs indiqués ci-après:

Département fédéral de l'économie publique

- Exécution de l'article 81, chiffre 2, du code pénal militaire; ordonnance sur l'astreinte au travail (OAST)
- Révision de l'ordonnance d'exécution 3 de la loi sur le travail (LT V 3)
- Réglementation 1992/93 concernant les étrangers; consultation sur la révision partielle de l'ordonnance fédérale du 6 octobre 1986 limitant le nombre des étrangers (OLE)
- Projet de loi sur l'aide aux chômeurs
- Arrêté fédéral sur les mesures en matière d'assurance-chômage (LACI)

Département fédéral de l'intérieur

- Procédure de consultation concernant un projet d'ordonnance sur les subsides aux cantons pour la réduction de cotisations dans l'assurance-maladie
- Révision de l'ordonnance sur la prévention des accidents (OPA)

Département fédéral de justice et police

- Réglementation 1992/93 concernant les étrangers; consultation sur la révision partielle de l'ordonnance fédérale du 6 octobre 1986 limitant le nombre des étrangers (OLE) (même lettre au DFEP)
- Acquisition d'immeubles par des personnes domiciliées à l'étranger; contingents autorisés pour 1993 et 1994

2.2 Promotion économique

2.2.1 Organes

2.2.1.1 Commission consultative

L'organe de consultation, sous la présidence de M. R. Borter (avocat à Belp), a traité, lors de ses trois réunions, des questions de structures de la Promotion économique. En suivant les recommandations du

mit der Förderungsgesellschaft eingesetzten Arbeitsgruppe wirkte die Kommission mit an den Vorbereitungen für eine schrittweise Ausgliederung der Wirtschaftsförderung aus der Kantonsverwaltung.

2.2.1.2 Gesellschaft zur Förderung der bernischen Wirtschaft

Der Förderungsgesellschaft wurden im Berichtsjahr 14 Vorlagen im Zusammenhang mit einzelbetrieblichen Projekten und Engagementänderungen unterbreitet. Im Zuge der Bestrebungen der Regierung, Teile der Wirtschaftsförderung aus der Verwaltung auszugliedern, befassten sich Geschäftsstelle und Verwaltung der Gesellschaft insbesondere mit den Konsequenzen in bezug auf Kompetenzen und Verfahrensabläufe. Eine detaillierte Berichterstattung und Übersicht über die Geschäfte der Förderungsgesellschaft ist dem Geschäftsbericht 1992 der Gesellschaft zu entnehmen (vgl. auch Ziff. 2.2.5.1). Die 19. ordentliche Generalversammlung wählte als Ersatz für das zurückgetretene Mitglied Martin Witschi, Bern, Jörg Kaufmann, Bern, in die Verwaltung der Gesellschaft. Als Staatsvertreter anstelle des zurückgetretenen Grossrates Josef Sidler, Port, wählte der Regierungsrat Grossrat Manfred Jakob, Thun.

2.2.2 Vermittlung/Beratung

- Im Innenverhältnis
Als Folge der «Euro-Sensibilisierung» waren Zahl und Komplexität der Anliegen von bernischen Unternehmungen, die von der Wirtschaftsförderung Einflussnahmen auf die Beschleunigung und auf Vereinfachungen von Administrativabläufen und Verfahren erwarten, stark zunehmend. Dies ist eine Auswirkung des offenkundigen Aufholprozesses in- und ausländischer Konkurrenzregionen bezüglich Standortgunst und Wirtschaftsfreundlichkeit, den bernische Unternehmungen zusehends hautnah spüren. Entsprechende Abklärungen und vermittelnde Dienstleistungen, verbunden mit Aufklärungsarbeit an der «verwaltungsinternen Front» über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Sachzwänge, hatten den höchsten Stellenwert und Zeitbedarf in der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung.
- Nach aussen
Die Wahrnehmung der Interessen des Wirtschaftsstandorts Kanton Bern in überkantonalen Organisationen und Gruppierungen erfolgte vorab durch den Delegierten und den Adjunkten. Im Zeichen des Technologietransfers zugunsten bernischer Firmen und Institutionen standen die Mitwirkung in den Entscheid- und Aufsichtsorganen des BeTech, der Technologieparks Bern und Yverdon und des CIM-Zentrums Mittelland sowie mannigfaltige kleine Dienstleistungen und Hilfestellungen in Verbindung mit Euro-Projekten im Rahmen von CONTEC und in Ausschüssen von Gruppierungen für interkantonale Zusammenarbeit der welschen Kantone.

2.2.3 Technologieförderung

- In den vom Kanton direkt oder indirekt unterstützten technologieorientierten Querschnittsaufgaben wurden wichtige Etappen erreicht:
- BeTech, Bernische Genossenschaft für Technologievermittlung: Die Strukturanpassungen konnten abgeschlossen und dementsprechend die Dienstleistungsintensität für bernische Klein- und Mittelbetriebe verbessert werden.
 - Technologiepark Bern (TEAG)/Technopark-Betriebsgesellschaft (TEBE): Der Baufortschritt erfolgt programmgemäss, der Organisationsaufbau ist im Gang. Die Mieterakquisition wurde im Hinblick auf die Inbetriebnahme im September 1993 aufgenommen; sie erweist sich angesichts des zusammengebrochenen Immobilienmarkts als äusserst schwierig.

groupe de travail, constitué de membres de la Commission et de la Société, elle a contribué aux préparatifs visant au détachement progressif de la Promotion économique de l'administration cantonale.

2.2.1.2 Société pour le développement de l'économie

La Société a traité 14 dossiers concernant des projets d'entreprises et des modifications d'engagements. Dans le cadre des démarches du Gouvernement visant à détacher une partie de la Promotion économique de l'administration cantonale, le secrétariat et le conseil d'administration se sont penchés plus particulièrement sur les questions de compétences et de procédures. Un rapport détaillé de l'activité et des engagements figure dans le rapport annuel de la Société (voir aussi ch. 2.2.5.1).

La 19^e Assemblée ordinaire a élu M. Jörg Kaufmann, Berne, membre du Conseil d'administration en remplacement de M. Martin Witschi, Berne, qui se retire. Le Conseil-exécutif a en outre nommé M. Manfred Jakob, député de Thoune, en remplacement de M. Josef Sidler, député de Port, qui se retire.

2.2.2 Intermédiaire et conseil

- Interne
Dans le contexte très sensible de l'intégration européenne, les demandes des entreprises bernoises adressées à la Promotion économique en vue d'intervenir dans les procédures administratives pour les simplifier et les accélérer, ont fortement augmenté. Les entreprises bernoises sentent la concurrence d'autres régions suisses et étrangères qui ont considérablement amélioré leur attrait économique. Les services d'intermédiaire et de conseil de la Promotion économique sur le front de l'administration ont démontré toute leur pertinence et ont constitué un important engagement en temps.
- Externe
Le délégué et son adjoint ont défendu les intérêts du canton de Berne comme lieu d'implantation dans les organisations et groupements supracantonaux. Il faut en particulier relever l'engagement dans les organes de décision et de surveillance en matière de transfert de technologie profitant aux entreprises et institutions bernoises tels que BeTech, les parcs technologiques de Berne et d'Yverdon, le Centre CIM-Mittelland. Il faut ajouter à cela des actions ponctuelles en relation avec des projets européens dans le cadre de CONTEC et des travaux de collaboration entre les cantons romands.

2.2.3 Transfert de technologie

Dans les activités de service et de mise en relation dans le domaine technologique directement et indirectement soutenues par le canton, d'importants progrès ont été atteints:

- BeTech, coopérative bernoise de transfert de technologie: Les aménagements structurels ont été réalisés et les prestations aux petites et moyennes entreprises bernoises ont été améliorées.
- Parc technologique de Berne (TEAG)/société d'exploitation (TEBE): La construction se déroule selon le programme et l'organisation est en préparation. La campagne d'acquisition de locataires a débuté, puisque le parc sera en fonction en septembre 1993; elle s'avère extrêmement difficile dans le contexte immobilier actuel.
- APTF, Association pour la promotion des nouvelles technologies de fabrication: Ce centre CIM pour la région comprenant les can-

- GFT, Gesellschaft zur Förderung neuer Fertigungstechnologien: Diese CIM-Trägerschaft für das Einzugsgebiet der Kantone Bern, Solothurn und Wallis (deutschsprachiger Teil) hat nach der Aufbau-phase eine Strukturanpassung eingeleitet. Die anfänglich starke Ausrichtung auf und Anlehnung an die HTL-Schulen soll sukzessive durch vermehrtes Eigenengagement und Identifikation der Industrie ergänzt werden. Kontakte zur Erziehungsdirektion als künftiger subventionstechnischer Fachinstanz wurden institutionalisiert.
- Réseau scientifique et technologique (RST): Der Adjunkt für den Berner Jura ist engagiert in der von elf Partnern der Westschweiz getragenen Organisation für Technologievermittlung. Neben der Aufnahme von Beziehungen mit Wirtschaftspartnern ist die Gründung der Association Universités-Entreprises pour la Formation (AUEF) COMETT-SOL im Oktober 1992 durch die elf RST-Partner von Bedeutung. Damit soll in der Westschweiz die europäische Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen erleichtert werden.

- tons de Berne, Soleure et le Valais (partie de langue allemande), a revu ses structures après sa phase de démarrage. La forte orientation et dépendance initiale des écoles d'ingénieurs va être réduite par un engagement plus intensif de l'institution et des entreprises. Les contacts avec la Direction de l'instruction publique, qui sera l'organe de subventionnement à l'avenir, ont été institutionnalisés.
- RST, Réseau scientifique et technologique: L'adjoint pour le Jura bernois participe aux travaux de cet organisme de transfert de technologie qui regroupe 11 partenaires de Suisse romande. Outre la mise en relation de partenaires de l'économie, il faut relever la création en octobre 1992 de l'Association Universités-Entreprises pour la Formation (AUEF) COMETT-SOL, association qui s'appuie sur le RST. Ainsi une structure se met en place en Suisse romande pour faciliter les relations européennes entre les hautes écoles et les entreprises.

2.2.4 Standortpromotion

Promotionsorientierte Sonderaktivitäten als Teil der Langfrist-Strategie erfolgten u. a. zusammen mit bernischen Firmen an der Uhrenmesse Basel, durch Gemeinschaftsaktionen an den Hannover Messen, am SIAMS Moutier (Salon des Industries, de l'Automation, de la Mécanique et de la Sous-traitance). In Zusammenarbeit mit einer internationalen Fachorganisation wurde eine neue englischsprachige Promotionsbroschüre konzipiert und versandt, welche insbesondere die peripheren Regionen vorstellt. Zahlreiche Referate und Präsentationen sowie gezielte Medienarbeit im In- und Ausland dienten der direkten Information von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und der Beratungsbranche über den Wirtschaftsstandort Kanton Bern.

2.2.4 Promotion du lieu d'implantation

Des actions spéciales de promotion, qui font partie de la stratégie à long terme, ont été organisées avec des entreprises bernoises à la Foire de Bâle, à la Foire de Hanovre sous la forme de stands communautaires, et au SIAMS à Moutier (Salon des Industries, de l'Automation, de la Mécanique et de la Sous-traitance). Une nouvelle brochure en anglais a été réalisée avec le concours d'une organisation spécialisée. Cette publication met particulièrement les régions périphériques en évidence. En outre, de nombreuses présentations et publications en Suisse et à l'étranger dans des revues spécialisées ont présenté le canton de Berne comme lieu d'implantation auprès des décideurs de l'économie et de leurs conseillers.

2.2.5 Anwendung des Wirtschaftsförderungs-instrumentariums

2.2.5 Application des instruments de promotion

2.2.5.1 Einzelbetriebsförderung

Im Berichtsjahr wurden zugunsten von insgesamt 13 bernischen Unternehmungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungen, Neugründungen und Ansiedlungen direkte finanzielle Förderleistungen zugesichert. Dabei wurden einzelne Unternehmungen teilweise unter Einsatz mehrerer Instrumente gefördert. Die Häufigkeit des Einsatzes einzelbetrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Instrumente präsentiert sich wie folgt:

- Bürgschaften der Gesellschaft zur Förderung der bernischen Wirtschaft und kantonale Zusatzbürgschaften zugunsten der Bürgschaftsgenossenschaft für das Gewerbe über insgesamt 850 000 Franken.
- Zinsverbilligungen auf Krediten in der Höhe von 2 Mio. Franken.
- Investitionskostenbeiträge (inkl. bedingt rückzahlbare) an Entwicklungsvorhaben, Bauten sowie im Zusammenhang mit Gebäudeinstandstellungen von insgesamt 650 000 Franken.
- Einarbeitungsaktionen im Umfang von gesamthaft 524 500 Franken ermöglichen die Umschulung und Einarbeitung von 60 Arbeitnehmern.

Darüber hinaus nahm die Wirtschaftsförderung 1992 in 35 Fällen Stellung zu Gesuchen um fiskalische und parafiskalische Fördermassnahmen. Trotz der gesunkenen Zahl unterstützter Unternehmen konnten im Berichtsjahr Investitionen von über 70 Mio. Franken (Vorjahr 51 Mio. Fr.) durch direkte Fördermassnahmen ausgelöst und 175 Arbeitsplätze (Vorjahr 150) neu geschaffen werden. Im Rahmen des Impulsprogramms Berner Jura wurden weitere Investitionen ausgelöst und neue Arbeitsplätze geschaffen (vgl. Ziff. 2.2.7).

2.2.5.1 Aides aux entreprises

Au cours de l'année, ce sont au total 13 projets de restructurations, créations et implantations d'entreprises bernoises qui ont bénéficié d'une aide financière directe. Parmi eux, quelques projets ont bénéficié de plusieurs instruments. L'engagement des instruments de soutien aux entreprises et de ceux liés à la politique du marché du travail se présente de la manière suivante:

- Cautionnements de la Société pour le développement de l'économie bernoise et cautionnements cantonaux supplémentaires à l'égard de la Coopérative de cautionnement des art et métiers pour plus de 850 000 francs.
- Prises en charge des intérêts sur des crédits d'un montant de 2 millions de francs.
- Contributions à l'investissement (y compris remboursables sous condition) en faveur de projets de développement, de construction et de remise en état d'immeubles pour un montant de 650 000 francs.
- Aides au recyclage pour un montant total de 524 500 francs qui ont permis la formation de 60 personnes.

En outre, la Promotion économique a pris position dans 35 cas de demande d'aides fiscales et parafiscales. Malgré la réduction du nombre de projets soutenus, les mesures d'aides directes ont généré 70 millions de francs d'investissements (année précédente 51 millions) et 175 emplois ont été créés (150 en 1991). Le Programme d'impulsion en faveur du Jura bernois a généré des investissements et des emplois supplémentaires (voir ch. 2.2.7).

2.2.5.2 Grundstückspolitik

Auch 1992 wurde die Baureifmachung von rechtmässig eingezontem Gewerbe- und Industrieland in den Gemeinden mittels sachbezogener Beratung, Erschliessungsbeiträgen oder Darlehen gefördert.

Die Verfügbarmachung von noch nicht erschlossenen Parzellen des Grundstücksfonds wurde weiter vorangetrieben. Hauptprobleme bleiben laufende Ortsplanungsrevisionen, lange Planungsverfahren sowie der erfolgte Wandel in den Wertvorstellungen der Bevölkerung. Gewerbe- und Industrieland wurde in Oberried (3774 m²) und in Reconvilier (23754 m²) zu Lasten des Grundstücksfonds käuflich erworben.

In zahlreichen direktionsübergreifenden Arbeitsgruppen und in Mitberichtsverfahren zu Planungs- und Einzelvorhaben wurden die volkswirtschaftlichen Interessen im wirtschaftsorientierten Grundstücksbereich auch im Berichtsjahr vertreten.

Die neutrale und kostenlose Gebäude- und Parzellenvermittlung wurde 1992 aktualisiert und computergestützt ausgebaut. Diese Dienstleistung wurde durch interessierte Kreise rege benützt, was nicht zuletzt auf die veränderte Angebots- und Nachfragesituation für Gewerbe- und Industrieliegenschaften zurückzuführen ist.

2.2.6 Berggebietsförderung

2.2.6.1 Entwicklungskonzepte, allgemeine Planungen

Die Revisionsarbeiten an den Entwicklungskonzepten (EK) in den Bergregionen Oberes Emmental und Kandertal wurden abgeschlossen. Zusammen mit der Bergregion Oberland Ost verfügen somit drei der zehn bernischen Bergregionen über neue regionale Entwicklungsvorstellungen bis zum Jahr 2005.

Der EK-Entwurf der Bergregion Thun-Innertport und die Vorberichte der Bergregionen Trachselwald und Obersimmental/Saaneland wurden verwaltungsintern bereinigt. In den Bergregionen Schwarzwasser und Kiesental waren die Revisionsarbeiten Ende Jahr soweit, dass die EK-Entwürfe der regionalen Mitwirkung unterbreitet werden konnten. Die französischsprachigen Bergregionen Centre-Jura und Jura-Bienne verfügen über bedeutend jüngere und somit aktuellere EK, wodurch die Revisionsarbeiten hier später begonnen wurden. In beiden Regionen wurden die Arbeiten am Vorbericht – verbunden mit einer Realisierungsbilanz über die vergangene Entwicklung – in Angriff genommen.

Basierend auf den neuen Entwicklungskonzepten und als wichtige Grundlage für den Investitionshilfe-Vollzug konnten die regionalen Investitionsprogramme in den Regionen Oberland Ost und Kandertal erarbeitet und soweit notwendig verwaltungsintern bereinigt werden.

Im Bereich der überregionalen Projekte wurden die Einsatzmöglichkeiten von Telematik-Anwendungen im Voralpengebiet abgeklärt, Arbeiten zur Verbesserung des Image im Emmental durchgeführt sowie intensiv am Projekt Holzförderung Berner Oberland gearbeitet. Letzteres steht nun kurz vor dem Abschluss.

2.2.6.2 Investitionshilfe

Gestützt auf die genehmigten regionalen Entwicklungskonzepte wurden 80 Gesuche (Vorjahr 26) um zinsgünstige Investitionshilfedarlehen im Umfang von 40,45 Mio. Franken für Infrastrukturvorhaben vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement bewilligt.

Zur Auslösung der Bundesdarlehen, respektive Zinskostenbeiträge sowie zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung waren bei 29 Projekten (Vorjahr 8) kantonale Darlehen im Betrag von 9,9 Mio. Franken notwendig. Das gesamte Investitionsvolumen dieser Projekte beträgt 283 Mio. Franken.

2.2.5.2 Politique foncière

L'activité de la Promotion économique, sous la forme de conseils, de contributions à l'équipement ou de prêts, a permis d'accroître l'offre de terrains situés en zones industrielles et artisanales et prêts à la construction.

La mise à disposition de parcelles encore non équipées de terrains appartenant au canton s'est également améliorée. Dans ce domaine, les problèmes rencontrés sont les suivants: révision continue des aménagements locaux, longues procédures de planification ainsi que modification de l'attitude de la population.

Des terrains industriels et artisanaux ont été acquis à Oberried (3774 m²) et Reconvilier (23754 m²) à charge du fonds pour les affaires foncières.

La Promotion économique a pris part à différents groupes de travail regroupant plusieurs Directions et a pris position dans le cadre de planifications ou de projets spécifiques dans le domaine foncier touchant aux activités économiques.

Le service gratuit et neutre d'information sur les terrains industriels et artisanaux disponibles, aujourd'hui informatisé, a été fréquemment sollicité par les milieux intéressés. Ceci est à imputer en particulier aux importants changements intervenus récemment sur ce marché.

2.2.6 Aide aux régions de montagne

2.2.6.1 Programmes de développement, planifications générales

La révision des programmes de développement (PD) dans les régions Haut-Emmental et Kandertal a été menée à chef. Dès lors, avec Oberland-Est, trois régions de montagne sur dix disposent d'un nouveau programme jusqu'en 2005.

Le projet de programme de développement des régions Thun-Innertport et le rapport préalable des régions Trachselwald et Haut-Simmental/Pays de Gessenay ont été examinés par l'administration. Dans les régions Schwarzwasser et Kiesental, les travaux de révision étaient très avancés en fin d'année, puisque les projets de programme ont pu être mis en consultation dans les régions. Les régions de langue française Centre-Jura et Jura-Bienne ont des programmes beaucoup plus récents et donc plus actuels. Cela justifie que les travaux de révision aient débuté plus tard. Dans les deux régions, le rapport préliminaire, comprenant un bilan de réalisation du précédent programme, est en cours de réalisation.

Les programmes d'investissements des régions Oberland-Est et Kandertal, compléments indispensables du programme de développement pour l'application de l'aide à l'investissement, ont été examinés par l'administration.

Plusieurs projets supra-régionaux ont été menés: l'étude des possibilités d'utilisation de la télématique dans les régions préalpines, les travaux visant à l'amélioration de l'image de l'Emmental ainsi que la promotion de l'exploitation du bois dans l'Oberland. Ce dernier projet est à la veille d'une conclusion.

2.2.6.2 Aides à l'investissement

Pour le financement de projets d'infrastructure, 80 demandes (26 l'année précédente) de prêts à l'investissement à un taux d'intérêt préférentiel, pour un montant de 40,45 millions de francs, ont été approuvées par le Département fédéral de l'économie publique sur la base des programmes de développement régionaux en vigueur.

Afin d'obtenir les prêts et les prises en charge des intérêts promis par la Confédération, ainsi que pour assurer le financement global de certains projets, 29 prêts cantonaux (8 l'année précédente) équivalant à un montant de 9,9 millions de francs ont été accordés. Le

Investitionshilfe in Berggebieten, Darlehenszusicherung/Zinskostenbeiträge in Mio. Franken:

Regionen	Anzahl Projekte	Investitions-volumen	IHG	EG IHG
Oberes Emmental	7	13,5	2,6	0,2
Oberland-Ost	17	46,2	8,7	2,6
Kandertal	3	9,4	0,9	0,7
Thun-Innertport	12	32,0	3,3	1,8
Obersimmental-Saaneerland	1	0,2	0,1	0
Kiesental	4	13,7	2,1	0,4
Schwarzwasser	6	23,2	3,7	1,0
Trachselwald	10	42,0	5,8	0,5
Centre-Jura	6	66,6	7,3	1,3
Jura-Biel	14	36,2	6,0	1,4
Total 1992	80	283,0	40,5	9,9
Total 1991	26	100,5	12,4	3,4

Dem Bund ist es einerseits gelungen, mit Zinskostenbeiträgen anstelle von Darlehen den Liquiditätsengpass zu überbrücken und andererseits den riesigen Pendenzenberg abzubauen. Ende Jahr waren nur noch 8 Gesuche (Vorjahr 53) aus dem Kanton Bern beim Bund hängig.

Mit dem Ziel, die Investitionshilfe wieder rasch und wirksam einsetzen zu können, wurden im IH-Vollzug seitens des Bundes neue Massnahmen festgelegt. Neu werden sämtliche Projekte aus dem Bereich der Basisinfrastruktur bzw. der infrastrukturellen Grundausstattung der kantonalen Entscheidkompetenz übertragen. Einzig bei Projekten aus dem Bereich der Entwicklungsinfrastruktur wird noch eine detaillierte Gesuchsprüfung durch den Bund vorgenommen.

Ferner erhält jeder Kanton eine jährliche Kreditlimite für Neugeschäfte zugesprochen, die nicht überschritten werden darf. 1992 betrug diese Limite für den Kanton Bern 14,7 Mio. Franken. Die daraus entstandenen zusätzlichen Arbeiten für den Kanton konnten mit internen Massnahmen aufgefangen werden.

Die Investitionshilfe wird auch in den nächsten Jahren, gerade während der wirtschaftlich härteren Zeiten, zu einem wichtigen Instrument für die Bergregionen. Der Bund hat aus diesem Grunde die Kreditlimiten für die nächsten zwei Jahre wesentlich erhöht. Damit jedoch sämtliche finanziellen Verpflichtungen auch erfüllt werden können, sind vom Bund für 1993 und 1994 ausschliesslich Zinskostenbeiträge vorgesehen.

2.2.6.3 Flankierende Massnahmen im Rahmen der Berggebietsförderung

Gewerbliche Bürgschaftsgenossenschaften können gemäss dem Bundesgesetz über Bürgschaftsgewährung in Berggebieten für Klein- und Mittelbetriebe in verstärktem Umfang Investitions- und Betriebskredite verbürgen. Die Wirtschaftsförderung nimmt neben ihren eigenen Instrumenten auch mittels Stellungnahmen zu Gesuchen um Bundeshilfe Einfluss auf den Einsatz von Bürgschaften und Zinsverbilligungen im bernischen Berggebiet. Die Schweizerische Bürgschaftsgenossenschaft für das Gewerbe (GBG) gewährte 1992 stellvertretend für den Bund 28 neue Bürgschaften im Betrag von rund 10,3 Mio. Franken.

Ferner gewährte das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) auf Empfehlung der Wirtschaftsförderung 1992 10 Zinsverbilligungen, bei welchen sich die Wirtschaftsförderung in einem Fall mit eigenen Instrumenten beteiligte (vgl. Ziff. 2.2.5.1).

volumen d'investissement total de tous ces projets se monte à 283 millions de francs.

Prêts et prises en charge des intérêts par région de montagne en millions de francs:

Régions	Nombre de projets	Volume d'investissement	LIM fédérale	LIM cantonale
Haut-Emmental	7	13,5	2,6	0,2
Oberland-Est	17	46,2	8,7	2,6
Kandertal	3	9,4	0,9	0,7
Thoune-Innertport	12	32,0	3,3	1,8
Haut-Simmental	1	0,2	0,1	0
Pays de Gessenay	4	13,7	2,1	0,4
Kiesental	6	23,2	3,7	1,0
Schwarzwasser	10	42,0	5,8	0,5
Trachselwald	6	66,6	7,3	1,3
Centre-Jura	14	36,2	6,0	1,4
Jura-Bienne				
Total 1992	80	283,0	40,5	9,9
Total 1991	26	100,5	12,4	3,4

L'octroi de prises en charge des intérêts, en lieu et place de prêts, a permis à la Confédération de régler un problème de liquidité et de réduire les demandes en suspens. Fin 1992, le canton de Berne comptait encore 8 projets en attente auprès de la Confédération (53 l'année précédente).

La Confédération a fixé de nouvelles mesures d'application de la LIM afin d'en améliorer l'efficacité. Les cantons décideront définitivement de l'engagement LIM en faveur des projets d'infrastructure de base. Seules les demandes relatives aux projets de développement feront l'objet d'une procédure d'examen détaillé de la part de la Confédération.

De plus, la Confédération attribue à chaque canton un crédit annuel pour les nouveaux dossiers. Ce crédit ne doit pas être dépassé. Pour 1992, la limite pour le canton de Berne était fixée à 14,7 millions de francs. Les travaux supplémentaires consécutifs à cette mesure incombant au canton ont pu être absorbés par des mesures d'organisation interne.

L'aide à l'investissement restera un instrument important de promotion des régions de montagne durant les années à venir, ceci dans un contexte économique difficile. Pour cette raison, la Confédération a considérablement relevé les limites de crédit pour les deux prochaines années. Mais pour permettre à la Confédération de remplir ses obligations financières, elle n'octroiera que des prises en charge des intérêts en 1993 et en 1994.

2.2.6.3 Mesures complémentaires en faveur des régions de montagne

Les Coopératives de cautionnement pour les arts et métiers peuvent, selon la loi fédérale encourageant l'octroi de cautionnements et de contributions au service de l'intérêt dans les régions de montagne, accorder en faveur des petites et moyennes entreprises des cautionnements sur des crédits d'investissements ou des crédits d'exploitation de manière plus étendue. La Promotion économique, à côté de ses propres instruments, prend également position sur l'engagement de cautionnements et de prises en charge des intérêts lors des demandes d'aide fédérale dans les régions de montagne. La Coopérative suisse de cautionnement pour les arts et métiers (CSC), représentant la Confédération, a octroyé 28 nouvelles cautions pour un montant d'environ 10,3 millions de francs.

De plus, l'OFIAMT a octroyé 10 prises en charge des intérêts sur recommandation de la Promotion économique. Dans un cas la Promotion économique compléta l'engagement fédéral par ses propres instruments (voir ch. 2.2.5.1).

2.2.7 *Impulsprogramm Berner Jura 1988 bis 1992*

Erstmals wurden 1992 zwei neue Stossrichtungen verfolgt: Mit Fax-mailings wurden 19000 Unternehmungen kontaktiert, was zu über 50 Firmenbesuchen (USA, Deutschland) durch den Chasseur d'entreprises und zu 15 Besuchen durch Investoren selber in der Region führte.

Erstmalige Messebeteiligungen im Ausland durch Klein- und Mittelbetriebe wurden zwecks Erleichterung des Einstiegs in den Exportmarkt gezielt unterstützt.

Durch Arbeitsplatzprämien und Mietkostenzuschüsse von insgesamt 200000 Franken wurden drei neue Vorhaben unterstützt. Damit steigt die Gesamtzahl der 1988 bis 1992 geförderten Vorhaben auf 26. Heute sind 14 Firmen mit 209 Beschäftigten aktiv, 2 weitere Projekte stehen kurz vor dem Abschluss. Die Konjunkturabflachung liess die Zahl der Misserfolge auf insgesamt 10 ansteigen. Trotzdem ist das ursprünglich gesetzte Ziel des Impulsprogrammes (10 neue Ansiedlungen/Gründungen, 200 neue Arbeitsplätze) erreicht.

Um die in den fünf Jahren geleistete Aufbauarbeit zum dauerhaften Tragen zu bringen, beschloss der Regierungsrat die Fortsetzung des Impulsprogrammes für die Jahre 1993 bis 1997 zulasten der Spezialfinanzierungen.

2.2.7 *Programme d'impulsion en faveur du Jura bernois 1988 à 1992*

Pour la première fois en 1992, un nouveau vecteur a été utilisé pour contacter les entreprises: le mailing par fax. Par ce biais, plus de 19000 entreprises (aux Etats-unis et en Allemagne) ont été touchées, débouchant sur plus de 50 visites sur place par le chasseur d'entreprises et sur 15 visites d'investisseurs potentiels dans la région.

Pour la première fois en 1992, un soutien a été apporté à des PME pour leur participation à des foires à l'étranger afin de leur faciliter l'accès à de nouveaux marchés.

Trois nouveaux projets ont été soutenus en 1992 par le biais de primes à l'emploi et de contributions aux frais de location pour un montant de 200000 francs. Ces trois nouveaux cas portent à 26 le total des projets soutenus durant les cinq années du programme PIJ (1988-1992). 14 entreprises occupant 209 employés sont en activité et 2 projets vont démarrer début 1993. Malheureusement, le ralentissement conjoncturel a fait augmenter le nombre d'échecs (10). Néanmoins l'objectif initial (création de 10 nouvelles entreprises à l'origine de 200 emplois) a été atteint.

Afin de profiter pleinement du travail de base accompli durant ces cinq ans et de concrétiser les nombreux contacts en cours, le Conseil-exécutif a décidé la poursuite de ce Programme d'impulsion pour les années 1993 à 1997, programme qui sera financé par les financements spéciaux.

2.2.8 *Abbau von EMD-Arbeitsplätzen*

Unter Leitung der Kerngruppe «EMD-Arbeitsplätze Kanton Bern» wurde die Umsetzung der Massnahmen gemäss Bericht «Abbau von EMD-Arbeitsplätzen im Kanton Bern» sofort eingeleitet. Der Bericht des Regierungsrats wurde in der März-Session vom Grossen Rat zustimmend zur Kenntnis genommen. Gestützt auf Erfahrungen der ersten sechs Monate beschloss der Regierungsrat im August ein Programm 1992/93 und bewilligte einen Rahmenkredit von 610000 Franken zu Lasten der Spezialfinanzierung, so dass nun vorerst 25 Einzelmassnahmen konkret umgesetzt werden können. Über den Stand der Umsetzungsarbeiten geben die periodischen Info-Blätter der Kerngruppe ausführlich Aufschluss.

2.2.8 *Suppression des emplois du DMF*

Sous la direction de la cellule «Emplois-DMF canton de Berne», les mesures prévues dans le cadre du rapport «Réduction des emplois du DMF dans le canton de Berne» ont été engagées. Le rapport du Conseil-exécutif a été soumis pour information au Grand Conseil lors de la session de mars-avril qui l'a approuvé. Sur la base de l'expérience des six premiers mois, le Conseil-exécutif a fixé en août un programme pour les années 1992/93 et octroyé un crédit-cadre de 610000 francs à charge des financements spéciaux pour permettre la réalisation de 25 mesures concrètes. Les lettres d'information de la cellule donnent régulièrement une information sur l'état des projets.

2.2.9 *Ausblick*

Angeichts der Heftigkeit, der Schnelligkeit und des Ausmasses des Strukturwandels, von dem bernische Unternehmungen und indirekt Gemeinden betroffen sind oder dies künftig befürchten müssen, hat sich die Grundhaltung breiter Kreise gegenüber einer aktiven Standortpromotion für den Kanton Bern merklich gewandelt. Es wird erkannt, dass Auftriebskräfte vorderhand kaum mehr von innen kommen. Impulsgebungen durch neue, investitionsbereite Marktpartner aus dem In- und Ausland werden heute begrüsst und deren Animierung durch professionelle Vermittlung und Beratung wie auch durch konkurrenzfähige materielle Fördermassnahmen erwartet. Angesichts der zunehmenden Vernetzung der Märkte und des Zwangs für die bernische Wirtschaft, sich international zu öffnen, wird sich dieser Bedarf aller Voraussicht nach weiter akzentuieren. Der Regierungsrat hat im Oktober einen Grundsatzbeschluss zur Ausgliederung von Teilen der Wirtschaftsförderung aus der Staatsverwaltung gefasst. Mit dieser Massnahme soll eine flexiblere Lösung entstehen, welche der geänderten Rahmenbedingung Rechnung trägt.

2.2.9 *Perspectives*

Au vu de la vivacité, de la rapidité et de l'étendue des changements structurels qu'enregistrent les entreprises bernoises et qui touchent, ou toucheront, indirectement les communes, l'attitude générale face à la promotion du canton de Berne comme lieu d'implantation a largement évolué. Il est de plus en plus reconnu que le moteur endogène de l'économie est insuffisant. De nouvelles impulsions sous la forme d'investissements étrangers sont aujourd'hui bienvenues. Mieux encore, on attend que le rôle d'animation et d'intermédiaire soit assumé par des professionnels disposant d'instruments de promotion concurrentiels. Compte tenu de la globalisation des marchés et de l'obligation pour l'économie bernoise de s'ouvrir sur le plan international, ce besoin n'ira qu'en s'accroissant. En octobre 1992, le Gouvernement a pris la décision de principe de séparer la Promotion économique de l'administration. Cette mesure doit permettre de trouver des solutions flexibles, adaptées aux nouvelles conditions-cadres.

2.3 **Fremdenverkehr**2.3.1 *Entwicklung des Tourismus*

2.3.1.1 Schweiz

Die verhalten positiven Prognosen für das Berichtsjahr haben sich leider nicht erfüllt: Der Tourismus in der Schweiz wurde, wenn auch in abgeschwächter Form und mit zeitlicher Verzögerung, ebenfalls von der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung erfasst: Aufgrund der vorliegenden provisorischen Ergebnisse dürfte sich 1992 der Rückgang der Logiernächte auf insgesamt rund 2,5 Prozent belaufen. Hauptsächlich betroffen waren die Hotel- und Kurbetriebe (-3%); die Parahotellerie musste demgegenüber nur eine minimale Einbusse verzeichnen. Diese wenig erfreuliche Entwicklung geht auf verschiedene Ursachen zurück. Hauptgründe dürften sicher das wirtschaftliche Wellental in der Schweiz, die nur zögernd nachlassende Teuerung und die anhaltende Konjunkturlaute in Europa sein. Eine Rolle spielten auch der verregnete Herbst und der Wegfall des Jubiläumseffekts von 1991. Die guten Wintersportverhältnisse und der schöne Sommer vermochten den Trend nicht wesentlich zu korrigieren.

Das rückläufige Gesamtergebnis war von sehr unterschiedlichen Einflüssen geprägt: So verzeichnete die Hotellerie im Winter 1991/92 noch ein neues Rekordergebnis. Dazu beigetragen hatten allerdings bloss die Ausländer (+3%), allen voran die Amerikaner und Japaner. Die Schweizer verzeichneten bereits einen Rückgang der Logiernächte um rund 4 Prozent. Im Sommer 1992 setzte dann der Einbruch auf breiter Front ein: Nach einer Frequenzeinbusse von gesamthaft zirka 5 Prozent wurde in der Schweiz das schlechteste Sommer-Ergebnis der letzten zehn Jahre registriert. Der Rückgang geht vor allem auf das Konto der Schweizer Gäste (-8%); spürbar war er allerdings auch bei den Ausländern (-3%).

Es erstaunt nicht, dass unter diesen Voraussetzungen sowohl die durchschnittliche Bettenbesetzung in der Hotellerie als auch die mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste zurückgingen. Ebenso verringerte sich die Zahl der Hotelbetriebe und der vorhandenen Betten weiter. Ein Lichtblick bleibt einzig die Tatsache, dass die Verfügbarkeit der Hotelbetten (= längere Öffnungszeiten) zugenommen hat.

2.3.1.2 Kanton Bern

Innerhalb des Kantons Bern entwickelte sich der Tourismus 1992 sehr unterschiedlich. Auf die erfreulichste Bilanz darf das Berner Oberland zurückblicken: Es realisierte im Winter 1991/92 im Vergleich zu den übrigen Regionen der Schweiz die grösste Zunahme der Hotelfrequenzen (+7,5%). Im Sommer erzielte es gar als einzige Region eine leichte Verbesserung (+2%). Diese bemerkenswerten Zahlen sind allerdings zu relativieren: Sie stellen bloss eine Kompensation der früheren überdurchschnittlichen Einbussen wegen der schneearmen Winter und den Folgen des Golfkriegs dar.

Vergleichsweise stark von Frequenzrückgängen betroffen war das Berner Mittelland. Sowohl im Winter wie im Sommer gingen die Hotelllogiernächte um je rund 6 bis 7 Prozent zurück. Insbesondere konnten wegen der Wirtschaftsrezession in den Städten Bern und Biel die Übernachtungen der Ausländer nicht gehalten werden. Die umliegenden Subregionen vermochten diesmal keinen Ausgleich zu schaffen. Als schon beinahe dramatisch ist die Einbusse im Berner Jura zu bezeichnen. Gemeinsam mit den angrenzenden Regionen Freiburg/Neuenburg/Jura mussten gesamtschweizerisch sowohl im Winter (-18%) als auch im Sommer (-12%) die grössten Rückgänge hingenommen werden. Über die genauen Ursachen tappt man noch weitgehend im dunkeln.

Der Strukturwandel in der Hotellerie verläuft in den drei Regionen des Kantons Bern analog der gesamtschweizerischen Entwicklung: Die Zahl der Hotelbetriebe und der vorhandenen Hotelbetten geht langsam zurück. Hingegen konnte die Verfügbarkeit gesteigert werden. Die Auslastung lag im Berner Oberland sowohl im Winter (41%) als auch im Sommer (55%) über dem schweizerischen Durchschnitt; nur

2.3 **Tourisme**2.3.1 *Evolution*

2.3.1.1 En Suisse

L'année 1992 n'a pas confirmé les prévisions de progression pourtant très modestes. Le tourisme suisse n'a pas échappé à la récession, même s'il la subit moins fortement et plus tardivement que les autres secteurs. Les résultats provisoires indiquent un recul qui atteindrait près de 2,5 pour cent des nuitées d'hôtellerie, surtout dans les hôtels et les établissements des stations (-3%); la parahôtellerie n'a en revanche essuyé qu'une perte minime. Cette évolution peu réjouissante est due à plusieurs facteurs, principalement sans doute le creux de l'économie suisse, l'inflation tenace et la stagnation de l'activité économique en Europe. L'automne pluvieux et la fin de la célébration du 700^e n'y sont pas non plus étrangers. La tendance n'a guère pu être corrigée par la bonne saison de sports d'hiver ni par le bel été.

Les résultats en recul sont marqués par des facteurs divers: l'hôtellerie a enregistré un nouveau record en hiver 1991/92, auquel n'ont contribué cependant que les étrangers (+3%), surtout américains et japonais. Les nuitées des Suisses avaient déjà diminué de près de 4 pour cent. En été, la perte s'est étendue à tous les fronts: après une chute des fréquentations de 5 pour cent environ, la Suisse a enregistré les plus mauvais résultats de saison d'été de ces dix dernières années. Le recul est imputable avant tout à la clientèle suisse (-8%), et de façon moindre aussi aux étrangers (-3%).

Rien d'étonnant alors que la moyenne d'occupation des lits d'hôtellerie soit en baisse, comme aussi la durée moyenne de séjour des touristes. S'ajoute à cela la diminution constante du nombre des hôtels et des lits disponibles. Seule éclaircie à ce tableau noir: la plus grande disponibilité des lits d'hôtel, c'est-à-dire que les périodes d'ouverture sont plus longues.

2.3.1.2 Dans le canton de Berne

L'évolution à l'échelle cantonale a été très diverse. L'Oberland bernois a le bilan le plus satisfaisant, avec en hiver la plus forte progression suisse des fréquentations d'hôtel (+7,5%). Il a été la seule région à connaître une amélioration, même faible, en été (+2%). Ces chiffres marquants doivent néanmoins être relativisés, car ils ont tout juste compensé les fortes pertes précédentes dues au manque de neige en hiver et aux conséquences de la guerre du Golfe.

Le Mittelland a été frappé tout aussi durement par les baisses de fréquentation. Les nuitées d'hôtellerie ont reculé de 6 à 7 pour cent en hiver comme en été. La récession n'a pas permis aux villes de Berne et de Bienne de maintenir le même nombre de nuitées d'étrangers. Les sous-régions voisines quant à elles n'ont cette fois pas pu compenser. Le Jura bernois, lui, a enregistré des pertes presque dramatiques. Tous chiffres confondus du Jura bernois avec ceux des régions avoisinantes, Fribourg, Neuchâtel et Jura, ce sont les baisses les plus fortes de toute la Suisse, hiver (-18%) comme été (-12%). Les raisons exactes sont difficilement décelables.

La modification structurelle de l'hôtellerie suit dans les trois régions du canton la même évolution que dans le reste de la Suisse. Le nombre des hôtels et des lits d'hôtels diminue lentement. En revanche, le nombre des lits disponibles augmente. L'occupation a été supérieure à la moyenne nationale dans l'Oberland bernois aussi bien en hiver (41%) qu'en été (55%). Seuls les Grisons ont eu des résultats supérieurs. Dans le Mittelland bernois, le recul est net: les chiffres ont été inférieurs à la moyenne nationale, nettement en hiver (33%) et de façon moindre en été (43%). L'occupation des lits dans le Jura bernois déjà très basse a encore diminué: 15 et 22 pour cent. Après

Graubünden erzielte bessere Ergebnisse. Im Berner Mittelland ging sie spürbar zurück; sie lag im Winter deutlich (33%) und im Sommer knapp (43%) unter dem schweizerischen Mittel. Die ohnehin schon tiefe Bettenbesetzung im Berner Jura bildete sich weiter zurück (15 bzw. 22%). Nach den früheren Verbesserungen verkürzte sich 1992 die mittlere Aufenthaltsdauer in allen drei Regionen wieder leicht.

2.3.1.3 Zukunftsaussichten

Allgemein wird für 1993 ein schwieriges Tourismusjahr erwartet. Die schlechte Konjunkturlage sowie die steigende Arbeitslosigkeit in der Schweiz und in Europa dürften zweifellos deutliche Spuren hinterlassen. Angesichts der stagnierenden bis rückläufigen Zahl der Reisenden wird sich der Kampf um Marktanteile weiter verschärfen. Das zurzeit recht schwierige Umfeld der touristischen Anbieter im Kanton Bern sei an einigen ergänzenden Beispielen erläutert: Der Verschuldungsgrad ist nach den zahlreichen Erneuerungen vielerorts überdurchschnittlich hoch. Da sich der Gast im vergangenen Jahr viel preisbewusster gezeigt hat, verschärft sich die schon angespannte Ertragslage. Gleichzeitig sind die Erneuerungszyklen spürbar kürzer geworden. Im engen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Umfeld sind damit die weitere rechtzeitige Erneuerung und die Konkurrenzfähigkeit des vorhandenen touristischen Angebots ernsthaft gefährdet. Ähnliche Probleme zeigen sich auf der Marketingseite. Die teilweise dramatischen Frequenzrückgänge verlangen unter anderem nach effizienten, kurzfristig realisierbaren Marketingmassnahmen. Da meist finanzielle Engpässe bestehen, sind zahlreichen Anbietern mehr oder weniger die Hände gebunden. Es ist deshalb eine wichtige Zukunftsaufgabe des Staats, für ein günstiges Entwicklungsklima zu sorgen.

2.3.2 Tourismusförderung

2.3.2.1 Fachkommission für Tourismus

Im Berichtsjahr führte die Kommission unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Charles Kellerhals drei Sitzungen durch. Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage der Erneuerung und der qualitativen Verbesserung bestehender touristischer Anlagen. Sowohl die Richtlinien der Regierungspolitik 1990 bis 1994 als auch das neue Gesetz über die Förderung des Tourismus (TFG) legen bekanntlich das Schwergewicht auf diesen Bereich. Um sich mit der Problematik solcher Vorhaben näher vertraut zu machen, liess sich die Kommission durch Fachleute über Fragen von Alterungsprozess, Werterhaltung und Erneuerung von grösseren touristischen Bauwerken und deren Installationen eingehend orientieren.

Einen weiteren Schwerpunkt der Beratungen bildete angesichts der angespannten Gemeindefinanzen die Frage über Art und Höhe der Gemeindeleistung. Die Kommission bestätigte dabei einstimmig die bewährte Praxis, dass sich grundsätzlich auch die Standortgemeinde mit einem à-fonds-perdu-Beitrag zu beteiligen habe und dass dieser in etwa der erwarteten Kantonsleistung entsprechen müsse. Schliesslich präzisierte die Kommission die Frage, wann eine «wesentliche Änderung» einer alpinen Skipiste vorliege und damit keine Beitragsberechtigung vorhanden sei.

2.3.2.2 Beitragspraxis

Gemäss nachstehender Übersicht hatte das Amt für Tourismus im Berichtsjahr 116 (Vorjahr: 111) Beitragsgeschäfte zu behandeln. Dank gefestigter Beitragspraxis und verschiedener administrativer Vereinfachungen konnte die Dauer der Gesuchsbehandlung stark verkürzt und die Zahl der hängigen Geschäfte deutlich reduziert werden:

s'être améliorée au cours des années précédentes, la durée moyenne de séjour a légèrement diminué en 1992 dans les trois régions.

2.3.1.3 Perspectives

L'année touristique 1993 sera difficile de façon générale. La mauvaise conjoncture et le chômage croissant en Suisse et en Europe ne manqueront pas de laisser des traces profondes. Le nombre stagnant, voire décroissant des voyageurs ne permettra pas de poursuivre le renforcement de la compétition autour des parts de marché. Quelques exemples permettent d'illustrer le contexte actuellement très difficile pour l'offre touristique. Le degré d'endettement est particulièrement haut depuis les nombreuses rénovations. Comme la clientèle touristique a davantage regardé les prix en 1992, les résultats déjà peu brillants ne se sont pas améliorés. De plus, les cycles de renouvellement sont devenus sensiblement plus courts. L'étroitesse de l'environnement économique et financier compromet sérieusement le reste des rénovations à faire et le maintien de la compétitivité de l'offre touristique. Le marketing connaît les mêmes problèmes. Les baisses parfois tragiques des fréquentations demandent notamment des mesures efficaces et immédiates. Or, de nombreux offrants ont plus ou moins les mains liées par la situation financière globale. C'est donc là une tâche importante de l'Etat que de créer un climat favorable au développement.

2.3.2 Encouragement du tourisme

2.3.2.1 Commission d'experts en matière de tourisme

La Commission s'est réunie en trois séances sous la présidence de M. Charles Kellerhals. Elles ont porté surtout sur la question du renouvellement et de l'amélioration des installations touristiques. Le programme de législature 1990 à 1994 comme la nouvelle loi sur l'encouragement du tourisme (LET) mettent tous deux l'accent sur ce domaine. Pour connaître mieux le sujet, la Commission a fait appel à des spécialistes qui l'ont informée sur les processus de vieillissement, le maintien de la valeur et la rénovation des grands ouvrages et installations touristiques.

Autre volet important des discussions: le type et le montant de la prestation des communes compte tenu de leurs difficultés financières. La Commission a confirmé à l'unanimité la pratique avérée, à savoir que la commune doit en principe participer avec une contribution à fonds perdu à peu près égale à celle qui est attendue du canton. Enfin, la Commission a précisé à quel moment il y a modification importante d'une piste de ski alpin et donc droit ou non à contribution.

2.3.2.2 Pratique appliquée aux contributions

Comme indiqué dans le tableau ci-dessous, l'Office du tourisme a reçu 116 demandes de contributions (1991: 111). La pratique plus sûre en la matière et les simplifications administratives ont permis de réduire nettement la durée de traitement des demandes et le nombre des affaires en suspens.

Gesuchseingang	1992	(1991)
Geschäfte aus dem Vorjahr	26	(-)
Neue Gesuche und Voranfragen	90	(111)
Total	116	(111)

Gesuchsbehandlung	1992	(1991)
Beantwortung als Voranfrage	1	(8)
Bewilligte Gesuche	97	(64)
Abgelehnte Gesuche	13	(11)
Entscheid auf Folgejahr übertragen	5	(28)
Total	116	(111)

Zahlenmässig standen wiederum die Beiträge an Wanderwegprojekte (32) deutlich an der Spitze; auf den nächsten Plätzen folgten Beiträge an Verkehrsbüroeinrichtungen/touristische Signalisationen (13), Veranstaltungen (12), Kinderspielplätze (9) und Langlaufloipen (8).

Im Berichtsjahr wurden Staatsbeiträge von rund 3,3 Mio. Franken (1,5 Mio. Fr.) zugesichert. Sie werden Investitionen von zirka 16,5 Mio. Franken (10,0 Mio. Fr.) auslösen. Die deutliche Erhöhung der staatlichen Leistungen hat zwei Hauptgründe: Zum einen liegt die Zahl der bewilligten Gesuche rund 50 Prozent über dem Vorjahreswert. Zum andern waren einige grössere Vorhaben zu behandeln, unter anderem verschiedene Behebungen von Unwetterschäden an Wanderwegen.

Die geographische Verteilung der Beitragszusicherungen zeigt folgendes Bild:

Kantonsgebiet	Anzahl Geschäfte	Staatsleistung in Fr. (gerundet)	Investitionssumme in Fr. (gerundet)
Berner Oberland	75	2 951 000	14 210 000
Berner Mittelland	15	235 000	1 480 000
Berner Jura	7	89 000	760 000
Total	97	3 275 000	16 450 000

Grössere Beiträge von über 50 000 Franken konnten zugesichert werden an:

Gemeinde	Art der Anlage/Massnahme	Beitrag in Fr.
Saanen	Tennis- und Zuschaueranlagen, Erweiterung	575 000 ¹
Lenk i. S.	Kurzentrums, Erweiterung	300 000 ¹
Adelboden	Bergweg Hahnenmoos-Aeugi-Engstligen, Neubau	153 000
Biel	Internationales Schachfestival 1992	120 000 ³
Schattenhalb	Wanderroute Rosenloui, Neuführung	120 000
Kandersteg	Eisenbahnlehrpfad BLS, Neuanlage	100 000
Lauterbrunnen	Skiweg Wintertal-Mürren, Verlegung	100 000
Saanen	Konzerte Musiksommer Gstaad-Saanenland	80 000 ³
Bönigen	Verkehrsbüro, Neubau	70 000 ²
Interlaken	TV-Wettbewerb «Goldener Steinbock»	65 000 ³
Gadmen	Alter Sustenweg, Wiederherstellung	64 000 ¹
Hasliberg	Kinderspiel- und Skiparadies, Neuanlage	60 000
Grindelwald	Kurverein, Ersatz und Ausbau der EDV-Anlage	53 000 ²
Bönigen (u. a.)	Faulhornweg/Schnige Platte, Ausbau	52 000
Tramelan	30. Nationale Pferde-Springkonkurrenz	50 000 ³
Wilderswil	Kinderspielplatz «Schmiedmatte», Erneuerung	50 000

¹ Durch den Grossen Rat bewilligt

² Beiträge aus dem Tourismusfonds

³ Maximale Defizitgarantie

Demandes déposées	1992	(1991)
Affaires de l'année précédente	26	(-)
Nouveaux dossiers et demandes préalables	90	(111)
Total	116	(111)

Demandes traitées	1992	(1991)
Réponses aux demandes préalables	1	(8)
Demandes acceptées	97	(64)
Demandes rejetées	13	(11)
Décisions reportées à l'année suivante	5	(28)
Total	116	(111)

Une fois de plus, ce sont les contributions accordées à des projets de chemins de randonnée pédestre qui ont été de loin les plus nombreuses (32), suivies par les contributions aux aménagements d'offices de tourisme et signalisations touristiques (13), aux manifestations (12), aux aires de jeux pour enfants (9) et aux pistes de ski de fond (8). Les contributions cantonales accordées se montent à 3,3 millions de francs (1991: 1,5 million fr.) et représentent des investissements d'environ 16,5 millions de francs (10 millions fr.). La forte hausse des contributions a deux raisons majeures: d'une part les demandes acceptées sont pratiquement deux fois plus nombreuses que l'année précédente. D'autre part, quelques gros projets ont été traités, dont plusieurs portaient sur l'élimination des dommages causés par les intempéries aux chemins de randonnée.

La répartition géographique des contributions proposées par la Commission donne l'image suivante:

Partie du canton	Nombre des affaires	Contribution de l'Etat en fr. env.	Investissement en fr. env.
Oberland bernois	75	2 951 000	14 210 000
Mittelland bernois	15	235 000	1 480 000
Jura bernois	7	89 000	760 000
Total	97	3 275 000	16 450 000

Les contributions supérieures à 50 000 francs apparaissent dans le tableau ci-dessous:

Commune	Type d'installation/mesure	Montant fr.
Gessenay	Courts de tennis et tribunes de spectateurs, agrandissement	575 000 ¹
La Lenk	Centre de cure, agrandissement	300 000 ¹
Adelboden	Chemin de montagne, Hahnenmoos-Aeugi-Engstligen, aménagement	153 000
Bienne	Festival international d'échecs 1992	120 000 ³
Schattenhalb	Route de randonnée Rosenloui, réaménagement	120 000
Kandergrund	Sentier éducatif BLS, aménagement	100 000
Lauterbrunnen	Chemin de ski Wintertal-Mürren, déplacement	100 000
Gessenay	Gstaad-pays de Gessenay, concerts de l'été musical	80 000 ³
Bönigen	Office du tourisme, remplacement, construction	70 000 ²
Interlaken	Concours TV «Chamois d'or»	65 000 ³
Gadmen	Ancien chemin du Susten, reconstruction	64 000 ¹
Hasliberg	Paradis des jeux d'enfants et du ski, aménagement	60 000
Grindelwald	Office du tourisme, remplacement et extension du système informatique	53 000 ²
Bönigen (etc.)	Chemin du Faulhorn/Schnige Platte, extension	52 000
Tramelan	30 ^e concours national du jumping	50 000 ³
Wilderswil	Aire de jeux pour enfants «Schmiedmatte», rénovation	50 000

¹ Approuvé par le Grand Conseil

² Contribution imputée sur le Fonds du tourisme

³ Garantie de déficit maximale

2.3.3 Hotel-/Saalbauförderung

2.3.3 Encouragement de l'hôtellerie et de la construction de salles

2.3.3.1 Gastgewerbekommission

2.3.3.1 Commission de l'hôtellerie et de la restauration

An der Sitzung vom 28. April 1992 musste die Kommission Kenntnis nehmen vom plötzlichen krankheitsbedingten Hinschied des Mitglieds Günther Rorarius. An seiner Stelle wählte der Regierungsrat Herrn Werner Bruggisser, Lüscherz, neu in die Kommission. Unter der Leitung von Präsident Daniel Frei wurden vier Sitzungen durchgeführt. Nebst der Beurteilung und Antragstellung zu den Förderungsgeschäften stand die Unterstützung der Arbeiten zur Totalrevision des Gastgewerbegesetzes im Mittelpunkt der Beratungen.

La Commission a appris, lors de sa séance du 28 avril 1992, la démission pour raison de santé de M. Günther Rorarius. Le Conseil-exécutif a nommé M. Werner Bruggisser de Lüscherz pour le remplacer. Présidée par M. Daniel Frei, la Commission s'est réunie quatre fois. En plus de l'examen des demandes de contributions et des propositions, la Commission s'est consacrée principalement à aider aux travaux de révision totale de la loi sur l'hôtellerie et la restauration.

2.3.3.2 Beitragspraxis

2.3.3.2 Pratique appliquée aux contributions

Die Geschäftstätigkeit im Bereich Hotel- und Saalbauförderung bewegte sich im Rahmen des Vorjahres: 1992 war über insgesamt 42 (42) Gesuche zu entscheiden. Die Gastgewerbekommission beurteilte deren 29 (32); sie verabschiedete 28 (28) mit dem Antrag auf Bewilligung. Das Amt für Tourismus musste 13 (10) Gesuche direkt ablehnen, weil die Voraussetzungen für eine Beitragsleistung nicht erfüllt waren. Bei neun abgelehnten Geschäften handelte es sich um Begehren um Verlängerung von Zinsverbilligungen, welche wegen gutem Geschäftsgang nicht gutgeheissen werden konnten. Die bewilligten Leistungen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Kantonsgebiete:

L'activité dans le domaine de l'encouragement de l'hôtellerie et de la construction de salles est restée dans les mêmes limites qu'en 1991. 42 demandes (42) ont été présentées durant l'exercice. La Commission de l'hôtellerie et de la restauration a examiné 29 affaires (32), dont 28 (28) ont été adoptées avec proposition d'octroi des prestations demandées. L'Office du tourisme en a directement rejeté 13 (10) qui manifestement ne réunissaient pas les conditions. Neuf affaires rejetées étaient des demandes de prolongation de l'abaissement d'intérêt qui n'ont pu être acceptées en raison de la bonne marche des affaires. Les demandes se répartissent dans le canton comme suit:

Kantonsgebiet	Anzahl	Förderungsprojekte Hotels	Salen
Berner Oberland	23	23	-
Berner Mittelland	4	1	3
Berner Jura	1	1	-
Total	28	25	3

Partie du canton	Nombre	Projets d'encouragement Hôtels	Salles
Oberland bernois	23	23	-
Mittelland bernois	4	1	3
Jura bernois	1	1	-
Total	28	25	3

Wie in den Vorjahren lag das Schwergewicht auf Investitionen zugunsten von Hotelenerneuerungen und -erweiterungen. Mittlerweile sind rund 80 Prozent aller bernischen Hotelzimmer mit dem heute üblichen Sanitärkomfort ausgestattet. Der Rückstand gegenüber den touristischen Hauptkonkurrenten ist damit praktisch wettgemacht. Die Bautätigkeit konzentrierte sich überwiegend auf die grossen oberländischen Kurorte. Die erfreuliche Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) erfuhr auch im Berichtsjahr ihre Fortsetzung. Gemeinsam konnten 24 (21) Geschäfte abgewickelt werden. 1992 hat die SGH zugunsten der bernischen Hotellerie Bürgschaften und Darlehen von 13,35 Mio. Franken bewilligt (14,3 Mio. Fr.). Der Anteil des Kantons Bern am gesamtschweizerischen Engagement stieg auf 23,8% (22%). Die zugesicherten Staatsleistungen und die ausgelösten Investitionen hielten sich im Rahmen des Vorjahres:

Comme au cours des années précédentes, les investissements concernaient surtout des rénovations ou agrandissements d'hôtels. Entre-temps, près de 80 pour cent de toutes les chambres d'hôtel bernoises ont été équipées du confort sanitaire normal aujourd'hui. Le retard par rapport aux principaux concurrents est donc pratiquement rattrapé. La construction s'est concentrée principalement sur les grandes stations de l'Oberland. La collaboration avec la Société suisse de crédit hôtelier (SCH) a été comme toujours satisfaisante. 24 affaires (21) ont été réglées en commun. La SCH a accordé 13,35 millions de francs (14,3) de prêts et cautionnements pour l'hôtellerie bernoise; ce qui représente une proportion accrue: 23,8 pour cent (22%) du volume total des engagements de la SCH.

Voici en chiffres les prestations accordées par l'Etat et les investissements qui en découlent:

Kantonsgebiet	Staatsleistung in Fr. (gerundet)	Investitionssumme in Fr. (gerundet)
Berner Oberland	1 845 000	55 250 000
Berner Mittelland	790 000	9 850 000
Berner Jura	32 500	400 000
Total	2 667 500	65 500 000

Partie du canton	Contribution de l'Etat en fr. env.	Investissement en fr. env.
Oberland bernois	1 845 000	55 250 000
Mittelland bernois	790 000	9 850 000
Jura bernois	32 500	400 000
Total	2 667 500	65 500 000

Leider konnte eine zukunftsgerichtete Aktion «Pleine forme» zur Förderung alkoholfreier Getränke nicht realisiert werden. Trotz eines in Aussicht gestellten Staatsbeitrags von 250 000 Franken scheiterte das Vorhaben an den ungenügenden finanziellen Leistungen Dritter.

Il n'a malheureusement pas été possible de réaliser la campagne «Pleine forme» pour la promotion des boissons sans alcool. En dépit de la promesse d'une contribution de l'Etat de 250 000 francs, le projet a échoué faute de contributions suffisantes de tiers.

2.3.4 *Förderung der Tourismusnachfrage*

Dank dem im Vorjahr bewilligten ausserordentlichen Staatsbeitrag aus dem Gastgewerbefonds konnte der Verkehrsverband Berner Oberland mit der Umsetzung der neuen Angebotsstrategie «Familienfreundliches Berner Oberland» beginnen. Die ersten Ergebnisse sind sehr ermutigend: Nicht nur findet die Aktion im In- und Ausland gute Beachtung. Vor allem haben sich verschiedene Kurorte und Betriebe zu familienfreundlichen Anschlusskonzepten entschlossen und diese auch bereits tatkräftig umgesetzt. Auf diese Weise bestehen berechtigte Hoffnungen, dass sich das Berner Oberland mit der Familienfreundlichkeit ein echtes Markenzeichen schaffen kann. Im Berner Mittelland laufen nach Verabschiedung des neuen Leitbilds und Marketingkonzepts die Abklärungen auf Hochtouren, in welchem Angebotsbereich sich die Region in Zukunft profilieren will. Die spätere Umsetzung in die Praxis soll wie im Berner Oberland ebenfalls durch einen namhaften ausserordentlichen Staatsbeitrag unterstützt werden.

2.3.5 *Beratung und Begutachtung*

Im Berichtsjahr war das Amt für Tourismus hauptsächlich in vier grössere directionsübergreifende Projekte einbezogen, die auch 1993 weiterlaufen werden. Da der Tourismus überall mehr oder weniger stark betroffen ist, rechtfertigt sich eine frühzeitige und enge Zusammenarbeit: Unter Federführung des Regierungsstatthalters von Interlaken befasst sich eine Arbeitsgruppe mit der finanziellen und nutzungsmässigen Neuorientierung des Alpinen Kur- und Sportzentrums Mürren. Eine weitere Arbeitsgruppe unter Federführung des Raumplanungsamts studiert Umsetzungsfragen eines umweltfreundlichen Freizeitverkehrs. Eine eigens durch die Baudirektion berufene Kommission ist daran, gegenüber dem Bund Vorschläge zur Abgrenzung und zum Schutz von Moorlandschaften zu erarbeiten. Schliesslich beschäftigt sich die gleiche Direktion mit dem indirekten Gegenvorschlag zur eingereichten Beschneidungsinitiative.

2.3.6 *Beherbergungsabgabe und Kurtaxen*

Die mit dem neuen Tourismusförderungsgesetz erfolgte Neuregelung der Beherbergungsabgabe hat im Vollzug zu keinen Problemen geführt. Im Berichtsjahr erreichte der Ertrag 1,96 Mio. Franken (1,91 Mio Fr.). Die Mehreinnahmen sind auf die verbesserte Erfassung der Abgabepflichtigen und die guten Frequenzen im Berner Oberland zurückzuführen. Dagegen hat die per 1. November 1992 erfolgte Abgabehöherung auf 40 Rappen (30 Rp.) pro Logiernacht noch kaum zur Ertragssteigerung beigetragen.

Der im Verwaltungsbericht des Vorjahrs angekündigte Versuch, in drei Kurorten die Beherbergungsabgabe und die Gemeindegurtaxe gemeinsam zu beziehen, ist in der Sommersaison 1992 erfolgreich durchgeführt worden. Die Erfahrungen sind rundum positiv: Nicht nur wird die Abrechnung der beiden Abgaben für die Betroffenen einfacher und benutzerfreundlicher; auch die Verwaltung wird entlastet und es werden EDV-Kosten eingespart. Der gemeinsame Bezug wird in den drei Pionierorten (Adelboden, Kiental und Wilderswil) definitiv eingeführt. Ab Sommersaison 1993 soll das Verfahren auf weitere interessierte Kurorte ausgedehnt werden.

Die mit Spannung erwartete Studie des Schweizer Tourismusverbands über «Öffentliche Mittel für den Tourismus – Wege in die Zukunft» wurde im Sommer 1992 der Öffentlichkeit präsentiert. Es zeigte sich, dass Kurtaxe und Beherbergungsabgabe auch in Zukunft die unverzichtbare Grundlage der Tourismusfinanzierung darstellen. Auf Interesse stösst in grösseren Kurorten die Einführung einer speziellen Tourismusabgabe («St.-Moritzer-Modell»). Offen ist dabei allerdings noch die Frage, ob das bernische Steuergesetz eine genügende rechtliche Grundlage zu deren Einführung bildet. Die entsprechenden Abklärungen laufen zurzeit.

2.3.4 *Développement de la demande touristique*

La contribution extraordinaire que l'Etat a accordée l'année précédente sur le Fonds de l'hôtellerie et de la restauration a permis à l'Association touristique de l'Oberland bernois de lancer la nouvelle stratégie d'offre baptisée «Oberland bernois familial». Les premiers résultats sont très encourageants. Non seulement la campagne a trouvé écho en Suisse et à l'étranger, mais surtout plusieurs stations et établissements ont opté pour des programmes de rattachement qu'ils ont déjà appliqués. Ainsi, il est permis d'espérer que l'Oberland bernois se créera une certaine image d'accueil familial. Le Mittelland bernois, après avoir approuvé le programme et le plan de marketing, étudie dans quel domaine d'offre la région va se distinguer. La mise en œuvre sera lancée, comme dans l'Oberland bernois, au moyen d'une importante contribution extraordinaire de l'Etat.

2.3.5 *Activités d'expert-conseil*

L'Office du tourisme s'est occupé principalement de quatre projets importants concernant plusieurs Directions qui se poursuivront en 1993. Comme le tourisme est partout plus ou moins fortement touché, il est juste de commencer le plus tôt possible une coopération étroite. Sous la direction du préfet d'Interlaken, un groupe de travail étudie une nouvelle orientation financière et utile du Centre sportif alpin de Mürren. Un autre groupe de travail dirigé par l'Office de l'aménagement du territoire examine les questions d'application des principes de l'écologie aux transports de loisirs. Une commission réunie par la Direction des travaux publics est en train d'élaborer, à l'intention de la Confédération, des propositions concernant la délimitation et la protection des sites marécageux. Enfin, la même Direction met au point le contre-projet indirect à l'initiative sur les canons à neige.

2.3.6 *Taxe d'hébergement et taxes de séjour*

Les nouvelles règles régissant la taxe d'hébergement depuis la nouvelle loi sur l'encouragement du tourisme n'ont pas entraîné de problèmes d'exécution. Le produit de la taxe a atteint 1,96 million de francs en 1992 (1,91 million fr.). Les recettes supplémentaires sont dues à un meilleur recensement des assujettis et à une bonne fréquentation dans l'Oberland. En revanche, l'augmentation de la taxe à 40 centimes (30) par nuitée n'a encore guère accru le produit de la taxe.

L'essai annoncé dans le précédent rapport de gestion d'un encaissement commun de la taxe d'hébergement et de la taxe de séjour dans trois stations a été mené avec succès en été 1992. Tous les résultats sont positifs: non seulement le décompte des deux taxes est plus simple pour les intéressés, mais l'administration est déchargée et les frais informatiques moins élevés. L'encaissement commun est définitif dans les trois stations (Adelboden, Kiental et Wilderswil). Dès l'été 1993, la méthode sera étendue à d'autres stations intéressées.

L'étude tant attendue de la Fédération suisse du tourisme, intitulée «Fonds publics pour le tourisme – voies pour l'avenir», a été présentée au public en été 1992. Il s'avère que la taxe de séjour et la taxe d'hébergement constituent aussi à l'avenir la base indispensable du financement du tourisme. L'idée d'une taxe touristique spéciale (modèle de St-Moritz) a rencontré beaucoup d'intérêt dans les stations les plus importantes. Reste pourtant à savoir si la loi bernoise sur les impôts est une base légale suffisante pour l'introduire. L'étude est en cours.

2.3.7 *Gastgewerbe*2.3.7 *Hôtellerie et restauration*

2.3.7.1 Revision Gastgewerbegesetz

2.3.7.1 Révision de la loi sur l'hôtellerie et la restauration

Wichtigste Aufgabe im Bereich Gastgewerbe war auch 1992 die Vorbereitung der Totalrevision des Gastgewerbegesetzes. Sie belastete das Amt sehr stark und führte dazu, dass der allgemeine Vollzug in den Hintergrund gedrängt wurde. Nach einer zweiten Runde von Vorgesprächen wurde im Juni das offizielle Vernehmlassungsverfahren eingeleitet. Über 60 Organisationen haben sich geäußert. Die Absicht, die Regelungen im Gastgewerbegesetz auf das Nötige zu beschränken, sind ebenso positiv aufgenommen worden wie die bessere Koordination mit dem Baubewilligungsverfahren. Keine Opposition erwuchs dem Verzicht auf besondere Bewilligungen für Tanz und Unterhaltung sowie dem Verzicht auf den Meldeschein für Hotelgäste. Stark auseinander gingen die Meinungen in den Bereichen, in welchen Varianten zur Diskussion gestellt wurden. So musste sowohl beim Obligatorium des gastgewerblichen Fähigkeitsausweises wie auch bei der staatlichen Hotelförderung nach neuen, tragfähigen Kompromissen gesucht werden. Im Dezember konnte das zweite verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren durchgeführt werden, so dass der Zeitplan, welcher die Beratung im Grossen Rat im Jahr 1993 vorsieht, eingehalten werden kann.

En matière d'hôtellerie et de restauration, la tâche principale a été en 1992 aussi de préparer la révision totale de la loi. Lourde charge pour l'office qui a dû reléguer l'exécution en général au second plan. Après un deuxième tour de consultations préalables, la procédure de consultation officielle a été lancée en juin. Plus de 60 organisations se sont prononcées. Echo favorable pour l'intention de limiter la réglementation au minimum nécessaire, comme pour la meilleure coordination avec la procédure en octroi de permis de construire. Il n'y a pas eu d'opposition à la suppression des autorisations spéciales de danse et de spectacle, ni non plus à l'abolition des fiches de contrôle dans les hôtels. En revanche, les opinions ont fortement divergé dans les domaines où plusieurs variantes étaient proposées. Il a donc fallu chercher de nouveaux compromis réalisables pour le certificat de capacité obligatoire et pour l'encouragement de l'hôtellerie par l'Etat. La deuxième procédure de consultation interne s'est déroulée en décembre, de sorte que le calendrier est tenu et que la loi sera soumise au Grand Conseil en 1993.

2.3.7.2 Allgemeiner Vollzug

2.3.7.2 Exécution en général

Die Geschäftslast war unverändert hoch (über 1300 Einzelfälle ohne Wirteprüfungen). Umbauten bestehender Betriebe und Wechsel der verantwortlichen Inhaber hielten sich im bisherigen Rahmen. Zusätzliche Arbeit brachte die Gesamtpatenerneuerung im Mittelland und der Stadt Bern. Dank der guten Zusammenarbeit mit Gemeinden und Regierungstatthalterämtern konnte sie fristgerecht abgeschlossen werden.

Les cas à traiter (plus de 1300, sans compter les examens de cafetiers) ont représenté une charge qui reste lourde. Les transformations d'établissements et les changements de détenteurs responsables sont restés dans les limites de l'année précédente. Le renouvellement de toutes les patentes du Mittelland et de Berne a occasionné un surcroît de travail. La bonne collaboration avec les communes et les préfectures a permis de clore le renouvellement dans les délais.

2.3.7.3 Wirtkurse und Fähigkeitsausweise

2.3.7.3 Cours d'aubergistes et certificats de capacité

Der Wirtverband des Kantons Bern führte wie üblich die Kurse zur Erlangung der Fähigkeitsausweise I und III, der Berner Cafetier Verband zwei Kurse zur Erlangung des Fähigkeitsausweises II (für alkoholfreie Betriebe) durch. Die abgelegten Prüfungen und der Prüfungserfolg geben zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

La Fédération des cafetiers du canton de Berne a organisé comme d'habitude les cours pour certificats de capacité I et III. La Fédération bernoise des cafetiers a organisé en 1992 deux cours pour le certificat de capacité II (établissements sans alcool). Les examens présentés et réussis ne donnent lieu à aucune remarque particulière.

Erfolgreich abgelegte Prüfungen im Jahre 1992 und (1991)

Examens réussis en 1992 et (1991)

Fähigkeitsausweis I (mit Alkohol)	240	(263)
Fähigkeitsausweis II (ohne Alkohol)	15	(25)
Fähigkeitsausweis III (Kleinbetriebe)	111	(93)
Ausweise eines andern Kantons	68	(73)
Diplome einer Berufsschule	103	(75)

Certificat I (avec alcool)	240	(263)
Certificat II (sans alcool)	15	(25)
Certificat III (petits établissements)	111	(93)
Certificat d'un autre canton	68	(73)
Diplôme d'une école professionnelle	103	(75)

Die Misserfolge hielten sich im Rahmen der Vorjahre. Definitiv scheiterten 1992 nach der dritten Prüfung 4 (5) Kandidaten.

Les échecs sont restés dans les limites des années précédentes. En 1992, 4 candidats (5) ont définitivement échoué après avoir présenté leur examen pour la troisième fois.

2.3.8 *Bergführer und Skilehrer*2.3.8 *Guides de montagne et maîtres de ski*

Im vergangenen Jahr wurde das neue Gewerbegesetz im Parlament verabschiedet. Für die Bergführer bleibt die Bewilligungspflicht, für die Skilehrer wird sie nach einer Übergangsfrist von sechs Jahren aufgehoben. In der Vereinheitlichung der Skilehrerausbildung zwischen den verschiedenen Kantonen konnten gewisse Fortschritte verzeichnet werden. Über das Ziel einer BIGA-Anerkennung wie beim Bergführerberuf bestehen aber noch grosse Meinungsverschiedenheiten.

La nouvelle loi sur le commerce et l'industrie a été adoptée par le Grand Conseil en 1992. Le régime de l'autorisation obligatoire est maintenu pour les guides de montagne, il sera en revanche supprimé pour les maîtres de ski après un délai transitoire de six ans. L'uniformisation de la formation des maîtres de ski entre les différents cantons a connu certains progrès. Les opinions restent cependant très divergentes à propos de la reconnaissance par l'OFIAMT de la profession comme celle des guides de montagne.

2.3.9 Grundstückerwerb durch Personen im Ausland

Der Vollzug der Lex Friedrich stellte im abgelaufenen Jahr keine besonderen Probleme. Die Zusammenarbeit mit den Regierungsstatthaltern, die als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde die Gesuche beurteilen müssen, war sehr gut. Durch einen frühzeitigen Einbezug des Amtes und in Absprache mit dem Bundesamt für Justiz konnten auch in schwierigeren Fällen befriedigende Lösungen gefunden werden. Zu behandeln waren 78 (71) Einzelfälle. Das Ferienwohnungskontingent des Bundes wurde einmal mehr mit 22 (12) Bewilligungen bei weitem nicht ausgeschöpft.

2.4 Wohnungswesen

2.4.1 Allgemeines

2.4.1.1 Überblick über die Amtstätigkeit

Die Tätigkeit des Amtes war im Berichtsjahr durch die hohen Zinssätze für Alt- und Neuhypotheken geprägt. Diese trugen dazu bei, dass die Nachfrage nach Wohnbauhilfen weiter anstieg. Unterbreitet wurden viele Projekte, die früher im freitragenden Wohnungsbau realisiert worden wären. Andererseits mussten eingereichte Projekte zurückgestellt oder redimensioniert werden. Für manche Mietwohnungsprojekte ergaben sich trotz Bundeshilfe keine tragbaren Mieten. Auch bei der Finanzierung entstanden Engpässe. Dies erschwerte die Bearbeitung der Gesuche.

Fünf Ereignisse seien besonders hervorgehoben:

- Der Vollzug des Grossratsbeschlusses über Mietzins- und Hypothekarzinszuschüsse konnte im Mai aufgenommen werden. In den ersten sieben Vollzugsmonaten sind 230 Gesuche eingetroffen.
- In der Wohnbau- und Eigentumsförderung wurden 642 Gesuche eingereicht. Dies sind 80 Gesuche mehr als im Vorjahr oder fast doppelt so viele als noch vor drei Jahren.
- Beim Gesetz über die Verbesserung des Wohnungsangebots wurde der Kreditrahmen von 10 auf 13 Mio. Franken erhöht. Davon sind 9 Mio. Franken für die Wohnbau- und Eigentumsförderung, 3 Mio. Franken für die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten und 1 Mio. Franken für die Wohnbaulandförderung reserviert.
- Das Dekret über die Wohnbau- und Eigentumsförderung sowie die dazu gehörende Verordnung wurden verabschiedet. Der Wechsel von der eigenständigen Wohnbauförderung zur kombinierten Wohnbau- und Eigentumsförderung Bund/Kanton konnte somit wie geplant auf den 1. Januar 1993 erfolgen.
- Beim Dekret über die Wohnbaulandsicherung und dem Dekret über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten ist die Geltungsdauer für Zusicherungen Ende 1992 abgelaufen. Diese Massnahmen stehen indessen noch während 20 Jahren in der Verbilligungs- und Zweckerhaltungsphase.

2.4.1.2 Die Lage auf dem Wohnungsmarkt

Die hohen Zinssätze führen vor allem bei Mietern neuer Wohnungen, Rentnern, Haushalten mit kleinen Einkommen und stark verschuldeten Eigenheimbesitzern zu grossen Belastungen.

Es ist zu erwarten, dass sich die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt mit der Zeit etwas entschärfen dürfte. Dafür spricht der leicht angestiegene Leerwohnungsbestand (1.6.1992: 1723 Wohnungen, 1.6.1991: 1361 Wohnungen) und die Ende Jahr gesun-

2.3.9 Acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger

L'exécution de la Lex Friedrich n'a posé aucun problème particulier au cours de l'année écoulée. La coopération avec les préfets, qui en qualité de première instance, doivent évaluer les demandes, a été très bonne. Même dans les cas difficiles, des solutions satisfaisantes ont été trouvées en faisant appel à l'office suffisamment tôt et en discutant avec l'Office fédéral de la justice. 78 cas (71) ont été traités. Le contingent de logements de vacances n'a à nouveau pas été utilisé complètement, puisque seulement 22 autorisations (12) ont été accordées.

2.4 Logement

2.4.1 Remarques générales

2.4.1.1 Aperçu des activités de l'office

Les activités de l'office ont été déterminées en 1992 par les taux d'intérêt élevés des anciennes et des nouvelles hypothèques. Ainsi, il y a encore eu augmentation des demandes d'aide à la construction de logements, notamment parce que de nombreux projets ont été soumis à l'office qui, auparavant, auraient été réalisés sur le marché de la construction non subventionnée. Par ailleurs, certains projets ont dû être reportés ou modifiés. De nombreux autres concernant des logements locatifs n'ont pu aboutir à des loyers raisonnables en dépit de l'aide fédérale. Le financement aussi a rencontré des problèmes. Autant d'aspects qui ont rendu difficile le traitement des demandes.

Cinq événements ont marqué l'exercice 1992:

- L'arrêté du Grand Conseil sur les contributions aux loyers et aux intérêts d'emprunts hypothécaires est en application depuis le mois de mai. 230 demandes ont été présentées durant les sept premiers mois d'exécution.
- 642 demandes d'encouragement à la construction et l'accession à la propriété de logements ont été déposées, soit 80 de plus qu'en 1991 et presque deux fois plus qu'il y a seulement trois ans.
- Le cadre de crédit de 10 millions de francs de la loi sur l'amélioration de l'offre de logements a été relevé à 13 millions. 9 millions sont réservés à l'encouragement à la construction et l'accession à la propriété de logements, 3 millions à l'amélioration de l'habitat dans les régions de montagne et 1 million à l'encouragement à l'acquisition de terrains à bâtir.
- Le décret encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements a été adopté, ainsi que l'ordonnance y relative, ce qui a permis de passer, comme prévu au 1^{er} janvier 1993, de l'encouragement cantonal à la construction de logements à l'instrument combiné canton/Confédération pour encourager la construction et l'accession à la propriété de logements.
- La validité des décrets sur la réservation de terrains à bâtir d'une part et sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables d'autre part arrivait à échéance fin 1992 pour les promesses de subsides. Elle persiste par ailleurs pendant encore 20 années pour l'abaissement des charges et le maintien de l'affectation.

2.4.1.2 Etat du marché du logement

Les taux d'intérêts élevés se traduisent par de lourdes charges principalement chez les locataires de logements neufs, les retraités, les ménages à faible revenu et les propriétaires fortement endettés occupant leur propre logement.

On peut espérer avec le temps quelque amélioration sur le marché du logement. A preuve, la légère augmentation du nombre de logements vacants (1723 au 1.6.1992 contre 1361 au 1.6.1991) et la baisse

kenen Sätze für Neuhypotheken. Allerdings hat das Amt im Mai 1992 in den Inseraten für Mietwohnungen im Raum Bern noch keinen signifikanten Preisrückgang festgestellt; in der Periode Mai bis November hatten im Gegenteil noch etwa 40 Prozent der Mieterhaushalte Zinsaufschläge hinzunehmen.

2.4.2 Wohnbau- und Eigentumsförderung

Interessenten für kantonale Wohnbauhilfen wurden angesichts des bevorstehenden Zusammenschlusses der Wohnbauförderung des Kantons mit der Wohnbau- und Eigentumsförderung des Bundes durchwegs auf das Bundesgesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (WEG) verwiesen. Die Gesuchszunahme betraf denn auch 1992 praktisch vollständig das WEG. Dank den Grundverbilligungsvorschüssen des WEG können auch bei hohen Zinssätzen in vielen Fällen die Belastungen auf ein noch tragbares Niveau gesenkt werden.

1992 haben Bund und/oder Kanton Leistungen für insgesamt 1379 Wohnungen im Kanton Bern zugesichert. Dies liegt deutlich unter dem Wert des Vorjahres (2076). Dieser Rückgang kam zustande, weil der Erwerb von Mietwohnungen durch gemeinnützige Bauträger stark rückläufig war (in diesem Bereich wurden etwa 900 Wohnungen weniger gefördert). Beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum, bei den Neubauten und den Erneuerungen ergab sich hingegen ein Zuwachs.

Abgerechnet wurden insgesamt 2027 Wohnungen (Vorjahr 612). Die Zunahme ist die Folge der vielen Zusicherungen im Vorjahr. Für diese Wohnungen wird der Bund in den kommenden Jahren bei gleichbleibenden Zinssätzen Vorschüsse im Umfang von 170 Mio. Franken leisten müssen. Die Beiträge des Bundes für diese Wohnungen liegen höchstens bei 18 Mio. Franken, jene des Kantons höchstens bei 5 Mio. Franken.

2.4.2.1 Baulandbereitstellung

Gestützt auf das Dekret über die Wohnbaulandsicherung konnten noch bis Ende 1992 Zusicherungen abgegeben werden. Sieben Gemeinden (Vorjahr 6) wurden unterstützt. Die Zusicherungen betrafen 44 000 m² Wohnbauland für etwa 130 Wohnungen. Einige Gemeinden konnten den Erwerb nicht mehr vor Jahresende realisieren und mussten daher auf den Kantonsbeitrag verzichten.

2.4.2.2 Neubau und Erneuerung von Wohnungen

Die Förderung gemäss Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten und kantonalem Anschlussdekret wurde bis jetzt durch die hohen Zinssätze wenig betroffen. Eingereicht wurden 220 Gesuche (Vorjahr 202). Für 191 Wohnungen konnten Zusicherungen abgegeben werden (176). Einige Geschäfte mussten zurückgestellt werden, weil dafür die Bundesmittel nicht mehr ausreichten. Nach Genehmigung der Bauabrechnung wurden für 210 Wohnungen Beiträge ausgerichtet (199).

Gestützt auf das Dekret über die Förderung preisgünstiger Neubauten sind keine Zusicherungen mehr abgegeben worden (22). 12 Wohnungen kamen aufgrund genehmigter Bauabrechnungen erstmals in den Genuss von Lastenzuschüssen (70). Ausstehend sind noch Abrechnungen mit insgesamt 57 Wohnungen.

Bei der Wohnbau- und Eigentumsförderung des Bundes (WEG) sind Zusicherungen für den Bau und die Erneuerung von 412 (271) Wohnungen abgegeben worden. Ende Jahr waren Gesuche mit 345 Mietwohnungen pendent.

à la fin de l'année des taux des nouvelles hypothèques. Toutefois, en mai 1992, l'office n'a constaté encore aucune baisse sensible de prix dans les annonces de logements locatifs de Berne et sa région. Au contraire, puisqu'entre mai et novembre, près de 40 pour cent des ménages locataires ont subi des majorations de loyer.

2.4.2 Encouragement à la construction et l'accession à la propriété de logements

Tenant compte du rattachement imminent des instruments cantonal et fédéral, l'office a souvent conseillé aux requérants de déposer au canton une demande d'aide fédérale (loi fédérale encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements, LCAP). L'augmentation du nombre des demandes a concerné en 1992 également presque entièrement la LCAP. Les avances d'abaissement de base fournies par ce biais permettent dans de nombreux cas de baisser les charges à un niveau raisonnable.

En 1992, Confédération et/ou canton ont promis des prestations pour un total de 1379 logements dans le canton de Berne, soit nettement moins qu'en 1991 (2076). Cette baisse vient du fort recul des acquisitions de logements locatifs par les maîtres d'ouvrage s'occupant de la construction de logements d'utilité publique (900 logements subventionnés de moins). En revanche, il y a eu augmentation dans l'acquisition de logements occupés par leurs propriétaires, dans les constructions neuves et les rénovations.

Des décomptes ont été établis pour 2027 logements au total (612). Cette hausse est due aux nombreuses promesses datant de 1991. Pour ces logements, la Confédération fournira ces prochaines années des avances pour un montant de 170 millions de francs, si les taux restent inchangés. Les contributions dues par la Confédération se montent à 18 millions de francs au plus et celles du canton à 5 millions de francs au maximum.

2.4.2.1 Mise à disposition de terrains à bâtir

Des promesses ont pu être faites encore jusqu'à la fin de 1992 en vertu du décret sur la réservation de terrains à bâtir. Sept communes (6 en 1991) ont reçu l'aide financière. Les promesses ont porté sur 44 000 m² de terrain à bâtir en vue de construire 130 logements environ. Quelques communes n'ont pas pu acquérir le terrain avant la fin de l'année et ont dû renoncer à l'aide cantonale.

2.4.2.2 Assainissement et construction de logements

Les taux d'intérêts élevés n'ont guère affecté jusqu'à présent l'encouragement selon la loi fédérale et le décret cantonal sur l'amélioration du logement dans les régions de montagne. 220 demandes ont été déposées, soit presque autant que l'année précédente (202). Les subventions ont été promises pour 191 logements (176). Quelques affaires ont été reportées parce que les fonds fédéraux ne suffisaient plus. Enfin, 210 logements (199) ont bénéficié de subventions après l'approbation du décompte des travaux.

Il n'y a plus eu de promesses (22 en 1991) faites en vertu du décret sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables. 12 logements (70) ont pour la première fois bénéficié de contributions aux charges versées après l'approbation du décompte des travaux. Les décomptes sont encore en suspens pour 57 logements au total.

L'aide a été garantie à la construction ou rénovation de 412 logements (271) grâce à l'instrument fédéral encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements (LCAP). A la fin de l'année il y avait encore des dossiers en suspens pour 345 logements locatifs.

2.4.2.3 Erwerb von Wohnungen

Gestützt auf das WEG war die Erwerbshilfe im Mietwohnungsbereich deutlich geringer. Der Erwerb von selbstgenutzten Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern wurde indessen verstärkt gefördert (237, Vorjahr: 180).

2.4.2.4 Zuschüsse für geförderte Wohnungen

Mehr als viertausend Wohnungen im Kanton Bern wurden im Berichtsjahr vom Bund über das WEG verbilligt. Beim Kanton stehen weit mehr als 1000 Wohnungen in einer langjährigen Verbilligungsphase. Zur Abklärung der Beitragsberechtigung musste das Amt wie im Vorjahr rund 380 Mieterbeurteilungen durchführen. Schliesslich konnten dank vorschriftsgemässer Belegung wie im Vorjahr etwa 800 Wohnungen verbilligt werden. In den meisten Fällen handelt es sich um Lastenzuschüsse, die gemäss Dekret über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten ausgerichtet wurden. Der Rest betraf Zuschüsse aufgrund früherer Wohnbauaktionen.

2.4.3 Mietzins- und Hypothekarzinszuschüsse

Seit Mai 1992 kann der Grossratsbeschluss über die Gewährung von Mietzins- und Hypothekarzinszuschüssen vollzogen werden. Der Gesuchseingang lag deutlich unter den Erwartungen. Auch die Ablehnungsrate war mit 45 Prozent ausserordentlich hoch. Die Ablehnungen erfolgten in erster Linie, weil die Einkommenslimiten überschritten waren. Somit wurden nur 12 Prozent der bugetierten Jahrestranche beansprucht.

2.4.4 Zweckerhaltung

Insgesamt acht Förderungsmassnahmen mit mehr als 9000 Wohnungen und rund 70 Baulandgeschäften sind über viele Jahre hinsichtlich der Auflagen zu betreuen. Sind die Auflagen nicht mehr erfüllt, so sind Beiträge zurückzufordern. Zusammen mit den freiwilligen Rückzahlungen wurden 1992 rund 250 (300) Wohnungen aus der Kontrolle entlassen. Genehmigt wurden ungefähr 100 (70) Handänderungen.

2.4.5 Finanzielle Konsequenzen der Wohnbau- und Eigentumsförderung

Die Geschäftstätigkeit des Amtes hat zu Zusicherungen des Kantons im Umfang von rund 4,4 Mio. Franken (5,2 Mio. Fr.) geführt. Ein Überblick dazu und zu den erfolgten Zahlungen zeigt folgendes Bild (nur Kantonsanteile, alle Beiträge in Mio. Fr.):

2.4.2.3 Acquisition de logements

L'aide à l'acquisition de logements locatifs par le biais de la LCAP a été nettement moindre. L'acquisition de logements occupés par leurs propriétaires et de maisons familiales s'est en revanche fortement accrue (237 contre 180 en 1991)

2.4.2.4 Contributions aux logements

Plus de quatre mille logements du canton de Berne ont reçu des prestations d'abaissement fédéral par la LCAP en 1992. Dans le canton de Berne, plus de 1000 logements bénéficient de plusieurs années d'abaissement de prix. L'examen du droit aux prestations a donné lieu à près de 380 enquêtes sur les locataires comme en 1991. Enfin, quelque 800 logements comme l'année dernière ont pu bénéficier d'abaissement de prix parce qu'occupés conformément aux prescriptions. Dans la plupart des cas, il s'agit de contributions aux charges accordées en vertu du décret sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables. Le reste concerne des contributions accordées en vertu de campagnes plus anciennes.

2.4.3 Contributions aux loyers et aux intérêts d'emprunts hypothécaires

L'arrêté du Grand Conseil sur l'octroi de contributions aux loyers et aux intérêts d'emprunts hypothécaires est en application depuis mai 1992. Les demandes n'ont pas du tout été aussi nombreuses qu'on l'attendait et la proportion de refus est extraordinairement élevée: 45 pour cent. Les demandes ont été rejetées surtout en raison du dépassement des limites de revenus. Ainsi, seulement 12 pour cent de la tranche annuelle inscrite au budget a été sollicitée.

2.4.4 Maintien de l'affectation

Le maintien de l'affectation est contrôlé pendant de nombreuses années pour les quelque 9000 logements et 70 transactions de terrains à bâtir que recouvrent les huit campagnes d'encouragement. Si les conditions et charges ne sont pas respectées, les subventions doivent être remboursées. Ces remboursements ajoutés aux restitutions volontaires ont exclu du contrôle près de 250 logements en 1992 (300). Enfin, 100 changements de propriétaires environ (70) ont été approuvés.

2.4.5 Répercussions financières de l'encouragement à la construction et l'accession à la propriété de logements

L'activité de l'office a représenté des engagements de 4,4 millions de francs (5,2 millions fr.). Un aperçu des versements effectifs (seulement la part cantonale) donne le tableau suivant (en millions de francs):

Massnahmen	Förderungsart	Zusicherungen 1988-1992 (Mittel)	1992	Zahlun- gen 1992	Rückerstat- tungen 1992
Subventionsaktionen 1942 bis 1949	Baukosten- beiträge	-	-	-	0,094
Zuschussaktion 1965/66	Lasten- zuschüsse	-	-	0,036	-
Verbesserung von Altwohnungen 1978	Zinskosten- beiträge	-	-	0,010	-
Wohnbaulandsicherung	Darlehens- zinsbeiträge	1,400	2,758	0,579	0,182
Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	Baukosten- beiträge	1,478	1,687	1,680	0,032
Förderung preisgünstiger Wohnbauten	Lasten- zuschüsse	1,928	-	2,964	-
Total	Beiträge	4,806	4,445	5,269	0,308

Mesures	Type d'aide	Promesses 1988-1992 (moyenne)	1992	Paie- ments 1992	Rembourse- ments 1992
Campagnes 1942 à 1949	Subventions aux frais de construction	-	-	-	0,094
Campagne 1965/66	Contributions aux charges	-	-	0,036	-
Amélioration logements anciens 1978	Subventions aux charges d'intérêts	-	-	0,010	-
Réservation de terrains à bâtir	Subventions aux charges d'intérêts d'emprunt	1,400	2,758	0,579	0,182
Amélioration habitat régions montagne	Subventions aux frais de construction	1,478	1,687	1,680	0,032
Aide construction logements à des prix raisonnables	Contributions aux charges	1,928	-	2,964	-
Total	Subventions	4,806	4,445	5,269	0,308

2.5 Industrie, Gewerbe und Arbeit

2.5.1 Überblick

Das Jahr 1992 zeigte mit aller Deutlichkeit, dass aus den im Vorjahr gehegten Befürchtungen, die Arbeitslosigkeit werde weiter zunehmen, leider Tatsache wurde: Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges musste nie mehr ein so hoher Zuwachs an Arbeitslosen verzeichnet werden wie im Berichtsjahr. Waren zu Beginn des Jahres rund 5450 Personen als arbeitslos gemeldet, so wurden im Dezember 1992 etwas über 15000 Arbeitslose registriert. Aus arbeitsmarktlicher Sicht muss daher 1992 als das bisher schlimmste Krisenjahr der Nachkriegszeit bezeichnet werden. Leider fanden sich zudem Ende des Berichtsjahres keine Anzeichen, die auf eine wesentliche Änderung dieser Lage hindeuteten.

Das KIGA wurde 1992 stark gefordert. Als zuständige Arbeitsmarktbehörde gelang es ihm, von der Erfassung der Arbeitslosen bei den regionalen Arbeitsvermittlungsstellen bis hin zur Taggeldauszahlung durch die öffentliche Arbeitslosenkasse die ausserordentliche Situation zu meistern. Dies vor allem auch dank der neuen Verwaltungskostenschädigung des Bundes, welche eine gezielte Anpassung des Personalbestandes in den Vollzugsbereichen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ermöglichte. Die Bundesverordnung über die Verwaltungskostenentschädigung an die öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen in den Kantonen, für deren Entstehen sich der Kanton Bern stark eingesetzt hatte, trat am 1. Januar 1992 in Kraft.

Die zusätzliche Finanzierung allein kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die heutigen Strukturen der öffentlichen Arbeitsvermittlung solchen Arbeitsmarktlagen auf die Länge nicht mehr gewachsen sind und daher überdacht werden müssen. Dieser Sachverhalt wurde bereits im Vorjahr erkannt. Es sind deshalb neue Wege einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und auch Privaten zur Weiterbildung, Vermittlung und Durchführung von Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose gesucht und in Gang gesetzt worden.

Der hohen Zahl von Anmeldungen bei der Arbeitslosenkasse für den Bezug von Versicherungsleistungen konnte nur mit einer entsprechenden Personalaufstockung und einer räumlichen Ausweitung begegnet werden. Bis Ende Dezember musste der Personalbestand verdoppelt werden; am 1. Oktober wurde die Zweigstelle in Langenthal wiedereröffnet.

Eine zusätzliche Tätigkeit im Bereich des Arbeitsmarkts wurde auf den 1. Juli mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung über die Arbeitsleistung infolge Militärdienstverweigerung (VAL) erforderlich.

2.5 Industrie, arts et métiers et travail

2.5.1 Résumé

1992 a malheureusement confirmé ce que 1991 laissait déjà craindre, à savoir que le chômage ne cesserait d'augmenter. Il n'y avait plus eu de hausse aussi forte du chômage depuis la fin de la seconde Guerre mondiale. Au nombre de 5450 au début de l'année, les chômeurs étaient plus de 15000 au mois de décembre. 1992 a donc été, sur le marché du travail, la pire année de crise de l'après-guerre. De plus, les derniers mois n'ont donné aucun signe précurseur d'un changement sensible.

L'OCIAMT a été fortement sollicité au cours de l'exercice. En sa qualité d'autorité du marché du travail il a pu maîtriser cette situation exceptionnelle aussi bien s'agissant du recensement des chômeurs auprès des Services régionaux de placement, que du paiement des indemnités journalières par la caisse publique de chômage. L'indemnisation par la Confédération des frais d'administration a été dans ces domaines d'une grande aide, car elle a permis d'augmenter le personnel selon les besoins de l'assurance-chômage et du service de placement. L'ordonnance fédérale sur l'indemnisation des frais d'administration, pour laquelle le canton de Berne s'était fortement engagé, est en effet entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1992.

Ce seul financement supplémentaire ne change cependant pas le fait, déjà reconnu en 1991, que les structures actuelles du service public de l'emploi ne sont plus, à long terme, adaptées à de telles situations sur le marché de l'emploi et doivent être révisées. C'est pourquoi l'accent est mis sur l'étude et la réalisation de nouveaux moyens de collaboration plus active avec les partenaires sociaux, et avec les particuliers, tant pour le perfectionnement professionnel et le placement des chômeurs, que pour les programmes d'occupation. Le grand nombre de chômeurs s'inscrivant à la caisse pour toucher les prestations de l'assurance a exigé un renforcement du personnel et un réaménagement des locaux. A la fin de l'année, l'effectif avait doublé; par ailleurs, la succursale de Langenthal a été ouverte au 1^{er} octobre 1992.

La Division du marché de l'emploi a été dotée d'une nouvelle activité avec l'entrée en vigueur le 1^{er} juillet de l'ordonnance sur l'astreinte au travail pour les objecteurs de conscience (OAST). L'exécution en a été confiée à l'OCIAMT qui l'assume sans personnel supplémentaire grâce à une simple réorganisation.

Un pas important a été fait dans le courant de la libéralisation avec l'adoption le 4 novembre de la nouvelle loi sur le commerce et l'industrie (LCI). Cette loi facilite à maints égards l'économie bernoise en supprimant plusieurs autorisations obligatoires.

Der Vollzug wurde dem KIGA übertragen und konnte mittels geeigneter Massnahmen ohne zusätzliches Personal sichergestellt werden. Als wichtiger Schritt im Zuge der allgemeinen Liberalisierungstendenzen gilt die am 4. November durch den Grossen Rat erfolgte Verabschiedung des neuen Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG). Dieses Gesetz bringt in verschiedenen Bereichen durch den Wegfall von Bewilligungspflichtigen Erleichterungen für die bernische Wirtschaft.

Mit dem HGG wurde auch das neue Gesetz über die Arbeit, Betriebe und Anlagen (ABAG) verabschiedet. Darin werden die kantonalen Vollzugsbestimmungen zur Arbeitssicherheit in den Bereichen Arbeitsgesetz, Heimarbeit, Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten, Berufsunfallverhütung sowie die Koordination im Bewilligungsverfahren mit dem Umweltschutz zusammengefasst.

Beim Umweltschutz wurden die Schlussberichte der Massnahmenpläne zur Luftreinhaltung für die Regionen Bern, Biel und Thun vom Regierungsrat genehmigt. Damit gelten für die Bereiche Feuerungen, Industrie und Gewerbe sowie für den Personen- und Güterverkehr eine ganze Reihe von Massnahmen, die zur Verbesserung der Luftqualität im Kanton Bern wesentliches beitragen. In diesem Zusammenhang muss jedoch festgestellt werden, dass bei der Industrie und im Gewerbe die finanziellen Mittel zur Verwirklichung der Umweltschutzanstrengungen sowohl im Bereich Luft als auch beim Lärmschutz zunehmend fehlen.

Mit der Verabschiedung der beiden Gesetze und der Massnahmenpläne sind drei wichtige, in den Regierungsrichtlinien 1990 bis 1994 vorgesehene Zielsetzungen erfüllt worden.

Unter dem Eindruck der problematischen Finanzlage des Kantons und auch im Sinne einer Aufgabenüberprüfung im Hinblick auf die Neuorganisation der Verwaltung hat das KIGA 1992 eine interne Kostenanalyse durchgeführt. Anhand einer für den Verwaltungsbereich leicht modifizierten Betriebskostenrechnung wurden alle Vollzugsbereiche sowohl aufwands- und ertragsseitig durchleuchtet. Damit entstand eine neue Grundlage zur kostengerechten Verrechnung von verursacherbezogenen Leistungen des KIGA. Im Anschluss daran sind verschiedene Gebühren den effektiven Verhältnissen angepasst und neue Einnahmen erschlossen worden.

2.5.2 Arbeitnehmerschutz

Gesamthaft wurden im Berichtsjahr 1971 Betriebskontrollen und -abnahmen durchgeführt. Ungefähr 40 Prozent der Betriebskontrollen wurden – im Rahmen des von der eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) ausgearbeiteten, branchenbezogenen Schwergewichtsprogrammes – in Garagenbetrieben vorgenommen. Dieses Programm wird 1993 fortgeführt und beendet.

2.5.3 Arbeitsmarkt

2.5.3.1 Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Mit dem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit war selbstredend nicht nur der Kanton Bern konfrontiert. Die bernische, durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 1992 mit 2,24 Prozent jedoch erfreulicherweise weiterhin unter dem schweizerischen Mittel (3%).

Das Ausmass der Arbeitslosigkeit war aber regional unterschiedlich. Die höchsten Quoten (Durchschnitte) wiesen Biel-Seeland (3,56%) und der Berner Jura (3,44%) auf, gefolgt von Bern-Mittelland (2,04%), Thun-Oberland (1,93%), Laufental (1,85%). Oberaargau-Emmental verzeichnete mit 1,55 Prozent die tiefste Quote. Somit lagen Biel-Seeland und der Berner Jura über dem schweizerischen Mittel.

Frauen und Männer waren von der Arbeitslosigkeit in etwa gleich betroffen. Bemerkenswert hingegen ist, dass das Verhältnis zwischen Fachpersonal und Hilfskräften sich umkehrte. Betrag der Anteil

La nouvelle loi sur le travail, les entreprises et les installations (LTEI) a été adoptée en même temps. Elle contient les dispositions cantonales d'exécution des législations sur le travail, le travail à domicile, la sécurité d'installations et d'appareils techniques et la prévention des accidents professionnels, et règle la coordination avec la protection de l'environnement dans les procédures d'autorisation.

En matière de protection de l'environnement, il faut mentionner l'approbation par le Conseil-exécutif des rapports finals des plans de mesures de protection de l'air pour les régions de Berne, Bienne et Thoune. Ainsi, toute une série de mesures destinées à améliorer la qualité de l'air dans le canton de Berne sont applicables aux installations de combustion, à l'industrie et à l'artisanat ainsi qu'aux transports des personnes et des marchandises. Il faut signaler à ce propos que les moyens financiers manquent de plus en plus pour mettre en œuvre les mesures de protection de l'environnement dans l'industrie et l'artisanat, qu'il s'agisse de qualité de l'air ou du bruit. Avec l'adoption des deux lois et des plans de mesures, le Gouvernement a réalisé trois objectifs prévus dans le Programme de législation 1990 à 1994.

Au cours de l'exercice, l'OCIAMT a aussi fait une analyse des coûts internes, aussi bien en réaction aux problèmes financiers du canton que pour revoir ses tâches en vue de la réorganisation de l'administration. Recettes et dépenses dans tous les domaines d'exécution ont été examinées sous l'angle d'un compte de charges d'exploitation légèrement adapté. Il en est sorti une nouvelle base d'imputation des coûts des prestations de l'OCIAMT selon leur origine ou leur auteur. En suite de quoi, plusieurs émoluments et taxes ont été modifiés en fonction des conditions effectives et plusieurs recettes nouvelles créées.

2.5.2 Protection des travailleurs

Au cours de l'exercice, 1971 contrôles et réceptions d'entreprises ont été effectués. Près de 40 pour cent des contrôles d'entreprises ont été faits dans des garages conformément au programme de contrôle par branche d'activité conçu par la Commission fédérale de coordination pour la sécurité au travail (CSFT). Ce programme sera poursuivi et achevé en 1993.

2.5.3 Marché du travail

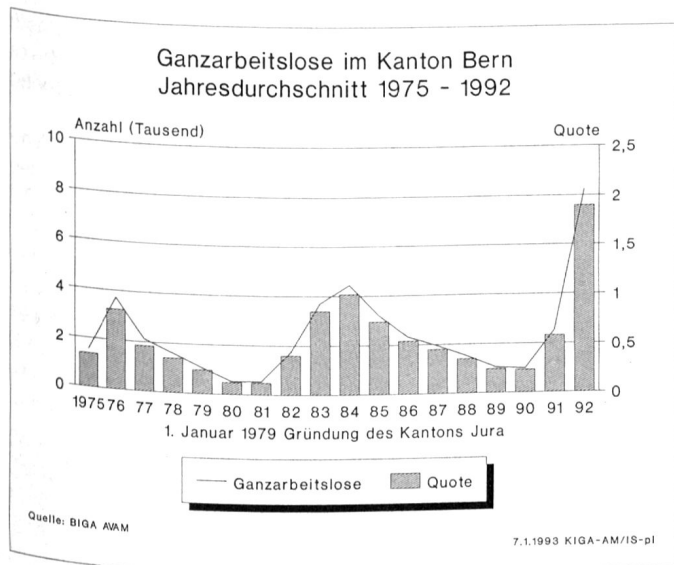
2.5.3.1 Evolution

La dramatique croissance du chômage n'a évidemment pas touché le seul canton de Berne. Le taux bernois moyen du chômage de 2,24 pour cent est heureusement resté en dessous de la moyenne nationale (3%), avec néanmoins des différences régionales.

Les taux (moyens) les plus élevés ont été enregistrés dans les régions de Bienne-Seeland (3,56%) et du Jura bernois (3,44%), suivies par Berne-Mittelland (2,04%), Thoune-Oberland (1,93%) et Laufental (1,85%). La Haute Argovie-Emmental a eu le taux le plus bas: 1,55 pour cent. Bienne-Seeland et Jura bernois se situaient au-dessus de la moyenne suisse.

Hommes et femmes ont été touchés par le chômage à peu près dans la même mesure. A noter par ailleurs que la proportion entre personnel qualifié et personnel auxiliaire s'est inversée: le personnel qualifié

der Fachkräfte im Dezember 1991 nur 46 Prozent, so stieg er im Dezember 1992 auf 54 Prozent. Diese bedenkliche Zunahme der arbeitslosen Fachkräfte zeigte sich praktisch in allen Wirtschaftszweigen. Stark zugenommen hat auch die Zahl der längerfristig Arbeitslosen. Bei den Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, musste zwischen Dezember 1991 und Dezember 1992 ein Anstieg von 3,4 Prozent auf 8,4 Prozent festgestellt werden. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen seit 1975 zeigt folgendes Bild:



2.5.3.2 Betriebsschliessungen und Entlassungen

Die Zahl der Konkurse hat sich mehr als verfünffacht. Gemäss KIGA-Statistik sind im Berichtsjahr rund doppelt so viele Meldungen über Betriebsschliessungen und Entlassungen eingetroffen wie im Vorjahr. 1992 verloren auf diese Weise rund 2300 Beschäftigte (750) ihren bisherigen Arbeitsplatz. Kündigungen, welche für die Betroffenen erst 1993 wirksam werden, sind gegen 830 (180) ausgesprochen worden. Diese Zahlen widerspiegeln allerdings nur einen Teil der Wirklichkeit: Gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1989 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih müssen Betriebsschliessungen, Entlassungen und Konkurse nur dann dem KIGA gemeldet werden, wenn mindestens zehn Arbeitnehmer davon betroffen sind.

2.5.3.3 Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Präventivmassnahmen

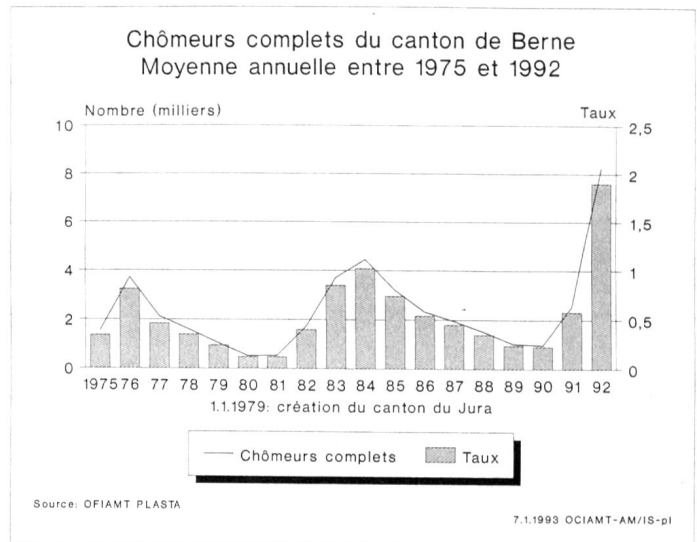
An die bei den mehr als 40 (28) Beschäftigungsprogrammen entstandenen Gesamtkosten von zirka 8,5 Millionen Franken (4,89 Mio. Fr.) wurden Kantonsbeiträge im Umfang von ungefähr 3,8 Millionen Franken zugesichert.

Für einen Arbeitseinsatz zur Entlastung der Gemeindearbeitsämter hat das KIGA ein Beschäftigungsprogramm unter dem Titel «Arbeitslose helfen Arbeitslosen» für arbeitslos gemeldete Stellensuchende aus den Bereichen Büro, Handel und Verwaltung ausgearbeitet. Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Beschäftigungsprogramm waren positiv. Für 1993 ist daher ein Ausbau vorgesehen.

Das Angebot an kollektiven Weiterbildungskursen wurde wesentlich erhöht. Insbesondere im Berner Jura war der Bedarf hoch. Kursort war das CIP in Tramelan. Als Kursleiter konnten ganz- oder teilzeitliche Lehrkräfte beschäftigt werden.

Eine im ersten Halbjahr über alle Kollektivkurse durchgeführte Erfolgskontrolle hat ergeben, dass rund 35 Prozent der Kursteilnehmer zwei Monate nach Kursende, trotz stark rückläufigem Stellenangebot, eine neue Anstellung fanden.

sans emploi ne représentait que 46 pour cent en décembre 1991 mais était passé à 54 pour cent en décembre 1992. Cette croissance inquiétante du chômage chez les travailleurs qualifiés s'est produite pratiquement dans toutes les branches d'activités. Le nombre des chômeurs de longue durée a lui aussi fortement augmenté. La proportion des personnes sans emploi depuis plus d'un an est montée de 3,4 à 8,4 pour cent entre décembre 1991 et décembre 1992. La courbe du chômage depuis 1975 prend la forme suivante:



2.5.3.2 Fermetures d'entreprises et licenciements

Le nombre des faillites a plus que quintuplé. Selon la statistique de l'exercice, l'OCIAMT a reçu près de deux fois plus d'avis de fermetures et de licenciements qu'en 1991. Ainsi, en 1992, près de 2300 employés (750) ont perdu leur emploi. Les licenciements qui prennent effet seulement en 1993 avoisinent les 830 (180). Ces chiffres reflètent toutefois seulement une partie de la réalité: en effet, en vertu de la loi du 6 octobre 1989 sur le service de l'emploi et la location de services, les fermetures d'entreprise, les licenciements et les faillites ne doivent être déclarés à l'OCIAMT que lorsqu'ils touchent au moins dix travailleurs.

2.5.3.3 Lutte contre le chômage et mesures préventives

Les plus de 40 (28) programmes d'occupation ont représenté un coût total de 8,5 millions de francs environ (4,89 millions fr.), pour lesquels le canton a assuré une contribution de près de 3,8 millions de francs.

L'OCIAMT a mis sur pied un programme d'occupation intitulé «Les chômeurs à l'aide des chômeurs» pour décharger les offices communaux du travail. Il est destiné aux demandeurs d'emploi inscrits au chômage dans les professions de bureau, commerce et administration. L'expérience est jusque là positive et il est prévu de développer le programme en 1993.

L'offre de cours collectifs de perfectionnement professionnel a été considérablement accrue. Le besoin était particulièrement grand dans le Jura bernois. Les cours sont donnés au CIP de Tramelan. Des enseignants au chômage complet ou partiel ont été employés comme animateurs de cours.

L'évaluation du premier semestre a montré que 35 pour cent environ des participants aux cours collectifs ont trouvé un nouvel emploi deux mois après le cours, bien que le nombre d'offres d'emplois ait fortement diminué.

2.5.4 *Ausländische Erwerbstätige*

Die im Vorjahr wegen des unsicheren Wirtschaftsverlaufs festgestellte Entspannung bei der Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften hat sich fortgesetzt. Von einem wesentlichen Rückgang kann jedoch nicht die Rede sein. Die Kontingentserteilung wurde aber restriktiv gehandhabt. Bei den Jahresaufenthaltern sind nur 55 Prozent der möglichen Einheiten abgegeben worden; bei den Saisoniers für das Baugewerbe beschränkte sich die Abgabe auf 75 Prozent des Vorjahreskontingents. Zudem lag der Saisonierbestand im Juni um rund 18 Prozent tiefer als 1991.

Für die Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Asylbewerber wurden strenge Auflagen gemacht. Daher sind 1992 nur noch rund 600 erstmalige Stellenantritts-Bewilligungen ausgestellt worden (Vorjahr 2700).

Die Anzahl der behandelten Grenzgänger gesuche für den erstmaligen Stellenantritt nahm gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte ab.

2.5.5 *Arbeitslosenversicherung*2.5.5.1 *Neuerungen im Vollzug*

Auf den 1. Januar erfolgte die Vereinheitlichung des Taggeldansatzes auf 80 Prozent des letzten erzielten Einkommens (bisher 70% für Ledige) für alle Versicherten. Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion hat das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, mit Wirkung ab 1. April, die Höchstzahl auf 300 Taggelder heraufgesetzt und den Wegfall der Taggeldkürzung (Degression) verordnet. Dieser Beschluss betraf die Amtsbezirke Biel, Büren, Courtelary, Moutier, La Neuveville und Nidau. Am 1. Oktober wurde diese Verordnung dann auf das gesamte Kantonsgebiet ausgedehnt.

2.5.5.2 *Kurzarbeit*

Aufgrund der rezessiven Wirtschaftslage hat sich die Zahl mit 5848 (1790) eingereichten Voranmeldungen mehr als verdreifacht. Besonders betroffen waren nebst der Metall- und Maschinenindustrie neu auch das Baugewerbe und der Dienstleistungssektor. 1992 fielen insgesamt 2 699 386 (865 588) Arbeitsstunden aus. Das entspricht rund 1400 Mann-Jahren Arbeit.

2.5.6 *Öffentliche Arbeitslosenkasse*

Wie im Überblick (Ziff. 2.5.1) erwähnt, mussten in relativ kurzer Zeit wesentlich tiefgreifendere personelle und örtlich/räumliche Massnahmen getroffen werden als noch im Vorjahr, um die Flut von neuen Geschäften bewältigen zu können. Dank Vereinfachungen im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Gemeindearbeitsämtern und der Kasse konnten für dringende Taggeldauszahlungen vermehrt auch Vorschüsse geleistet werden.

Die monatliche Auszahlungssumme vervierfachte sich fast im Lauf des Jahres von anfänglich etwas über 9,5 Millionen Franken auf gegen 36 Millionen Franken im Dezember 1992. (vgl. Ziff. 2.5.12, Tab. 1).

Der gesamtschweizerisch ausserordentliche Mittelbedarf der Arbeitslosenversicherung führte dazu, dass der vom Bund verwaltete Fonds der Arbeitslosenversicherung gegen Ende des Berichtsjahres erschöpft war. Als Folge davon hat der Bund den Beitragssatz mit Wirkung ab 1993 auf das gesetzliche Maximum (2%) erhöht. Zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung wurde zudem ins Auge gefasst, entsprechend der Gesetzgebung, sofort ein vom Bund und den Kantonen getragenes Darlehen an den Fonds der Arbeitslosenversicherung bereitzustellen.

2.5.4 *Travailleurs étrangers*

La baisse de la demande de travailleurs étrangers constatée l'année dernière en raison d'une économie incertaine s'est poursuivie, sans qu'on puisse toutefois parler déjà d'un net recul. Les contingents ont néanmoins été attribués avec réserve. Seulement 55 pour cent des unités de séjour à l'année ont été libérées. L'attribution des unités de saisonniers pour la construction n'a atteint que 75 pour cent du contingent précédent. De plus, l'effectif de saisonniers en juin était de près de 18 pour cent inférieur à celui de 1991.

Les attributions d'autorisations de travail aux demandeurs d'asile sont soumises à des conditions strictes. C'est pourquoi en 1992 il n'a été délivré que 600 autorisations de première prise d'emploi, contre 2700 en 1991.

Le nombre des demandes d'autorisations pour première prise d'emploi de frontaliers a diminué de plus de la moitié par rapport à l'année précédente.

2.5.5 *Assurance-chômage*2.5.5.1 *Nouveautés*

Le taux d'indemnisation a été unifié, avec effet au 1^{er} janvier, à 80 pour cent du dernier revenu obtenu pour tous les chômeurs (au lieu de 70% pour les célibataires). Le Département fédéral de l'économie publique a ordonné, sur demande de la Direction cantonale de l'économie publique, d'augmenter à 300 le nombre maximal d'indemnités journalières et de supprimer la réduction des indemnités journalières, avec effet au 1^{er} avril. Cette décision concernait d'abord les districts de Bienne, Büren, Courtelary, Moutier, La Neuveville et Nidau. Le 1^{er} octobre, la portée de l'ordonnance a été étendue à tout le canton.

2.5.5.2 *Réduction de l'horaire de travail*

Conséquence de la récession, les préavis de chômage partiel ont atteint le nombre de 5848, soit plus du triple de 1991 (1790). Les domaines les plus touchés sont la métallurgie et l'industrie des machines, et maintenant aussi la construction et les services. 2 699 386 heures de travail (865 588) ont été chômées au total en 1992, soit environ 1400 années en équivalents plein temps.

2.5.6 *Caisse publique de chômage*

Comme mentionné plus haut (ch. 2.5.1), il a fallu prendre rapidement des mesures plus radicales qu'en 1991 aussi bien en matière de personnel que de locaux pour faire face à l'afflux de nouveaux dossiers. Quelques simplifications de procédure entre les offices communaux du travail et la caisse ont permis de multiplier les versements d'avances en cas de besoin urgent d'indemnités journalières.

La somme mensuelle des paiements a quadruplé en près de douze mois, passant d'un peu plus de 9,5 millions de francs au début de l'année à près de 36 millions de francs au mois de décembre (voir ch. 2.5.12, tabl. 1).

L'assurance-chômage a eu un tel besoin de ressources à l'échelle nationale qu'à la fin de l'année le fonds de l'assurance-chômage géré par la Confédération était épuisé. En conséquence de quoi, la Confédération a relevé le taux de cotisation au maximum légal de 2 pour cent à partir de 1993. Il a même été envisagé pour maintenir la fonctionnalité de l'assurance-chômage de proposer immédiatement, comme le permet la législation, un prêt consenti par la Confédération et les cantons au fonds de l'assurance-chômage.

2.5.7 *Arbeitsleistung von Militärdienstverweigerern*

Im Berichtsjahr sind seit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung über die Arbeitsleistung infolge Militärdienstverweigerung im Kanton Bern 35 Personen zu einem Arbeitsdienst im öffentlichen Interesse verurteilt worden. Zwei Personen haben die Leistung bereits erfüllt. Ende Jahr waren sechs Pflichtige noch im Einsatz. Die Maximaldauer der Arbeitsleistung eines Verurteilten beträgt 500 Tage. In der Regel beträgt das Strafmass das Eineinhalbfache des verweigerten Dienstes. 1992 wurden 19 Rahmenverträge mit Alters- und Pflegeheimen, Behindertenorganisationen, Kinderkrippen und Tagesheimen, Asylbewerberzentren und öffentlichen Betrieben für den Einsatz von Militärdienstverweigerern abgeschlossen.

2.5.8 *Handel und Gewerbe*

Gemäss dem neuen Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) sind Berufe wie Immobilienreuhänder, Coiffeur und Skilehrer von der Bewilligungspflicht ausgenommen. Bei den Letztgenannten hat der Grosse Rat beschlossen, die Bewilligungspflicht noch während zwei bzw. maximal sechs Jahren weiterbestehen zu lassen. Neu wurde hingegen das gewerbsmässige Gewähren und Vermitteln von Darlehen und Krediten der Bewilligungspflicht unterstellt. Gleichzeitig wurde für Konsumkredite eine Zinslimite vom 15 Prozent festgelegt. Die Ladenöffnungszeiten an Werktagen sind nun einheitlich für den ganzen Kanton geregelt. Spezielle Öffnungszeiten gelten nach wie vor für Tourismusorte. Die Gemeinden werden keine Möglichkeit mehr haben, in Reglementen einschränkende Bestimmungen zu erlassen.

2.5.9 *Uhrenbeobachtungsbüro (Chronometerkontrolle)*

Wie im Vorjahr wurde 1992 wiederum eine leichte Zunahme der Anzahl Chronometerprüfungen verzeichnet. Mit der Installation eines neuen Videosystems für die Kontrollarbeiten wurde es möglich, einerseits die heute vermehrt produzierten Chronographen-Chronometer automatisch zu prüfen, andererseits eine höhere Prüfgenauigkeit als beim System «Captétangle» zu erzielen.

2.5.10 *Umweltschutz*2.5.10.1 *Luftreinhaltung*

Die eidgenössische Luftreinhalteverordnung (LRV) verpflichtet die Kantone, den Stand der Luftverunreinigung auf ihrem Gebiet zu überwachen. Um diesen Auftrag zu erfüllen, wurde das kantonale Immissionsmessnetz vom bisherigen Stichprobenkonzept in ein Konzept mit festen Messstationen geändert. Damit kann die mittlere Luftbelastung an verschiedenen, typischen Standorten (Stadtzentrum, Agglomeration, ländliche Gegend) kontinuierlich erfasst werden. Um räumlich differenzierte Informationen über die Stickstoffdioxid-Belastung (NO₂) zu erhalten, wurden diese kontinuierlich messenden Stationen durch ein Netz von Passivsammlern ergänzt. Schwergewichtig werden die vier massnahmenpflichtigen Regionen Bern, Biel, Thun und Langenthal sowie die Belastungskorridore überwacht.

Mit der wöchentlichen Abgabe eines Bulletins, welches die Entwicklung der aktuellen Luftbelastung darstellt und des in den Sommermonaten täglich verfassten Ozon-Bulletins an die Medien konnten weitere Schritte im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit unternommen werden.

2.5.7 *Astreinte au travail des objecteurs de conscience*

Depuis l'entrée en vigueur de la nouvelle ordonnance sur l'astreinte au travail pour les objecteurs de conscience, 35 personnes dans le canton de Berne ont été condamnées à une astreinte au travail d'intérêt public. Deux personnes ont déjà purgé leur peine. A la fin de l'année, six personnes étaient encore sous astreinte au travail. La durée maximale de la peine est de 500 jours, et en général, une fois et demie la durée du service refusé. En 1992, 19 contrats-cadres d'occupation de personnes astreintes au travail ont été conclus avec des foyers pour personnes âgées, des foyers médicalisés, des organisations s'occupant d'handicapés, des crèches et des foyers de jour, des centres de demandeurs d'asile et des établissements publics.

2.5.8 *Commerce et artisanat*

Conformément à la nouvelle loi sur le commerce et l'industrie (LCI), les professions de courtiers et gérants en immeubles, de coiffeurs et de maîtres de ski ne sont plus assujetties au régime de l'autorisation obligatoire. Pour ces deux dernières professions, le Grand Conseil a décidé de maintenir le régime pendant respectivement deux et six ans au maximum. En revanche, l'octroi et l'entremise de prêts et de crédits à titre professionnel sont désormais soumis à autorisation. La même réglementation prévoit que, désormais, les crédits à la consommation ne doivent pas dépasser une limite d'intérêt de 15 pour cent.

Les heures d'ouverture des magasins aux jours ouvrables sont désormais réglées uniformément dans tout le canton. Des horaires spéciaux sont réservés aux lieux à vocation touristique. Les communes n'auront plus la possibilité d'édicter de restrictions dans les règlements.

2.5.9 *Contrôle des chronomètres*

Il y a eu comme en 1991 une légère augmentation du nombre des contrôles.

L'installation d'un nouveau système vidéo pour les contrôles a permis d'une part de vérifier automatiquement un plus grand nombre de chronomètres-chronographes et d'autre part d'atteindre un niveau d'exactitude meilleur que ne le permettait le système «Captétangle».

2.5.10 *Protection de l'environnement*2.5.10.1 *Protection de l'air*

L'ordonnance fédérale sur la protection de l'air (OPair) oblige les cantons à surveiller l'état et l'évolution de la pollution de l'air sur leur territoire. Pour ce faire, le réseau cantonal de mesures des immissions a été modifié. Le concept de mesures par sondages a été abandonné au profit de stations fixes de mesures. Cette méthode permet de mesurer en permanence la charge polluante moyenne en plusieurs lieux caractéristiques (centre-ville, agglomération, campagne). Le réseau de stations de mesures permanentes a été complété par des collecteurs passifs qui permettent de recueillir des informations géographiquement différenciées sur la charge de dioxyde d'azote (NO₂). L'accent est mis sur la surveillance des régions soumises à plans de mesures de Berne, Bienne, Thoune et Langenthal ainsi que des couloirs de pollution.

Quant à l'information au public, elle a été complétée par la remise aux médias une fois par semaine d'un bulletin sur l'évolution de la pollution atmosphérique actuelle, et du bulletin d'ozone capté quotidiennement dans les mois d'été.

Im Bereich der Emissionsmessungen sind Massnahmen zur Reduktion des Messaufwands ergriffen worden. So wurde, aufgrund eines Vertrags mit einer privaten Arbeitsgemeinschaft, die Delegation der periodischen Kontrollmessungen von Anlagen bei Industrie- und Gewerbebetrieben beschlossen. Dabei konnte ein Messfahrzeug verkauft werden. Einzig Abnahmemessungen und Problemfälle bleiben beim KIGA.

Die Anpassung der 1050 Tankstellen im Kanton Bern an die neuen Vorschriften ist weiter fortgeschritten. Bis Jahresende waren 107 grosse und mittlere Tankstellen mit Gasrückführungsleitungen ausgerüstet. Dadurch werden 290 Tonnen Benzindämpfe pro Jahr weniger an die Umwelt abgegeben, was rund 36 Prozent der Gesamtemissionen der Tankstellen im Kanton Bern entspricht. Eine Delegation der periodischen Kontrolle wurde auch in diesem Bereich vorbereitet.

Für einen grossen Teil der Massnahmen, die aufgrund der verabschiedeten Massnahmenpläne beschlossen wurden, sind Folgearbeiten für den Vollzug an die Hand genommen worden. Da es sich dabei um ausgesprochene Querschnittsaufgaben handelt, wurden mehrere kantonale Amtsstellen für die Ausarbeitung, Begleitung und Durchsetzung der Massnahmen als zuständig bezeichnet. Im Sinne der Vollzugsökonomie standen bei der Zuteilung dieser Vollzugsaufgaben die heute bestehenden Zuständigkeiten im Vordergrund.

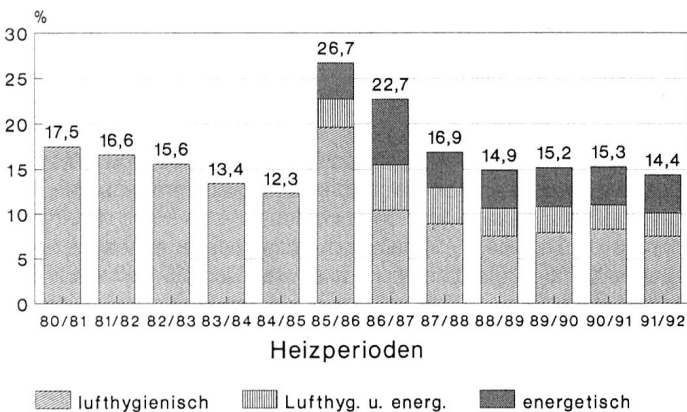
Im Teilmassnahmenplan Industrie, Gewerbe und Haushalte stellen Vereinbarungen zwischen Branchen und staatlichen Stellen zusammen mit der Einführung von Lenkungsabgaben die Eckpfeiler einer dauerhaft wirksamen Reduktion der flüchtigen Kohlenwasserstoffe (VOC) dar. Aus diesem Grund ist der Kanton Bern mit den Kantonen Aargau und Basel sowie dem schweizerischen Druckergewerbe übereingekommen, zur Verminderung der VOC-Emissionen entsprechende Vereinbarungen abzuschliessen. Nach diesem Pilotvorhaben werden Vereinbarungen mit weiteren Branchen angestrebt.

2.5.10.2 Feuerungsanlagen

Wie das nachstehende Balkendiagramm zeigt, ist die Beanstandungsquote bei den über 42000 Feuerungen, welche in der Heizperiode 1991/92 kontrolliert wurden, im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken.

Zur Deckung der dem Kanton für die Feuerungskontrolle entstehenden Kosten sind die Gebühren in Anwendung des Verursacherprinzips mit Wirkung ab 1993 erheblich erhöht worden.

Total Beanstandungen



2.5.10.3 Lärmschutz

Einige bedeutende Betriebe wurden 1992 der Sanierung zugeführt; mehrere laufende Sanierungen konnten weiter vorangetrieben oder abgeschlossenen werden. Gerade im Bereich Lärmschutz macht

Dans le domaine des mesures d'émissions, des dispositions ont été prises pour réduire les dépenses engendrées par les mesures. Ainsi, les contrôles périodiques des installations dans les entreprises industrielles et artisanales ont été délégués par contrat à une communauté de travail privée. Un véhicule de mesures a également été vendu. Restent du ressort de l'OCIAMT seulement les mesures de réception et les cas problématiques.

L'adaptation des 1050 stations-service du canton de Berne aux nouvelles prescriptions s'est poursuivie. A la fin de l'année, 107 stations moyennes et grandes étaient équipées des conduites de récupération des vapeurs. Cet équipement permet de réduire de 290 tonnes par année le volume de vapeurs d'essence dégagées dans l'atmosphère, soit 36 pour cent du total des émissions des stations-service du canton de Berne. La déléation des contrôles périodiques a aussi été préparée dans ce domaine.

La suite des travaux d'exécution a été entamée pour la majeure partie des mesures édictées par les plans de mesures approuvés par le Gouvernement. Comme il s'agit de tâches particulièrement pluridisciplinaires, plusieurs services administratifs cantonaux ont été déclarés compétents pour l'élaboration, le suivi et l'application des mesures. L'attribution des tâches s'est faite avant tout d'après les compétences actuelles par souci d'économie.

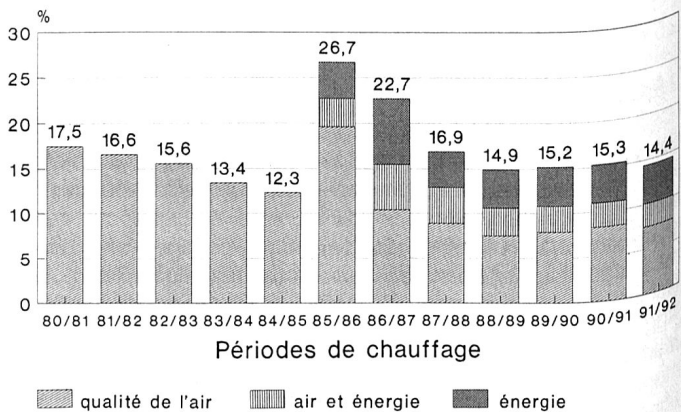
Le plan de mesures partiel concernant l'industrie, l'artisanat et les ménages appuie la réduction efficace et durable des hydrocarbures volatils (COV) sur des conventions conclues entre branches et services administratifs, et sur l'introduction de taxes dissuasives. C'est pour cette raison que le canton de Berne est convenu avec les cantons d'Argovie et de Bâle et l'industrie graphique suisse de conclure des accords visant à réduire les émissions de COV. Ce projet-pilote devrait être suivi d'autres accords avec d'autres branches.

2.5.10.2 Installations de combustion

Le diagramme ci-après montre que le taux de contestation sur les plus de 42000 installations contrôlées pendant la période de chauffage 1991/92 a légèrement baissé par rapport aux années précédentes.

En application du principe du pollueur-payeur, les émoluments ont été considérablement augmentés avec effet en 1993 pour couvrir les frais engendrés au canton par le contrôle des installations de combustion.

Total des contestations



2.5.10.3 Protection contre le bruit

Plusieurs entreprises importantes ont été contraintes à assainissement en 1992. Plusieurs assainissements en cours ont été poursuivis ou achevés. La récession se fait particulièrement sentir dans le

sich die Rezession deutlich bemerkbar. So haben einzelne Betriebe durch den wirtschaftlich bedingten Wegfall der (lärmigen) Nachtproduktion das Lärmproblem selbst «gelöst».

2.5.10.4 Störfallvorsorge in Industrie- und Gewerbebetrieben

Von den 300 im Kanton Bern bekannten Betrieben mit chemischen Produkten sind 280 gemäss Störfallverordnung auf ihr Risiko überprüft worden. Kunsteisbahnen mit Ammoniak-Kühlanlagen, Propananlagen sowie Schwimmbäder mit Chloranlagen erwiesen sich als Betriebe mit hohem Gefahrenpotential. Die betreffenden Chloranlagen wurden inzwischen bereits saniert.

Durch die Betriebskontrollen des Arbeitnehmerschutzes und durch andere Hinweise werden laufend weitere Betriebe bekannt, die auf ihr Risiko überprüft werden müssen.

Das Ende 1991 vom Regierungsrat genehmigte EDV-Projekt BERIKA (Bernischer EDV-Chemie-Risiko-Kataster) konnte 1992 KIGA-intern abgeschlossen werden.

2.5.11 Anhang Industrie, Gewerbe und Arbeit

Tabelle 1:
Leistungen der öffentlichen Arbeitslosenkasse (Auszug)

Art der Entschädigung	Jahr	Anzahl Abrechnungen	Anzahl Bezüger	Total Mio. Fr.
Ganzarbeitslosigkeit	1990	8 066	4 101	15,6
	1991	22 382	8 319	47,7
	1992	73 159	17 990	177,4
Kurzarbeit	1990	344	2 585	2,6
	1991	861	20 626	19,0
	1992	3 279	62 740	67,9
Schlechtwetterentschädigung	1990	180	1 276	0,5
	1991	779	4 407	3,4
	1992	616	3 545	3,0
Insolvenzenschädigung	1990	86	398	1,6
	1991	145	661	2,1
	1992	390	2 026	7,9

2.6 Sozialversicherung

2.6.1 Allgemeines

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr der Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB) standen Massnahmen im Vordergrund, um Infrastruktur und Organisation an die künftige, absehbare Entwicklung im Aufgabenvollzug anzupassen. Dabei wurden die folgenden Schwerpunkte gesetzt:

- die Planung für ein neues Betriebsgebäude der AKB bis zur Baureife;
- eine vertiefte Überprüfung der Organisationsstruktur durch das Revisionsorgan der AKB sowie ein Lösungsvorschlag für eine neue Aufbauorganisation;
- die Überprüfung der rollenden EDV-Planung;
- die gesetzgeberischen Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Aufbauorganisation der Staatsverwaltung sowie betreffend die Errichtung einer selbständigen IV-Stelle für den Kanton Bern;
- die Realisierung der ersten Tranche der zehnten AHV-Revision.

domaine de la protection contre le bruit. Plusieurs entreprises ont ainsi «résolu» le problème du bruit en cessant la production nocturne (bruyante) pour des raisons économiques.

2.5.10.4 Prévention des accidents majeurs dans les entreprises industrielles et artisanales

Sur les 300 entreprises connues du canton de Berne détenant des produits chimiques, 280 ont réalisé une étude de risque. Des patinoires artificielles avec des installations de réfrigération à l'ammoniaque, des installations au propane et des piscines avec installations au chlore se sont avérées être d'un fort danger potentiel. Les installations au chlore concernées ont entre-temps été assainies.

Les contrôles d'entreprises faits par la Division protection des travailleurs et d'autres indices ont constamment mis à jour des entreprises qui devaient faire une étude de risque.

Le projet informatique BERIKA (cadastre bernois de risque chimique) approuvé fin 1991 par le Conseil-exécutif a été achevé à l'échelle interne de l'OCIAMT en 1992.

2.5.11 Annexe industrie, arts et métiers et travail

Tableau 1:
Prestations de la Caisse publique de chômage (extrait)

Types d'indemnisation	Année	Nombre de décomptes	Nombre de bénéficiaires	Total en millions de francs
Chômage complet	1990	8 066	4 101	15,6
	1991	22 382	8 319	47,7
	1992	73 159	17 990	177,4
Réduction horaire de travail	1990	344	2 585	2,6
	1991	861	20 626	19,0
	1992	3 279	62 740	67,9
Indemnités pour intempéries	1990	180	1 276	0,5
	1991	779	4 407	3,4
	1992	616	3 545	3,0
Indemnités pour insolvabilité	1990	86	398	1,6
	1991	145	661	2,1
	1992	390	2 026	7,9

2.6 Assurance sociale

2.6.1 Généralités

Durant l'exercice, les mesures pour adapter l'infrastructure et l'organisation de la Caisse de compensation du canton de Berne (CCB) à l'évolution prévisible de l'exécution des tâches ont continué de figurer au premier plan des activités. Les aspects les plus marquants ont été notamment:

- la planification d'un nouveau bâtiment de service jusqu'à la phase de construction;
- la vérification approfondie de la structure d'organisation par l'organe de révision et l'évaluation d'une solution de réorganisation;
- la mise à jour de la planification des moyens informatiques;
- les travaux législatifs en rapport avec la réorganisation de l'Administration de l'Etat et avec la création d'un Office AI autonome pour le canton de Berne;
- l'exécution de la première tranche de la dixième révision de l'AVS.

Gleichzeitig galt es, die auf 1. Januar 1993 in Kraft tretenden Vollzugsänderungen frist- und sachgerecht umzusetzen: Wegen der anhaltenden Teuerung wurden die AHV/IV-Renten erneut um durchschnittlich 4,44 Prozent erhöht. Als Folge davon erhöhte der Bundesrat am 31. August 1992 die Einkommensgrenzen und die Mietzinsabzüge für Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL). Ferner passte der Bundesrat die abrechnungspflichtigen Naturallöhne der Lohn- und Preisentwicklung an.

In der September-Session verabschiedete der Grosse Rat eine Änderung des Gesetzes vom 28. Juni 1964 über die Krankenversicherung sowie des Dekrets vom 7. November 1984 über die Krankenversicherung. Damit wurde eine erste Sparmassnahme zum «Massnahmenpaket Haushaltgleichgewicht 1993 bis 1996» genehmigt. Sie beinhaltet mit Wirkung ab 1. Januar 1993 den Wegfall des sogenannten «TBC-Frankens», die Streichung von Wöchnerinnenbeiträgen sowie den Wegfall der Subventionierung des Krankenkassenobligatoriums der Stadt Biel. Darüberhinaus wird durch die erwähnte Dekretsänderung verunmöglicht, dass künftig Jugendliche aus sozial guten Verhältnissen in den Genuss von Prämiensubventionen gelangen.

Die AKB erbrachte im Rechnungsjahr 1992 an die Bezüger aus allen Sozialversicherungsbereichen Leistungen von insgesamt 1,91 Mrd. Franken (1991: 1,78 Mrd. Fr.). Im gleichen Zeitraum wurden Beiträge von rund 1,05 Mrd. Franken (1991: 1 Mrd. Fr.) vereinnahmt. Die erhöhten Leistungen sind auf die ungebrochen gestiegenen Lebenshaltungskosten zurückzuführen. Die nach Bundesrecht gewährten Leistungen nahmen dabei um 99,1 Mio. Franken (+ 6,9%) zu, die Ergänzungsleistungen um 47,4 Mio. Franken (+ 18,5%). Wegen der im Zeitpunkt der Budgetierung nicht zuverlässig quantifizierbaren Steigerungen des Sozialversicherungsaufwands (AHV/IV, Familienzulagen in der Landwirtschaft, EL) mussten beim Grossen Rat erneut Nachkreditbegehren gestellt werden, die dieser in der November-Session verabschiedete.

2.6.2 Durchführung von Bundesaufgaben

Wie erwähnt, beschloss der Bundesrat für 1993 die erneute Anpassung der AHV/IV-Renten an die aufgelaufene Teuerung. Darüberhinaus wurden die ersten vom Parlament verabschiedeten Massnahmen zur zehnten AHV-Revision in Kraft gesetzt (Inkrafttreten: 1. Januar 1993). Es betrifft dies insbesondere eine neue Rentenformel, dank der die Versicherten der mittleren Einkommensklasse höhere Renten erhalten sowie die getrennte Auszahlung von Ehepaar-Neurenten. Dank EDV konnte der Vollzug einwandfrei vorbereitet werden.

2.6.3 Durchführung kantonalen Aufgaben

Gestützt auf die vom Bundesrat beschlossene Erhöhung der Einkommensgrenzen und der Mietzinsabzüge für EL-Bezüger passte der Regierungsrat am 11. November 1992 die EL-Verordnung an. Er hob dabei die kantonalen Einkommensgrenzen sowie die Mietzinsabzüge wie üblich – und auch in den andern Kantonen praktiziert – auf die höchstmöglichen Ansätze des Bundesrechts an.

Änderungen in der organisatorischen Struktur beim Vollzug der eidgenössischen Sozialversicherung (3. Revision des Bundesgesetzes über die IV) machten auch eine grundsätzliche Überarbeitung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung sowie des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung nötig. Dabei galt es zudem, der neuen Aufbauorganisation der Staatsverwaltung Rechnung zu tragen (Transfer des Versicherungsamts, dem zurzeit die AKB admi-

Parallèlement, les modifications dans l'exécution des tâches entrant en vigueur le 1^{er} janvier 1993 ont été réalisées dans les délais prescrits et de façon appropriée: du fait du renchérissement continu, les rentes AVS/AI ont de nouveau été relevées de 4,44 pour cent en moyenne. En conséquence, le Conseil fédéral a rehaussé, le 31 août 1992, les limites de revenu et les montants des déductions pour le loyer applicables aux bénéficiaires de prestations complémentaires (PC). En plus, le Conseil fédéral a adapté à l'évolution des salaires et des prix les taux des salaires en nature déterminants pour les décomptes des cotisations.

Durant la session de septembre, le Grand Conseil a adopté une modification de la loi du 28 juin 1964 concernant l'assurance en cas de maladie et du décret du 7 novembre 1984 sur l'assurance-maladie. Donc approbation de la première mesure d'économie prévue dans le «Plan d'équilibre des finances 1993 à 1996». Il s'ensuit la suppression, dès le 1^{er} janvier 1993, de la contribution tuberculose, des contributions pour accouchées et du subventionnement relatif à l'obligation d'assurance de la caisse-maladie de la ville de Bienne. En outre, la modification précitée du décret empêche désormais l'octroi de subventions aux primes demandées par les caisses maladie en faveur de jeunes gens jouissant de bonnes conditions sociales. Durant l'exercice 1992, la CCB a versé aux bénéficiaires de toutes les branches de l'assurance sociale des prestations d'un montant global de 1,91 milliard de francs (1991: 1,78 milliard fr.). Durant le même laps de temps, la somme des cotisations a représenté environ 1,05 milliard de francs (1991: 1 milliard fr.). L'augmentation des prestations découle de l'augmentation continue du coût de la vie. Les prestations allouées en vertu du droit fédéral ont augmenté de 99,1 millions de francs (+ 6,9%), les prestations complémentaires à l'AVS/AI ont augmenté de 47,4 millions de francs (+ 18,5%). L'ampleur des augmentations dans le domaine de l'assurance sociale n'étant pas quantifiable lors de la budgétisation (AVS/AI, allocations familiales dans l'agriculture, PC), des crédits supplémentaires ont à nouveau dû être demandés au Grand Conseil, crédits qu'il a accordés durant la session de novembre.

2.6.2 Exécution des tâches fédérales

Comme déjà évoqué, le Conseil fédéral a décidé pour 1993 une nouvelle adaptation des rentes AVS et AI au renchérissement. De plus, les premières mesures adoptées par le Parlement concernant la dixième révision de l'AVS sont entrées en vigueur le 1^{er} janvier 1993. Ces mesures comportent notamment une nouvelle formule de rente, grâce à laquelle les assurés de la classe des revenus moyens reçoivent des rentes plus élevées, tandis que les nouvelles rentes de couple donnent lieu à versement séparé. Le système de traitement électronique des données a permis de mener sans difficulté les préparatifs et l'exécution de ces modifications.

2.6.3 Exécution des tâches cantonales

Suite au relèvement des limites de revenu et à l'adaptation des déductions pour le loyer décidées par le Conseil fédéral en faveur des bénéficiaires de PC, le Conseil-exécutif a adapté, le 1^{er} novembre 1992, l'ordonnance concernant les PC. Comme à l'accoutumée, et à l'instar d'autres cantons, le Conseil-exécutif a fixé les limites cantonales de revenu ouvrant le droit à des PC aux limites les plus élevées permises par le droit fédéral.

Des modifications d'ordre structurel dans l'application de l'assurance sociale fédérale (3^e révision de la loi fédérale sur l'AI) ont engendré la nécessité de réviser totalement la loi portant introduction de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité et la loi portant introduction de l'assurance-vieillesse et survivants. De plus, la nouvelle organisation de l'Administration de l'Etat (transfert de l'Office cantonal des assurances, auquel est présentement rattachée administrativement la CCB,

nistrativ angegliedert ist, von der Volkswirtschafts- zur Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion).

Der Regierungsrat verabschiedete am 23. September 1992 die beiden totalrevidierten Gesetzesentwürfe zuhanden des Grossen Rates. Neben organisationsrechtlichen Bestimmungen betreffend die Ausgleichskasse und die zu errichtende IV-Stelle (Wegfall der nebenamtlichen IV-Kommission sowie Vereinigung des heutigen IV-Sekretariats und der IV-Regionalstelle, welche die Berufsberatung vornimmt) enthalten die Gesetzesentwürfe auch eine weitere Massnahme zur Wiederherstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts: Der Anteil der Gesamtheit der Einwohnergemeinden zur Finanzierung des Kantonsbeitrags an die AHV, die IV und die EL soll von heute einem Drittel auf 40 Prozent erhöht werden. Wie in der Legislaturplanung vorgesehen, sollen beide Gesetzesentwürfe 1993 vom Grossen Rat beraten werden. Da der Bundesrat die dritte Revision des Bundesgesetzes über die IV auf 1. Januar 1992 in Kraft gesetzt hat, bleiben den Kantonen zwei Jahre für die erforderlichen Anpassungen. Ebenfalls am 23. September 1992 hat der Regierungsrat seinen Antrag für eine Teilrevision des Gesetzes vom 5. März 1961 über Kinderzulagen für Arbeitnehmer (KZG) zuhanden des Grossen Rats verabschiedet. Auch diese Gesetzesvorlage ist Bestandteil der regierungsrätlichen Legislaturplanung. Sie sieht insbesondere vor:

- Teilzeitbeschäftigten ab einem vom Regierungsrat festzusetzenden Mindestbeschäftigungsgrad volle Kinderzulagen zu gewähren;
- den Mindestansatz der Kinderzulage auf 150 Franken pro Monat und Kind zu erhöhen;
- dem Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, diesen Mindestansatz der Teuerung anzupassen.

Darüberhinaus wird in der Revisionsvorlage Änderungen im übergeordneten Recht (Eherecht und Kindschaftsrecht) Rechnung getragen.

Das Versicherungsamt erarbeitete im übrigen zuhanden des Regierungsrats Vorgehensvarianten für allfällige Sparmassnahmen bei den Ergänzungsleistungen («Sparziel» 24 Mio. Fr. pro Jahr). Gestützt darauf setzte die Volkswirtschaftsdirektion in Absprache mit den mitbeteiligten Direktionen (Gesundheit/Fürsorge, Justiz, Finanz) und unter Beizug eines Vertreters des Bundes eine Arbeitsgruppe ein, die weitere Entscheidungsgrundlagen betreffend die Ergänzungsleistungen erarbeiten soll. Der Bericht soll im Frühjahr 1993 fertiggestellt werden.

Im Zug der Reorganisation der Staatsverwaltung – bedingt durch das Inkrafttreten des Organisationsdekrets der «neuen» Volkswirtschaftsdirektion auf 1. Januar 1993 – legte der Regierungsrat mit Beschluss vom 18. November 1992 fest, dass das Versicherungsamt ab 1. Januar 1993 bis zum Inkrafttreten des Dekrets vom 17. September 1992 über die Organisation der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion sowie der erwähnten Einführungsgesetze zur AHV und IV dem Justizdirektor unterstellt wird.

2.6.4 Verschiedene Aktivitäten

27 Gemeindeausgleichskassen erhielten eine neue Leitung. Gleichzeitig wurden 111 Gemeindeausgleichskassen durch die Regierungsratsstatthalter mit Kontrollbesuchen an Ort und Stelle überprüft. In der Regel war das Ergebnis zufriedenstellend. Die Änderungen im Aufgabenvollzug und der durch die schlechte Wirtschaftslage bedingte Vollzugsdruck machten besondere Aus- und Weiterbildungsanstrengungen der Ausgleichskasse zugunsten der Gemeindeausgleichskassen nötig. Mehrere zentrale und dezentrale Einführungs- und Weiterbildungskurse in deutscher und französischer Sprache wurden durchgeführt. Im Vordergrund standen dabei die neusten Regeln des Aufgabenvollzugs bei den Leistungen und den Ergänzungsleistungen.

Trotz angespannter Finanzlage des Staates war es angesichts der hohen Geschäftslast bei den Ergänzungsleistungen unumgänglich, den Personalbestand um vier Einheiten zu erhöhen. Trotzdem blie-

de la Direction de l'économie publique à la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques) a été prise en considération dans les deux projets de loi.

Le 23 septembre 1992, le Conseil-exécutif a adopté ces deux projets de loi, à l'intention du Grand Conseil. Parallèlement aux dispositions concernant le statut juridique de la caisse de compensation et celui de l'Office AI à créer (suppression de la Commission AI et fusion de l'actuel Secrétariat de l'AI et de l'Office régional AI, qui assure l'orientation professionnelle) les projets de loi contiennent aussi une mesure concourant au rétablissement de l'équilibre du budget de l'Etat: la part de l'ensemble des communes municipales au financement de la contribution du canton à l'AVS, à l'AI et aux prestations complémentaires passera d'un tiers actuellement à 40 pour cent. Comme le prévoit le plan de législature, les deux projets de loi seront délibérés au Grand Conseil durant l'année 1993. Le Conseil fédéral ayant fixé l'entrée en vigueur de la troisième révision de la loi fédérale sur l'AI, les cantons disposent encore de deux années pour assurer les adaptations requises. Le Conseil-exécutif a aussi adopté le 23 septembre 1992 sa proposition de révision partielle de la loi du 5 mars 1961 sur les allocations pour enfants aux salariés (LAE), à soumettre au Grand Conseil. Ce projet de loi est aussi compris dans le Programme de législature. Le projet prévoit tout particulièrement:

- d'accorder aux employés à temps partiel des allocations entières pour enfants à partir d'un degré d'occupation dont le minimum est à fixer par le Conseil-exécutif;
- de relever le taux minimal de l'allocation pour enfant à 150 francs par mois et par enfant y donnant droit;
- de donner compétence au Conseil-exécutif d'adapter ce taux minimal à l'évolution du renchérissement.

En outre, le projet de loi comporte des modifications se rapportant au droit supérieur (droit matrimonial et droit de filiation).

L'Office cantonal des assurances a en plus élaboré à l'intention du Conseil-exécutif des variantes dans les procédures relatives aux mesures d'économies dans le domaine des prestations complémentaires («Objectif»: épargne de 24 millions de francs par année). La Direction de l'économie publique, d'entente avec les Directions intéressées (hygiène publique/œuvres sociales, justice, finances) et avec la collaboration d'un représentant de la Confédération, a sur cette base constitué un groupe de travail chargé d'étudier d'autres principes d'application concernant le régime des prestations complémentaires. Le rapport doit être achevé au printemps 1993.

Dans le cadre de la réorganisation de l'Administration de l'Etat – à cause de l'entrée en vigueur, le 1^{er} janvier 1993, du décret concernant l'organisation de la «nouvelle» Direction de l'économie publique – le Conseil-exécutif a décidé, par arrêté du 18 novembre 1992, que dès le 1^{er} janvier 1993 l'Office cantonal des assurances sera subordonné au directeur de la justice jusqu'à l'entrée en vigueur du décret du 17 septembre 1992 concernant l'organisation de la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques, ainsi que des lois révisées d'introduction de l'AVS et de l'AI.

2.6.4 Activités diverses

Durant l'exercice, 27 nouveaux chefs ont été installés dans des offices communaux de compensation du canton. Durant le même laps de temps, les préfets ont contrôlé sur place 111 offices communaux de compensation. Dans l'ensemble, ces contrôles ont révélé une situation satisfaisante. Les modifications dans l'exécution des tâches et la pression résultant de la détérioration de la situation économique ont nécessité l'organisation par la caisse de compensation de cours de formation continue à l'intention des offices communaux de compensation. Plusieurs cours d'introduction ou de formation continue ont été accomplis, en langue française ou en langue allemande, soit à la caisse de compensation, soit de façon décentralisée. Les nouvelles règles d'exécution de certaines tâches dans le domaine des prestations en général et des prestations complémentaires en particulier ont constitué l'essentiel de la matière traitée durant ces cours.

ben Überstundenaktionen des gesamten Personals über mehrere Monate unumgänglich.

Am 21. August 1992 wurde die Baubewilligung für das neue Betriebsgebäude erteilt. Damit wird es der AKB mittelfristig möglich sein, mit geeigneten räumlichen Voraussetzungen den Aufgabenvollzug noch effizienter und bürger näher auszugestalten.

2.7 Berufsberatung

2.7.1 Allgemeines

Die Tätigkeit des Amtes für Berufsberatung und der regionalen Berufsberatungsstellen wurde durch die veränderte Wirtschaftslage, den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und die allgemeine Verunsicherung der Jugendlichen und Erwachsenen im Zusammenhang mit Berufs- und Laufbahnfragen, der Aus- und Weiterbildung sowie der Arbeitsstellensuche geprägt. Die Bedürfnisse nach Beratung und Information im Rahmen der erforderlichen beruflichen Weiterbildung und Neuorientierung haben vor allem bei den Erwachsenen stark zugenommen.

Die Altersstruktur der Ratsuchenden hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich verändert: einer Abnahme in der Altersgruppe 15 und 16 Jahre steht eine Zunahme in den übrigen Altersgruppen und insbesondere der Gruppe 25 Jahre und mehr gegenüber. Damit stellten sich auch neue Anforderungen an die Berufsberatung in bezug auf Beratungsmethoden und -formen. Zudem musste im Bereich der Weiterbildungsinformation ein Mehrfaches an Recherchierarbeit geleistet werden.

2.7.2 Berufsberatungstatistik

Die Zahl der Ratsuchenden, welche in den Jahren 1980 bis 1990 langsam aber stetig angestiegen war, schnellte im Berichtsjahr sprunghaft nach oben. So haben 1992 rund 11850 (1991: 10830) Interessenten das Beratungsangebot der Berufsberatung genutzt.

Die Nachfrage von Jugendlichen und Erwachsenen nach der Möglichkeit, sich in den Berufsinformationszentren (BIZ) über Berufe, Schulen, Fort- und Weiterbildungsangebote zu informieren, hat ebenfalls stark zugenommen. 1991 zählte man im ganzen Kanton rund 29000 Besucher, im Berichtsjahr stieg die Zahl auf 36958. Es kann festgestellt werden, dass sich die dezentrale Organisationsstruktur und das bürgernahe Angebot der Berufsberatung gerade in Krisenzeiten bewähren.

2.7.3 Besonderes

Gestützt auf die bereits seit längerer Zeit verfolgte Entwicklung und aufgrund der Ergebnisse einer gezielten Erhebung hat das Amt Massnahmen ergriffen. Dabei wurde in erster Linie der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der starken Zunahme der Erwachsenenberatung Rechnung getragen. So wurde die fachliche Kompetenz der Berufsberaterinnen und Berufsberater in der Erwachsenenberatung durch kantonale Fortbildungskurse gefördert und eine spezifische Fort- und Weiterbildungsdokumentation für Erwachsene erarbeitet. Gleichzeitig wurde ein Handbuch für die Arbeitslosenberatung erstellt und durch den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Berufsberatungsstellen und Gemeindearbeitsämtern die

En dépit de la situation financière critique de l'Etat, le volume des tâches a inévitablement commandé d'augmenter de quatre personnes le personnel destiné au traitement des cas de prestations complémentaires (AVS/AI). Malgré cette mesure, l'ensemble du personnel a dû accomplir des heures supplémentaires durant plusieurs mois.

Le 21 août 1992, la CCB a reçu la permis de construire pour son nouveau bâtiment de service. A moyen terme, un nouvel espace de travail permettra à la CCB d'accroître son efficacité et de se rapprocher du citoyen.

2.7 Orientation professionnelle

2.7.1 Généralités

Les activités de l'Office cantonal et des offices régionaux d'orientation professionnelle ont été déterminées, en 1992, par les changements intervenus dans notre économie, la forte progression du chômage et l'insécurité générale ressentie par les jeunes et les adultes quant à l'avenir de leur profession, de leur carrière, de leur formation de base, de leur perfectionnement ou lors de la recherche d'un emploi. Les demandes d'informations et de consultations au sujet des possibilités de perfectionnement ou de réorientation professionnelle ont été beaucoup plus nombreuses, notamment de la part des adultes.

La structure par catégorie d'âge des consultants et consultantes s'est profondément modifiée ces dix dernières années: on a constaté une diminution dans le groupe des 15 à 16 ans alors que le nombre de consultants et consultantes appartenant aux autres catégories d'âge s'est nettement accru, notamment dans le groupe des 25 ans et plus. L'orientation professionnelle a été ainsi confrontée à de nouvelles exigences quant aux méthodes et aux formes de consultation. En outre, les travaux de recherche dans le domaine de l'information sur le perfectionnement ont pris plus de temps.

2.7.2 Statistiques de l'orientation professionnelle

Si le nombre des consultants et consultantes a augmenté lentement mais d'une manière continue durant la période comprise entre 1980 et 1990, on a enregistré une très nette progression en 1992. Quelque 11850 personnes (1991: 10830) ont eu recours aux services de l'orientation professionnelle.

Les jeunes et adultes qui se sont renseignés auprès des centres d'information professionnelle sur des professions, des écoles, des possibilités de formation continue et de perfectionnement ont également été nettement plus nombreux. Alors qu'on avait enregistré quelque 29000 visiteurs en 1991, ce chiffre a passé à 36958 en 1992. Une structure décentralisée et une offre ajustée aux besoins s'avèrent être des atouts importants dans les temps de crise.

2.7.3 Problèmes particuliers

Se fondant sur l'évolution observée ces dernières années et les résultats d'une enquête statistique, l'office a engagé diverses mesures. Il s'agissait tout d'abord de tenir compte de la progression du chômage et du net accroissement des demandes de consultation de la part des adultes. L'office a ainsi organisé à l'intention des conseillers et conseillères des cours de perfectionnement qui permettent d'acquérir les compétences requises dans le domaine de la consultation des adultes et préparé une documentation sur les possibilités de perfectionnement. De plus, il a mis au point un classeur chômage, servant d'instrument dans la consultation des chômeurs. La collaboration entre les diverses institutions s'occupant de problèmes de

Zusammenarbeit verschiedener Institutionen, welche sich mit der Arbeitslosigkeit befassen, verbessert.

Neben diesen Aktivitäten sind die besonders Angebote der regionalen Berufsberatungsstellen zu erwähnen. Insbesondere in den Regionen, welche am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, wurden neue und kreative Hilfsangebote geschaffen. So wurden u. a. Arbeitslose zu Gesprächen, Diskussionen und Beratungen zu verschiedenen Themenbereichen aus dem Bereich der Arbeitslosigkeit in die BIZ eingeladen. Ebenfalls wurden Sprechstunden für Leute in Krisensituationen eingerichtet.

2.8 Berufsbildung

2.8.1 Allgemeines

2.8.1.1 Kantonale Berufsbildungskommission

Die Kantonale Berufsbildungskommission (BBK) befasste sich im letzten Jahr der laufenden Amtsperiode namentlich mit den Auswirkungen der Sparmassnahmen und des Stellenmoratoriums auf den kantonalen Vollzug im Berufsbildungsbereich sowie auf die berufliche Aus- und Weiterbildung generell, mit der Überführung der Berufsbildung in die Erziehungsdirektion sowie mit den Modalitäten der Einführung der Berufsmaturitäten im Kanton Bern. Erörtert wurde ferner insbesondere das Phänomen der zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit.

2.8.2 Berufslehre

Die Abteilung Berufslehre konnte aufgrund der personellen Situation die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben weiterhin nur unvollständig wahrnehmen. Insbesondere wurden verschiedene Aufsichts-, Inspektions- und Kontrollaufgaben bei Kommissionen, Einführungskursen und Lehrabschlussprüfungen nicht wahrgenommen. Mit einer Reorganisation und neuen Aufgabenteilung auf den 1. Januar 1993 kann die Situation teilweise entschärft werden.

Neben den ordentlichen Vollzugsaufgaben sind besondere Aktivitäten in folgenden Bereichen zu erwähnen:

- Im Bereich der Anlehen wurden im Berichtsjahr drei besondere Fachtagungen für Lehrmeister und Lehrmeisterinnen durchgeführt. Damit sind alle in der Antwort auf die Interpellation Blatter aus dem Jahr 1989 auf kantonaler Ebene in Aussicht gestellten Massnahmen erfüllt und vollzogen.

- Zusammen mit Fachleuten der Firma ASCOM, der PTT und der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern hat das Amt ein kantonales Ausbildungs- und Prüfungsreglement für den neuen Beruf «Informatiker/Informatikerin» ausgearbeitet. Die Ausbildung in diesem für die Wirtschaft und die Berufsbildung bedeutsamen Beruf wird ab Sommer 1993 aufgenommen.

- Für die Berufsbildung im Gastgewerbe leistet der Kanton Bern Pionierarbeit. Die Schweizerische Fachkommission für das Gastgewerbe hat in Zusammenarbeit mit der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern und dem Amt für Berufsbildung die Vorschriften und Lehrpläne für die vorläufige Einführung der neuen Berufslehren und Lehrpläne für die vorläufige Einführung der neuen Berufslehren Koch/Köchin (Gastrofutura) und Gastronomiefachassistent/-assistentin ausgearbeitet. Das BIGA hat den Kanton Bern ermächtigt, die Ausbildung in den beiden Berufen ab Sommer 1993 versuchsweise aufzunehmen. Die Volkswirtschaftsdirektion hat am 18. Dezember 1992 für diesen vorerst auf drei Jahre befristeten Pilotversuch grünes Licht gegeben.

- Ab Sommer 1993 wird die bisherige Stufenlehre für Detailhandelsangestellte aufgehoben und durch eine dreijährige Berufslehre ersetzt. Im Rahmen der Vorarbeiten hat das Amt für die Gewährung der Ausbildungsberechtigung besondere Richtlinien erlassen.

chômage a également été renforcée au travers des échanges d'informations et d'expériences entre les offices régionaux d'orientation professionnelle et les offices communaux du travail.

Mis à part les activités décrites ci-avant, les offices régionaux ont aussi adapté leur offre de services. Dans les régions plus particulièrement touchées par le chômage, de nouvelles formes d'aide ont été mises au point. Par exemple, les chômeurs ont été invités à participer dans les centres d'information professionnelle à des discussions, des entretiens et des consultations sur des thèmes ayant trait au chômage. Des consultations ont également été prévues pour les personnes qui se trouvent dans une situation difficile.

2.8 Formation professionnelle

2.8.1 Généralités

2.8.1.1 Commission cantonale pour la formation professionnelle

La commission a examiné au cours de la dernière année de son mandat les répercussions des mesures d'économies et du moratoire sur les postes sur les tâches d'exécution dans le domaine de la formation professionnelle ainsi que sur la formation et le perfectionnement professionnels d'une manière plus générale. Elle s'est aussi occupée du transfert de l'Office à la Direction de l'instruction publique ainsi que des modalités de l'introduction des maturités professionnelles dans le canton de Berne. Elle a également discuté des problèmes dus au chômage chez les jeunes.

2.8.2 Apprentissages

Le mandat de prestations n'a été, une fois de plus, rempli qu'impartialement dans le domaine des apprentissages, en raison des effectifs de personnel insuffisants. Certaines tâches de surveillance, d'inspection et de contrôle n'ont pu être accomplies dans le cadre des commissions, des cours d'introduction et des examens de fin d'apprentissage. La réorganisation et la nouvelle répartition des tâches – prévues pour le 1^{er} janvier 1993 – vont permettre de remédier partiellement à cette situation.

Outre les tâches ordinaires, il convient de relever les faits particuliers suivants:

- Trois journées ont été organisées à l'intention des maîtres et maîtresses d'apprentissage concernés par le domaine de la formation élémentaire. Les mesures envisagées dans la réponse à l'interpellation Blatter (1989) ont ainsi été réalisées sur le plan cantonal.

- L'office a préparé, avec la participation de spécialistes de l'entreprise ASCOM, des PTT et de l'Ecole professionnelle artisanale de Berne un règlement d'apprentissage et d'examen de fin d'apprentissage pour la nouvelle profession d'«Informaticien/ne». Cet enseignement, qui sera d'un apport précieux pour l'économie et la formation professionnelle en général, débutera en été 1993.

- Dans le domaine de l'hôtellerie et de la restauration, la formation professionnelle bernoise joue un rôle de pionnier. La commission suisse de formation professionnelle pour les hôtels et les restaurants a élaboré, avec la participation de l'Ecole professionnelle artisanale de Berne et l'Office de la formation professionnelle les prescriptions nécessaires et un programme-cadre en vue de l'introduction provisoire des nouvelles professions de cuisinier/ière (gastrofutura) et d'assistant/e en gastronomie. Le canton de Berne a obtenu l'autorisation de l'OFIAMT de dispenser ces formations à titre expérimental à partir de l'été 1993. Le 18 décembre 1992, la Direction de l'économie publique a donné le feu vert pour un premier essai limité à trois ans.

- A partir de l'été 1993, l'apprentissage par degrés pour les employés du commerce de détail sera remplacé par un apprentissage de trois ans. Dans le cadre des travaux préparatoires, l'office a émis

- Aufgrund einer Änderung der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer konnten 1992 erstmals Lehrlinge und Lehrtöchter direkt aus EG- und EFTA-Staaten rekrutiert werden. Das KIGA und das KAB haben mit einem erheblichen Zeitaufwand die nötigen Voraussetzungen geschaffen, damit die Lehrbetriebe im Kanton Bern allenfalls offene Lehrstellen auf diesem Weg besetzen können. Das Verfahren und die Administration sind aufwendig und mit erheblichen Kosten verbunden. Obschon das Interesse anfänglich vorhanden war, steht das Ergebnis mit fünfzig Gesuchen und nur fünf abgeschlossenen Lehrverhältnissen in keinem Verhältnis zum betriebenen Aufwand.
- Im Nachgang zum Spätsommerlehrbeginn mussten sowohl im Frühjahr als auch im Sommer Lehrabschlussprüfungen durchgeführt werden. Damit ist der Übergang auch im Prüfungsbereich abgeschlossen; ab 1993 werden die Prüfungen für alle Berufe in der Regel in den Monaten Mai/Juni durchgeführt.
- Für die Berufe Elektromechaniker, Autolackierer, Diätköche und für die KV-Branche «Kantonale Verwaltung» wurden vier Lehrmeister-tagungen durchgeführt.
- Allen rund 13000 Lehrbetrieben im Kanton Bern wurden im Einklang mit den Richtlinien der Regierungspolitik 1990 bis 1994 mittels «Briefen an das Lehrgeschäft» wiederum Informationen zu verschiedenen aktuellen Themen vermittelt.

2.8.2.1 Lehraufsicht

Im Mai hat das Amt die Sekretäre und Sekretärinnen der Lehraufsichtskommissionen (LAK) zu einem zweitägigen Seminar im Schloss Hünigen eingeladen. Dabei standen Vollzugsfragen und anstehende Änderungen im Berufsbildungsbereich im Mittelpunkt. Gleichzeitig wurde das überarbeitete «Handbuch für die LAK-Sekretäre» in einer Neuauflage abgegeben. Am zweiten Tag versammelten sich auch die Präsidenten und Präsidentinnen der LAK zur traditionellen Jahreskonferenz.

Ende 1992 lief die Amtsperiode der Lehraufsichts- und der Kreisprüfungskommissionen (LAK/KPK) ab. Das Wahlgeschäft wurde im Hinblick auf die neue vierjährige Amtsperiode in Zusammenarbeit mit den vorschlagsberechtigten Dachverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, den Berufsberatungsstellen und den Berufsschulen und weiteren an der Berufsbildung interessierten Kreisen vorbereitet. Rund 520 Mitglieder stellten sich für eine Wiederwahl zur Verfügung. 40 Zurücktretende wurden nicht ersetzt. Für 180 aus den LAK ausscheidende Mitglieder mussten neue, für das anspruchsvolle Amt geeignete Personen gefunden werden. Für die Berufsverbände und das Amt für Berufsbildung erwies sich das Wahlverfahren wiederum als aufwendiges Unterfangen, mussten doch in jedem einzelnen Fall die persönlichen und beruflichen Voraussetzungen der vorgeschlagenen Kandidaten abgeklärt werden. Gemäss Verordnung über die Berufslehre hat ein LAK-Mitglied dieselben Voraussetzungen zu erfüllen, wie sie für Lehrmeister gesetzlich vorgeschrieben sind. Für 30 Vakanzen konnten die Verbände keine Nominierungen bekanntgeben. Noch vor Jahresende konnte der Volkswirtschaftsdirektor die Wahl der LAK und der KPK für die neue Amtszeit von 1993 bis 1996 vornehmen.

2.8.2.2 Lehrverhältnisse

1992 wurden im Kanton Bern 8067 Lehrverträge (Vorjahr: 8145) in Berufen, die dem Bundesgesetz über die Berufsbildung unterstehen (sogenannte BIGA-Berufe) abgeschlossen. Davon entfallen 4812 (4803) auf Knaben und 3255 (3342) auf Mädchen. Somit sind es vorwiegend die Mädchen, die mit einem Minus von 87 Lehrverträgen

des directives spéciales concernant les autorisations de former des apprentis.

- Une modification de l'ordonnance limitant le nombre des étrangers a permis de recruter, pour la première fois en 1992, directement des apprentis dans des pays de la CE et de l'AELE. L'OCIAMT et l'OFF se sont efforcés de créer les conditions nécessaires pour repourvoir de cette manière des places d'apprentissage vacantes. Les démarches et les travaux administratifs requis prennent beaucoup de temps et occasionnent des frais considérables. Bien que de telles solutions aient suscité un certain intérêt au départ, le résultat concret - qui se résume en cinquante demandes et cinq contrats d'apprentissage conclus seulement - n'a aucune commune mesure avec les dépenses et les efforts consentis.
- Suite à l'introduction du début de l'année scolaire à la fin de l'été, les examens de fin d'apprentissage se sont déroulés au printemps comme en été. La période de transition est ainsi achevée en ce qui concerne les examens. A partir de 1993, les examens auront lieu en principe, dans toutes les professions, aux mois de mai et de juin.
- Quatre journées ont été organisées à l'intention des maîtres d'apprentissage pour les professions de mécanicien-électricien, peintre en automobiles, cuisinier/ère en diététique et d'employé/e de commerce/bureau dans l'«administration cantonale».
- Comme le veut le Programme gouvernemental de législature 1990 à 1994, les quelque 13000 entreprises du canton de Berne ont à nouveau été informées sur certains thèmes d'actualité par le biais de la «lettre à l'entreprise d'apprentissage».

2.8.2.1 Surveillance des apprentissages

En mai, l'office a réuni les secrétaires des commissions de surveillance des apprentissages (CSA) dans le cadre d'un séminaire de deux jours qui s'est tenu au château de Hünigen. Les tâches d'exécution et les changements en cours dans le domaine de la formation professionnelle ont été les thèmes dominants. Le nouveau manuel destiné aux secrétaires des CSA a été distribué à cette occasion. Le deuxième jour, les présidents et présidentes des CSA ont également pris part à la conférence annuelle.

A la fin de 1992, les commissions de surveillance des apprentissages et d'examens d'arrondissement (CSA/CEA) sont parvenues au terme de leur mandat. Les nouvelles nominations pour la prochaine période de quatre ans ont été préparées avec la participation des organisations faïtières des employeurs et des travailleurs, qui disposent d'un droit de proposition, des offices d'orientation professionnelle et des écoles professionnelles ainsi que d'autres milieux intéressés. Quelque 520 membres se sont mis à disposition pour une reconduction de leur nomination. 40 démissionnaires n'ont pas été remplacés. Il a fallu trouver pour 180 démissionnaires de CSA de nouveaux membres qui aient la compétence requise pour exercer cette fonction. Les nominations ont à nouveau occasionné un surcroît de travail pour les associations professionnelles et l'office, car il s'agit d'examiner pour chaque candidature si la personne proposée remplit toutes les conditions professionnelles et personnelles. Selon l'ordonnance sur l'apprentissage, un membre CSA doit satisfaire aux mêmes conditions que celles requises pour les maîtres d'apprentissage. Pour 30 vacances, les associations n'ont pas pu proposer des candidatures. Les nominations au sein des CSA et CEA pour la période comprise entre 1993 et 1996 ont été approuvées par le directeur de l'économie publique avant la fin de l'année.

2.8.2.2 Contrats d'apprentissage

Dans le canton de Berne, 8067 contrats d'apprentissage (1991: 8145) ont été conclus en 1992 dans les professions soumises à la loi fédérale sur la formation professionnelle, soit 4812 (4803) jeunes gens et 3255 jeunes filles (3342). La diminution la plus nette a été enregistrée chez les jeunes filles (87 nouveaux contrats en moins). A la fin de

zum Rückgang bei den Neuabschlüssen beigetragen haben. Ende 1992 bestanden 23372 Lehrverhältnisse, gegenüber 24202 im Vorjahr.

Jahr	Knaben	%	Mädchen	%	Total
1980	17 135	65,6	8 999	34,4	26 134
1985	17 998	64,4	9 958	35,8	27 956
1990	16 078	63,6	9 192	36,4	25 270
1991	15 531	64,2	8 671	35,8	24 202
1992	15 093	64,6	8 279	35,4	23 372

Im Laufe des Berichtsjahrs wurden 1191 (1991: 1140) Lehrverhältnisse aufgelöst. Die Mehrzahl der von einem Lehrabbruch betroffenen Jugendlichen setzte die Ausbildung in einem andern Lehrbetrieb oder in einem andern Beruf fort.

2.8.2.3 Besondere Probleme

Das Reglement über die Ausbildung und die Lehrabschlussprüfung für kaufmännische Angestellte schafft im Vollzug nach wie vor ausserordentliche Probleme. Insbesondere bestehen weiterhin Unklarheiten und Unsicherheiten hinsichtlich der Branchenzuteilung und der hierfür erforderlichen Ausbildung, aber auch hinsichtlich der Aufgabenstellung. Der Zeitaufwand für den Vollzug hat unverhältnismässig zugenommen.

2.8.2.4 Kurswesen

Der Stellenabbau im Kurswesen wurde teilweise kompensiert durch Kürzung der Ausbildungszeit um 17 Prozent auf das absolute Minimum nach Bundesgesetz sowie durch Reduktion der Anzahl Kurse. In 21 angebotenen Lehrmeisterkursen wurden total 405 Lehrlingsausbilder und -ausbilderinnen auf ihre anspruchsvolle Arbeit vorbereitet.

Die freiwillige Weiterbildung fand den Zuspruch von 302 Teilnehmern. Aus Kapazitätsgründen konnten 60 weitere Interessenten nicht berücksichtigt werden. Bei Aus- und Weiterbildungskursen sind die Kurskosten durch die Teilnehmerbeiträge gedeckt.

2.8.2.5 Neue oder revidierte Ausbildungs- und Prüfungsreglemente

1992 traten folgende neue oder grundlegend revidierte Ausbildungsreglemente in Kraft: Buchbinder, Druckausrüster, Gärtner, Kosmetikerin, Massschneider, Steinbildhauer, Steinhauer, Steinmetz, Steinwerker. Aufgehoben wurden diejenigen für die Berufe Damenschneider (Tailleur), Herrenschneider, Steinrichter, Steinschleifer, Uniformschneider, Webeblatmmacher.

2.8.2.6 Einführungskurse

Im Berichtsjahr konnte die Institution Einführungskurse weiter gefestigt werden. Auch wurden durch den Grossen Rat zwei neue Kurszentren bewilligt; ein Aus- und Weiterbildungszentrum für Maler und Gipser in Worb sowie ein solches für Automechaniker und Automonteurs in Mülmen. Dies ermöglicht den Berufsverbänden, nebst dem Einführungskursangebot vor allem auch die Weiterbildung für gelernte Berufsleute auszubauen und den Einstieg in neue Arbeitstechniken zu fördern.

Durch den Rückgang der Lehrlingszahlen mussten sich einzelne Kurskommissionen überlegen, wie sie ihre Lokalitäten besser aus-

1992, on comptait 23372 contrats d'apprentissage contre 24202 l'année précédente.

Année	Jeunes gens	%	Jeunes filles	%	Total
1980	17 135	65,6	8 999	34,4	26 134
1985	17 998	64,4	9 958	35,8	27 956
1990	16 078	63,6	9 192	36,4	25 270
1991	15 531	64,2	8 671	35,8	24 202
1992	15 093	64,6	8 279	35,4	23 372

Au cours de l'exercice écoulé, 1191 (1991: 1140) contrats d'apprentissage ont été résiliés. La plupart des jeunes concernés ont poursuivi leur formation dans une autre entreprise ou une autre profession.

2.8.2.3 Problèmes particuliers

Le nouveau règlement d'apprentissage et d'examen de fin d'apprentissage dans la profession d'employé de commerce pose encore bien des problèmes. Une certaine confusion subsiste au niveau de la répartition des branches et de la formation requise, ainsi que dans la préparation des épreuves. Cela a occasionné un surcroît de travail considérable.

2.8.2.4 Cours

La réduction du nombre de postes a été partiellement compensée par un abaissement de la durée de formation de 17 pour cent – soit le strict minimum selon la loi fédérale – ainsi que du nombre de cours. 405 personnes au total ont été initiées à leur future tâche de formateur/trice d'apprentis dans le cadre de 21 cours proposés aux maîtres/ses d'apprentissage.

Les cours de perfectionnement facultatifs ont réuni 302 participants et participantes. 60 inscriptions n'ont pu être prises en compte, faute de capacités. Les frais de cours de formation et de perfectionnement ont pu être couverts par le versement d'une contribution des participant(e)s.

2.8.2.5 Règlements d'apprentissage et d'examens de fin d'apprentissage

Les nouveaux règlements ou modifications de règlements indiqués ci-après sont entrés en vigueur en 1992: relieur, façonneur de produits imprimés, horticulteur, esthéticienne, tailleur sur mesure, sculpteur sur pierre, tailleur de pierre, marbrier, ouvrier sur pierre. Ont été abrogés les règlements qui concernent les professions de tailleur pour dames, tailleur pour hommes, équarisseur de pierres, polisseur, tailleur d'uniformes, «Webeblatmmacher».

2.8.2.6 Cours d'introduction

En 1992, l'éventail des cours d'introduction a pu être élargi. Le Grand Conseil a en outre approuvé la création de deux nouveaux centres de formation: un centre de formation et de perfectionnement pour les plâtriers-peintres à Worb et un centre de formation pour les mécaniciens et les réparateurs en automobiles à Mülmen. Cela permettra aux associations professionnelles d'offrir, en plus des cours d'introduction, une plus large palette de cours de perfectionnement et de promouvoir l'enseignement de nouvelles techniques de travail.

Les effectifs des apprentis ayant baissé, certaines commissions chargées de l'organisation des cours ont dû chercher des solutions

sten könnten. Eine bessere Ausnützung kann hier ebenfalls durch ein vermehrtes Weiterbildungsangebot erreicht werden. Das Amt für Berufsbildung hilft bei der Koordination innerhalb des Kantons sowie mit andern Kantonen. Auch wird versucht, bestehende Einrichtungen mehrfach, d. h. auch für verwandte Berufe zu nutzen. Als Beispiel dienen die Schaltanlagemonteure/Elektromechaniker im Zentrum Biel. Nicht auszuschliessen ist die Verwendung der Kurslokale für Einsätze im Zusammenhang mit der Umschulung und Weiterbildung von Arbeitslosen.

2.8.2.7 Anlehre

Im Bereich der Anlehre wurden auch 1992 die Sonderanstrengungen fortgesetzt. Es wurden drei Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrmeister und Lehrmeisterinnen durchgeführt, um das Verständnis für die verschiedenen Lernbehinderungen zu fördern.

Die Gesamtzahl von 360 Anlehrverhältnissen hat sich gegenüber 1991 kaum verändert. Im Berichtsjahr konnten 211 Anlehrausweise abgegeben werden. Auffallend ist die starke Zunahme der Neueintretenden in das zweite Anlehrjahr (Umwandlungen Berufslehre – Anlehre). 1992 waren über 50 solche Umwandlungen zu verzeichnen. Offensichtlich sollten in vielen Fällen die Abklärungen für eine gute Berufswahl noch vertieft werden.

Im Schulbereich gilt es, allfällige Lernrückstände und Lernschwierigkeiten von Schülern und Schülerinnen in einer Anlehre möglichst früh zu erkennen und geeignete Massnahmen (z. B. Stützkurse) zu treffen.

2.8.3 Beruflicher Unterricht

2.8.3.1 Berufsschulorganisation

Die Zahl der Lehrlinge und Lehrtöchter im Kanton hat zwar weiter abgenommen, jene der Lehrberufe ist dagegen unverändert hoch geblieben. So konnte trotz ständiger Bemühungen um eine Optimierung der Schulorganisation kein entsprechender Rückgang der Zahl der Berufsschulklassen verzeichnet werden. Folgende Massnahmen wurden verfügt:

- Eröffnung einer Uhrmacher-Mikroelektroniker-Fachklasse an der Gewerblichen Berufsschule Biel (bisherige Schulorte: La Chaux-de-Fonds und Solothurn);
- Schliessung der Dekorationsgestalterklasse an der Gewerblichen Berufsschule Biel; die französischsprachigen Lehrlinge und Lehrtöchter besuchen den Unterricht in La Chaux-de-Fonds, die deutschsprachigen an der Schule für Gestaltung in Bern;
- Schliessung der Mechaniker-Fachklasse an der Gewerbeschule Frutigen und Umteilung der Lehrlinge an die Gewerbeschule Thun.
- Im Zusammenhang mit der Situation an der Gewerbeschule Zweisimmen wurde die Berufsschulorganisation im Berner Oberland eingehend überprüft. Hier sollen neue Formen der Zusammenarbeit unter den Berufsschulen zur Optimierung der Klassenbestände in den einzelnen Berufen erprobt werden.
- Zur gesamten Berufsschulorganisation im Kanton Bern wurde – zunächst verwaltungsintern – ein Zwischenbericht zur Überprüfung von Angebot, Anzahl und Finanzierung der Institutionen der Berufsbildung erstellt. Der Bericht zeigt Möglichkeiten für eine weitere Straffung der Berufsschulorganisation mit entsprechenden Spareffekten auf. Es ist beabsichtigt, den Bericht im Jahr 1994, allenfalls zusammen mit einer Vorlage zur Revision der Finanzierungsbestimmungen im kantonalen Berufsbildungsgesetz, dem Grossen Rat zu unterbreiten.

pour une utilisation optimale des locaux. Une offre de cours plus étendue permettrait d'y parvenir. L'Office de la formation professionnelle participe à la coordination à l'intérieur comme à l'extérieur du canton. Une utilisation multiple des équipements est également souhaitable, notamment pour des professions apparentées, par exemple le regroupement des monteuses de tableaux électriques et des mécaniciens-électriciens à Bienne. Il n'est pas exclu non plus que l'on mette à disposition des locaux pour les cours de reconversion ou de perfectionnement professionnel destinés aux chômeurs.

2.8.2.7 Formation élémentaire

De gros efforts ont été fournis dans ce domaine, une fois de plus. Trois cours de perfectionnement ont été organisés à l'intention des maîtres et maîtresses d'apprentissage afin d'améliorer leur compréhension des handicaps dont souffrent certains apprentis.

En 1992, 360 contrats de formation élémentaire au total ont été enregistrés, soit à peu près le même nombre qu'en 1991 et 211 certificats ont été délivrés. Il convient de constater en particulier la très nette augmentation du nombre d'élèves entrés en deuxième année de formation élémentaire (transformation d'un apprentissage en une formation élémentaire). Cela concernait plus de 50 élèves, ce qui montre bien que les éclaircissements nécessaires à tout bon choix professionnel doivent être encore approfondis.

Au niveau des connaissances scolaires, il s'agit de déceler le plus tôt possible les lacunes et les difficultés d'apprentissage chez ces élèves et de prendre ensuite des mesures appropriées (p.ex. cours d'appoint).

2.8.3 Enseignement professionnel

2.8.3.1 Organisation des écoles professionnelles

Les effectifs des apprentis ont encore diminué tandis que le nombre des formations est toujours aussi élevé. Malgré les efforts entrepris dans le but d'optimiser l'organisation de l'enseignement professionnel, le nombre des classes dans les écoles professionnelles n'a pas diminué dans les mêmes proportions. Diverses mesures ont été engagées:

- ouverture d'une classe spécialisée pour les horlogers-microélectriciens à l'Ecole des arts et métiers de Bienne (antérieurement à La Chaux-de-Fonds et à Soleure);
- fermeture de la classe de décorateurs-étalagistes à l'Ecole des arts et métiers de Bienne; les élèves francophones fréquentent l'enseignement à La Chaux-de-Fonds, les élèves germanophones à l'Ecole d'arts appliqués à Berne;
- fermeture de la classe de mécaniciens à l'Ecole professionnelle artisanale de Frutigen et transfert des classes à l'Ecole professionnelle artisanale de Thoun;
- vu la situation dans laquelle se trouve l'Ecole professionnelle artisanale de Zweisimmen, l'organisation de l'enseignement professionnel dans l'Oberland bernois a été soigneusement réexaminée. Il faudra introduire de nouvelles formes de collaboration entre les écoles afin d'optimiser l'organisation scolaire pour ces professions;
- un rapport intermédiaire sur l'organisation de l'enseignement professionnel dans son ensemble a été établi au sein de l'administration. Ce document réexamine l'offre de formation, le nombre et le financement des institutions de la formation professionnelle. Il mentionne deux possibilités de rationaliser l'organisation de l'enseignement professionnel et de réaliser par là-même des économies. Il est prévu de soumettre ce document au Grand Conseil en 1994, en même temps que le projet de révision des dispositions relatives au financement dans la loi cantonale sur la formation professionnelle.

2.8.3.2 Fortbildung der Lehrerschaft

Ende 1992 lief an den Berufsschulen die Übergangszeit zur Einführung des Spätsommerschulbeginns ab. Damit wurde ebenfalls die besondere Fortbildung der Lehrkräfte abgeschlossen. Aus den Berichten der Schulen ist ersichtlich, dass die Lehrer und Lehrerinnen weit über ihre Kompensationsverpflichtung hinaus Fortbildungsveranstaltungen besuchten.

2.8.3.3 Berufsschulbauten

Im Berichtsjahr bewilligte der Grosse Rat nebst den Kurszentren Mülten und Worb (vgl. Ziff. 2.8.2.6) das Projekt Campus II der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern (GRB Nr. 615 vom 13. Mai, Staatsbeitrag 18 450 000 Franken); das Projekt wurde auch an der Volksabstimmung vom 6. Dezember angenommen.

2.8.3.4 Besonderes

Die vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe BMS-Berufsmatur beendigte ihre Arbeit und unterbreitete ein Thesenpapier. Gestützt auf den darauf gefassten Regierungsratsbeschluss und auf die vom Bund erlassenen Vorschriften können ab 1993 in Thun, Bern, Biel und St. Immer Berufsmaturitätsklassen geführt werden. Die ersten Berufsmaturanden und -maturandinnen können somit ihre Ausbildung mit dem entsprechenden Ausweis 1996 abschliessen.

Von den bisher von Berufsschulen eingereichten Projekten im Rahmen der Sondermassnahmen des Bundes zugunsten der beruflichen Weiterbildung (Weiterbildungsoffensive) wurden 17 durch den Regierungsrat bewilligt und sind 1992 angelaufen.

Das angestrebte Ziel, die Beitragsleistungen der Gemeinden für die Berufsschulen zu vereinheitlichen und zu vereinfachen, wird nach dem Transfer des Amtes für Berufsbildung zur Erziehungsdirektion unter neuen Vorzeichen weiterzuverfolgen sein.

Staatsbeiträge an Berufsschulen, Höhere Fachschulen und weitere Institutionen der Berufsbildung (in 1000 Fr.)

Kantonsbeiträge für:	1989	1990	1991	1992
Kaufm. und gewerbliche Berufs- und Fachschulen ¹	52,251	62,219	65,613	70,126
Höhere Fachschulen ²	3,272	4,737	8,270	7,450
Einführungskurse und Weiterbildungsinstitutionen ³	1,999	2,170	1,854	2,198
Total	57,522	69,126	75,737	79,774

¹ Staatsbeiträge für den Pflichtunterricht gemäss Artikel 56 KBG und an die Weiterbildungskurse der Berufsschulen gemäss Artikel 51 KBG.

² Ab 1991 inkl. Höhere Fachschule für Gestaltung Bern sowie Beiträge an ausserkantonale Ingenieur- und Höhere Fachschulen für bernische Studenten gemäss Regionalem Schulabkommen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz.

2.8.4 Lehrabschlussprüfungen

Im Berichtsjahr unterzogen sich 8385 Kandidaten und Kandidatinnen den Lehrabschlussprüfungen. 5237 davon stammen aus gewerblich-industriellen Berufen, 3148 aus kaufmännischen und Verkaufsberufen. An den Lehrabschlussprüfungen im gewerblich-industriellen Bereich erfüllten 121 Kandidaten und Kandidatinnen (2,3%) die Anforderungen.

2.8.3.2 Perfectionnement du personnel enseignant

A la fin de 1992, la période transitoire fixée pour l'introduction du début de l'année scolaire à la fin de l'été est venue à expiration. Comme l'indiquent les rapports établis par les écoles, les cours de perfectionnement que les enseignants et enseignantes ont eu l'obligation de suivre pendant cette période pour compenser les leçons supprimées ont été suivis avec beaucoup d'assiduité.

2.8.3.3 Bâtiments scolaires

Le Grand Conseil a autorisé, outre les centres de formation de Mülten et de Worb (cf. ch. 2.8.2.6), la réalisation du projet Campus II de l'Ecole professionnelle industrielle et artisanale de Berne (AGC N° 615 du 13 mai, subvention cantonale de 18 450 000 francs). Le projet a été accepté par le peuple le 6 décembre 1992.

2.8.3.4 Fait particulier

Le groupe de travail «Maturité professionnelle-EPS», désigné par le Conseil-exécutif, a achevé ses travaux et présenté des éléments de réflexion dans un rapport. Suite à un arrêté du Conseil-exécutif portant sur cet objet et aux prescriptions fixées par la Confédération en la matière, les premières classes de maturité professionnelle pourront être ouvertes à partir de 1993 à Thoun, Berne, Bienne et Saint-Imier. C'est par conséquent en 1996 que les premières volées d'élèves achèveront cette nouvelle formation et obtiendront leur «maturité professionnelle».

Parmi les projets déposés par les écoles professionnelles dans le cadre du train de mesures spéciales de la Confédération en faveur du perfectionnement professionnel («offensive pour le perfectionnement») 17 ont été approuvés par le Conseil-exécutif et été mis en chantier en 1992.

L'objectif visant à uniformiser et à simplifier le régime des subventions des communes en faveur de la formation professionnelle devra être poursuivi.

Subventions cantonales en faveur des écoles professionnelles, des écoles supérieures et d'autres institutions de la formation professionnelle (en milliers de francs)

Subventions cantonales pour:	1989	1990	1991	1992
Ecoles professionnelles commerciales et artisanales ou spécialisées ¹	52,251	62,219	65,613	70,126
Ecoles supérieures ²	3,272	4,737	8,270	7,450
Cours d'introduction et cours de perfectionnement ³	1,999	2,170	1,854	2,198
Total	57,522	69,126	75,737	79,774

¹ Subventions de l'Etat en faveur de l'enseignement obligatoire, selon article 56 LcFPr et des cours de perfectionnement organisés par les écoles professionnelles, selon article 51 LcFPr.

² A partir de 1991, y compris l'Ecole supérieure d'arts appliqués de Berne ainsi que les subventions aux écoles d'ingénieurs et écoles supérieures spécialisées extra-cantonales fréquentées par des élèves bernois selon la Convention régionale scolaire de la Conférence des directeurs de l'instruction publique du Nord-Ouest de la Suisse.

2.8.4 Examens de fin d'apprentissage

8385 candidats et candidates se sont présentés aux examens de fin d'apprentissage en 1992. 5237 candidats et candidates ont subi leur examen dans les professions artisanales et industrielles, 3148 dans celles du commerce et de la vente. 121 candidats (2,3%) de la première catégorie n'ont pas réussi leur examen alors qu'ils étaient 218 à

rungen nicht; in kaufmännischen und Verkaufsberufen waren es 218 Kandidaten und Kandidatinnen (6,9%), denen das Fähigkeitszeugnis nicht ausgestellt werden konnte.

Bei den Lehrabschlussprüfungen der kaufmännischen Angestellten bereitet das Fach «Praktische Arbeiten/Kenntnisse aus Lehrbetrieb und Branche» weiterhin Schwierigkeiten. Zudem haben der Personalaufwand und die Kosten erheblich zugenommen. Diese Situation wurde mit den Kreisprüfungskommissionen besprochen und hat zur Folge, dass die für den Bundesbeitrag nicht anrechenbaren Prüfungskosten teilweise den Lehrbetrieben belastet werden müssen. Wie bei den gewerblich-industriellen Berufen bereits üblich, wird ab 1993 auch bei den kaufmännischen und Verkaufsberufen für jede Prüfung je nach Beruf ein Materialgeld zwischen 40 und 70 Franken erhoben.

Die Entwicklung der praktischen Ausbildung in verschiedenen Zeichnerberufen erfordert auch an der Lehrabschlussprüfung den Einsatz des Computers. Im Berichtsjahr wurden im Kanton Bern für Maschinenzeichner und Technische Zeichner – sofern der Lehrbetrieb und der Lehrling dies verlangt haben – CAD-unterstützte Prüfungen durchgeführt. Auch in diesem Bereich wird der Arbeitsaufwand in den nächsten Jahren sowohl für die Prüfungsbehörde als auch für die Experten um ein Mehrfaches ansteigen und entsprechende Mehrkosten verursachen.

2.9 Kantonale Bildungsanstalten

2.9.1 Allgemeines

Die Ingenieurschulen Biel, Burgdorf und St. Immer sowie die Schweizerische Ingenieur- und Fachschule für die Holzwirtschaft wurden per Anfang 1992 gemäss neuer Aufbauorganisation der Erziehungsdirektion unterstellt.

2.9.2 Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel

Im Mittelpunkt der Schulpolitik stand die Frage der Angliederung der Schule an die Handelsmittelschule Biel, welcher die Regierung grundsätzlich zugestimmt hat. Die Stellungnahme der Stadt Biel wird für Mitte 1993 erwartet. Die Entwicklung der Schülerschaft seit 1987 ist gekennzeichnet durch einen starken Rückgang der ausserkantonalen Absolventinnen und Absolventen. Gegenüber 30 Ausserkantonalen 1987 sind es heute noch deren drei. Die Gesamtschülerzahl (113) hat sich gegenüber dem Vorjahr praktisch nicht verändert.

2.10 Gebäudeversicherung des Kantons Bern

2.10.1 Allgemeines

Die Rechnung des Geschäftsjahrs 1992 schliesst bei Einnahmen von 187,615 Mio. Franken und Ausgaben von 187,146 Mio. Franken mit einem Einnahmenüberschuss von 0,469 Mio. Franken (Vorjahr 2,6 Mio. Fr.) ab. Erhöht haben sich erneut die Ausgaben im Bereich Schadenverhütung/-bekämpfung. Die GVB sah sich veranlasst, Reserven aufzulösen.

2.10.2 Feuerschadenverlauf

Der Feuerschadenverlauf hat sich gegenüber dem Vorjahr erneut massiv verschlechtert. Die Schäden erreichten 69,2 Mio. Franken

ne pas obtenir leur certificat de capacité dans la deuxième catégorie (6,9%).

Lors des examens de fin d'apprentissage pour employés de commerce, des problèmes se sont à nouveau posés pour la branche «Travaux pratiques/connaissances de l'entreprise et de la branche». En outre, les charges de personnel et les coûts ont considérablement augmenté. La situation a été discutée avec les commissions des examens d'arrondissement. On est parvenu à la conclusion que les coûts des examens non déterminants pour la subvention fédérale doivent en partie être mis à la charge des entreprises d'apprentissage. Comme l'usage le veut actuellement pour les professions industrielles et artisanales, une contribution aux frais de matériel, variant entre 40 et 70 francs selon la profession, sera perçue pour chaque examen subi dans les professions du commerce et de la vente.

L'évolution de la formation pratique dans les diverses professions de dessinateurs exige la mise à disposition d'ordinateurs pour l'examen de fin d'apprentissage. Dans le canton de Berne, les examens se sont déroulés, pour les dessinateurs sur machines et les dessinateurs techniques, sur un système CAO dans la mesure où l'entreprise et l'apprenti l'avaient souhaité. Pour ces professions, les examens occasionneront ces prochaines années un surcroît de travail pour les autorités responsables et les experts et des dépenses supplémentaires considérables.

2.9 Ecoles cantonales

2.9.1 Généralités

Les écoles d'ingénieurs de Bienne, Berthoud et Saint-Imier ainsi que l'Ecole suisse d'ingénieurs et de techniciens du bois ont été transférées au début de 1992 à la Direction de l'instruction publique, conformément à la nouvelle organisation structurelle.

2.9.2 Ecole d'administration et des transports de Bienne

La question de l'affiliation de l'école à l'Ecole supérieure de commerce de Bienne, que le Conseil-exécutif a en principe approuvée, a été largement discutée. La Ville de Bienne devrait émettre un avis d'ici la fin du premier semestre 1993. L'évolution des effectifs d'élèves a été caractérisée, depuis 1987, par une nette diminution du nombre des élèves venant d'autres cantons. Alors que l'école en comptait 30 en 1987, il n'en reste plus que trois actuellement. L'effectif des élèves (113) est pratiquement demeuré inchangé par rapport à 1991.

2.10 Assurance immobilière du canton de Berne

2.10.1 Généralités

Avec 187,615 millions de francs de recettes et 187,146 millions de francs de dépenses, les comptes de l'exercice annuel 1992 se soldent par un excédent de recettes de 0,469 million de francs (année précédente: 2,6 millions de francs). Les dépenses, dans le domaine de la prévention des dommages et de la lutte contre ceux-ci, ont à nouveau augmenté. L'AIB a dû dissoudre des réserves.

2.10.2 Evolution des dommages causés par le feu

Par rapport à l'année précédente, l'évolution des dommages causés par le feu a de nouveau considérablement empiré. Les dommages

(1991: 54,7 Mio.Fr.) und erhöhten sich damit um 26,5 Prozent. Eine der Hauptursachen liegt in der sprunghaft angestiegenen Zahl von Brandstiftungen. Im Vordergrund stehen dabei Anschläge auf Asylantenunterkünfte in fast allen Teilen des Kantons Bern. Brandstiftung als Schadenursache ist somit zum Problem Nummer eins geworden.

ont atteint la somme de 69,2 millions de francs (1991: 54,7 millions fr.), ce qui représente une hausse de 26,5 pour cent. Le nombre d'incendies criminels a fortement progressé et c'est une des raisons principales de cette évolution défavorable. Les attentats perpétrés contre des bâtiments abritant des requérants d'asile, dans presque toutes les régions du canton de Berne, viennent en l'occurrence au premier plan. L'incendie volontaire, comme cause de dommage, est ainsi devenu le problème majeur.

2.10.3 *Elementarschadenverlauf*

Die Elementarschäden beliefen sich auf 28,4 Mio. Franken und bewegen sich damit im Rahmen des Vorjahrs (28,6 Mio. Fr.).

2.10.3 *Evolution des dommages dus aux éléments*

Les dommages dus aux éléments se sont montés à 28,4 millions de francs et se situent ainsi dans le cadre de ceux de l'année précédente (28,6 millions fr.).

2.10.4 *Schadenverhütung und -bekämpfung*

Die Kosten für die Schadenverhütung und -bekämpfung betrugen 1992 rund 36,6 Mio. Franken (1991: 33,4 Mio. Fr.), was einer Steigerung von 9,8 Prozent entspricht. Für Einzelheiten wird auf den separaten Geschäftsbericht 1992 der GVB verwiesen.

2.10.4 *Prévention des dommages et lutte contre ceux-ci*

En 1992, les coûts de la prévention des dommages et de la lutte contre ceux-ci se sont élevés à près de 36,6 millions de francs (1991: 33,4 millions fr.), ce qui correspond à une augmentation de 9,8 pour cent. Pour les détails, se référer au rapport de gestion 1992 séparé, de l'AIB.

3. **Parlamentarische Vorlagen und Verordnungen**

Übersicht:

	1988	1989	1990	1991	1992
Volksbegehren	-	-	-	-	-
Gesetze	4	5	2	-	5
Dekrete	2	3	1	2	3
Volksbeschlüsse	-	-	-	-	1
Grossratsbeschlüsse	-	-	-	-	1
Direktionsgeschäfte	20	16	14	7	15
Verordnungen	10	12	13	1	4

In der Statistik sind nur diejenigen Geschäfte aufgeführt, die von der Volkswirtschaftsdirektion traktandiert wurden. Auflistung nach dem Jahr der Behandlung im Grossen Rat.

3.1 **Gesetze, Dekrete und Grossratsbeschlüsse**

- 1992 wurden dem Grossen Rat folgende Gesetze, Dekrete, Grossratsbeschlüsse und Volksbeschlüsse unterbreitet:
- Gesetz über die Krankenversicherung (Änderung)
 - Gesetz über die Versicherung der Fahrhabe gegen Feuergefahr (Aufhebung)
 - Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG)
 - Gesetz über die Arbeit, Betriebe und Anlagen (ABAG)
 - Gesetz über die Verbesserung des Wohnungsangebotes (Änderung)
 - Dekret über die Krankenversicherung (Änderung)
 - Dekret über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (Dekret IV zum Gesetz über die Verbesserung des Wohnungsangebotes)
 - Dekret über die Organisation der Volkswirtschaftsdirektion
 - Grossratsbeschluss betreffend die Vereinbarung zwischen den Kantonen Bern und Neuenburg über die gegenseitige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern an Vollzeitschulen
 - Bern: Gewerblich-Industrielle Berufsschule GIBB: Erweiterung Lorraine - Projekt CAMPUS II; Staatsbeitrag (Verpflichtungskredit)

3. **Textes législatifs soumis au Parlement et ordonnances**

Récapitulatif:

	1988	1989	1990	1991	1992
Initiatives populaires	-	-	-	-	-
Lois	4	5	2	-	5
Décrets	2	3	1	2	3
Arrêts populaires	-	-	-	-	1
Arrêts du Grand Conseil	-	-	-	-	1
Affaires de Direction	20	16	14	7	15
Ordonnances	10	12	13	1	4

Ces chiffres ne reprennent que les affaires traitées par la Direction de l'économie publique. Répartition selon l'année où le Grand Conseil a traité l'affaire.

3.1 **Lois, décrets et arrêtés du Grand Conseil**

- En 1992, les lois, décrets, arrêtés du Grand Conseil et arrêtés populaires indiqués ci-après ont été soumis au Grand Conseil:
- Loi concernant l'assurance en cas de maladie (modification)
 - Loi concernant l'assurance mobilière contre l'incendie (abrogation)
 - Loi sur le commerce et l'industrie (LCI)
 - Loi sur le travail, les entreprises et les installations (LTEI)
 - Loi concernant l'amélioration de l'offre de logements (modification)
 - Décret sur l'assurance-maladie (modification)
 - Décret encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements (décret IV relatif à la loi sur l'amélioration de l'offre de logements)
 - Décret concernant l'organisation de la Direction de l'économie publique
 - Arrêté du Grand Conseil concernant la convention bilatérale entre les cantons de Berne et de Neuchâtel quant à l'accueil réciproque d'élèves à plein temps

Die *Direktionsgeschäfte* betrafen:

Wirtschaftsförderung

- Vertragsgenehmigungen: Kaufverträge

Fremdenverkehrsförderung

- Kurhotel Lenkerhof AG, Lenk im Simmental: Erweiterung Kurzentrum Lenk; Staatsbeitrag (Zahlungskredit)
- Internationales Tennisturnier «Swiss Open» Gstaad; Baukonzept 1992 bis 1995; Staatsbeitrag (Verpflichtungskredit)
- Einwohnergemeinde Gadmen: Wiederherstellung des alten Sustenweges; Beiträge aus allgemeinen Staatsmitteln und aus dem Lotteriefonds (Verpflichtungskredit)

Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)

- Informatikprojekt AREGIS/BABAD; Realisierungsbewilligung und Objektkredit; Ausgabenbewilligung
- Realisierungsbewilligung für das Informatikprojekt FEUKO Version 2 (Feuerungskontrolle); Objektkredit; Ausgabenbewilligung

Berufsbildung

- Bern: Gewerblich-Industrielle Berufsschule GIBB: Erweiterung Lorraine - Projekt CAMPUS II; Staatsbeitrag (Verpflichtungskredit)
- Mülenen: Ausbildungszentrum für das Autogewerbe, Sektion Oberland; Staatsbeitrag (Verpflichtungskredit)
- Worb: Aus- und Weiterbildungszentrum der Interessengemeinschaft Kantonalberner Maler- und Gipsermeisterverbände; Staatsbeitrag (Verpflichtungskredit)

Nachkredite

- Amt für Wohnungswesen: Gewährung von Zuschüssen an Miet- und Hypothekarzins
- Versicherungsamt: Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EL)
- Versicherungsamt: Beiträge des Staates an den Bund zur Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) und der eidgenössischen landwirtschaftlichen Familienzulagen (FL)
- Bern: Erweiterungsbau der Ingenieurschule Bern HTL 1. Etappe; Kantonsbeitrag/Verpflichtungskredit
- Amt für Berufsbildung: Finanzierung der Betriebsbeiträge an Gemeinden

Berichte

- Abbau von EMD-Arbeitsplätzen im Kanton Bern
- Abkommen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) - Inhalt und Bedeutung sowie Auswirkungen auf den Kanton Bern
- Künftige Aufgaben und die Organisation der Gebäudeversicherung des Kantons Bern

3.2 Verordnungen

Der Regierungsrat hat 1992 folgende Verordnungen erlassen:

- Verordnung über die Volkswirtschaftskommission
- Verordnung über die Gebühren der Volkswirtschaftsdirektion (Zusammenfassen von drei bisherigen Gebührenverordnungen)
- Verordnung über die Ausbildung, Prüfung und Diplomierung von

- Berne: école professionnelle industrielle et artisanale (GIBB); extension dans le quartier de la Lorraine - projet CAMPUS II; subvention cantonale (crédit d'engagement)

Les *affaires de Direction* concernaient:

Promotion économique

- Approbation de contrats: contrats de vente

Encouragement du tourisme

- Kurhotel Lenkerhof AG, La Lenk e. Simmental: agrandissement du centre de cure de La Lenk; contribution de l'Etat (crédit de paiement)
- Tournoi de tennis international «Swiss Open» de Gstaad; programme de construction 1992 à 1995; contribution de l'Etat (crédit d'engagement)
- Commune municipale de Gadmen: remise en état de l'ancien chemin du Susten; contribution imputée sur les fonds publics et sur le Fonds de loterie (crédit d'engagement)

Office de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT)

- Autorisation de réaliser le projet informatique AREGIS/BABAD; crédit d'ouvrage; autorisation de dépenses
- Autorisation de réaliser le projet FEUKO version 2 (contrôle des installations de combustion); crédit d'ouvrage; autorisation de dépenses

Formation professionnelle

- Berne: école professionnelle industrielle et artisanale (GIBB): extension dans le quartier de la Lorraine - Projet CAMPUS II; subvention cantonale (crédit d'engagement)
- Mülenen: centre de formation pour la branche automobile, section Oberland; subvention cantonale (crédit d'engagement)
- Worb: centre de formation et de perfectionnement de la communauté d'intérêts des maîtres plâtriers-peintres; subvention cantonale (crédit d'engagement)

Crédits supplémentaires

- Office du logement: octroi de contributions aux loyers et aux intérêts d'emprunts hypothécaires
- Office des assurances: prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse et survivants, et à l'assurance-invalidité (PC)
- Office des assurances: contributions versées par le canton à la Confédération pour le financement de l'assurance-vieillesse et survivants, l'assurance-invalidité (AVS/AI) ainsi que des allocations familiales dans l'agriculture
- Berne: extension de l'Ecole d'ingénieurs ETS de Berne, 1^{re} étape; subvention cantonale/crédit d'engagement
- Office de la formation professionnelle: financement des subventions à l'exploitation accordées à des communes

Rapports

- Suppression d'emplois DMF dans le canton de Berne
- Accord sur l'Espace économique européen (EEE) - Contenu, importance et conséquences pour le canton de Berne
- Tâches futures et organisation de l'Assurance immobilière du canton de Berne

3.2 Ordonnances

Le Conseil-exécutif a arrêté en 1992 les ordonnances suivantes:

- Ordonnance concernant la commission d'économie générale
- Ordonnance fixant les émoluments de la Direction de l'économie publique (refonte des trois anciennes ordonnances concernant les émoluments)

Handelslehrerinnen und Handelslehrern (magister rerum politicarum)
 – Verordnung Wohnbau- und Eigentumsförderung
 Ferner erfolgte eine Änderung des Kaminfeuertarifs.

4. Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

Übersicht (im Grossen Rat behandelt):

	1988	1989	1990	1991	1992
Motionen	13	12	7	13	8
Postulate	1	3	3	4	2
Interpellationen	15	12	15	13	14
Schriftliche Anfragen	4	–	–	–	–

Hängige Motionen und Postulate:

	Motionen	Postulate	Total
Hängig aus den Vorjahren	10	8	18
Überwiesen im Berichtsjahr	4	2	6
dito Motionen als Postulat	–	4	4
Total zu behandeln	14	14	28
./ im Berichtsjahr erfüllt und damit abzuschreiben (Ziff. 4.1)	6	4	10
Ende Berichtsjahr hängig:			
– ohne Fristverlängerung (Ziff. 4.2.1)	5	7	12
– mit Fristverlängerung (Ziff. 4.2.2)	3	3	6
Total hängig (Ziff. 4.2)	8	10	18

4.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

4.1.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate

Postulat Moser aus dem Jahre 1982 betreffend Bewilligungspflicht und Aufsicht über die Treuhänder und
Motion Jenni aus dem Jahre 1985 – als Postulat überwiesen – betreffend Totalrevision des Gewerbegesetzes: Die beiden Anliegen sind im Rahmen der Arbeiten zur Revision des Gewerbegesetzes geprüft und erörtert worden. Das neue Gesetz über Handel und Gewerbe, welches am 4. November 1992 vom Grossen Rat in zweiter Lesung verabschiedet worden ist, ist in verschiedenen Bereichen liberaler als das bisherige Gewerbegesetz. Im Zug der angestrebten Liberalisierung sind einerseits verschiedene Berufe aus der Bewilligungspflicht entlassen worden. Auf der anderen Seite hat der Grosse Rat auf die Einführung einer Bewilligungspflicht für Treuhänder verzichtet. Die Anliegen sind somit erfüllt.

Motion Seiler (Moosseedorf) aus dem Jahre 1988 betreffend Bekämpfung der Missbräuche im Kleinkreditwesen: Der Grosse Rat hat am 4. November 1992 das neue Gesetz über Handel und Gewerbe verabschiedet. Darin wird das gewerbsmässige Gewähren und Vermitteln von Krediten bewilligungspflichtig erklärt, soweit es von Unternehmen ausgeübt wird, die dem eidgenössischen Bankengesetz nicht unterstellt sind. In einem eigenen Abschnitt sind besondere Vorschriften über das Konsumkreditwesen enthalten, so insbesondere die Beschränkung der Gesamtkreditkosten auf 15 Prozent im Jahr. Schliesslich wird der Regierung die Kompetenz eingeräumt, auf dem Verordnungsweg weitere Begrenzungen im Kleinkreditwesen zu erlassen.

Motion Rickli aus dem Jahre 1988 betreffend Kontrolle von Gasfeuerungsanlagen für Heizzwecke: Nach den umfangreichen Vorbereitungen

– Ordonnance concernant la formation, les examens et le diplôme de maîtres et maîtresses de branches économiques (magister rerum politicarum)
 – Ordonnance sur l'encouragement à la construction et l'accession à la propriété de logements
 Le tarif des ramoneurs a fait en outre l'objet d'une modification.

4. Interventions parlementaires (motions et postulats)

Récapitulatif (interventions examinées au Grand Conseil):

	1988	1989	1990	1991	1992
Motions	13	12	7	13	8
Postulats	1	3	3	4	2
Interpellations	15	12	15	13	14
Questions écrites	4	–	–	–	–

Motions et postulats en suspens:

	Motions	Postulats	Total
En suspens depuis les années précédentes	10	8	18
Acceptés au cours de l'année écoulée	4	2	6
Motions acceptées comme postulats	–	4	4
A examiner au total	14	14	28
./ réalisés et donc classés au cours de l'année écoulée (ch. 4.1)	6	4	10
En suspens à la fin de l'année écoulée:			
– sans prolongation (ch. 4.2.1)	5	7	12
– avec prolongation (ch. 4.2.2)	3	3	6
En suspens au total (ch. 4.2)	8	10	18

4.1 Classement des motions et postulats

4.1.1 Classement des motions et postulats réalisés

Postulat Moser déposé en 1982, concernant l'autorisation d'exercer la profession et la surveillance des fiduciaires et *Motion Jenni* déposée en 1985 – acceptée comme postulat – concernant la révision totale de la loi sur l'industrie: les deux requêtes ont été examinées et discutées dans le cadre des travaux de révision de la loi précitée. La nouvelle loi sur le commerce et l'industrie, qui a été adoptée en deuxième lecture par le Grand Conseil le 4 novembre 1992, s'inspire des principes d'une politique plus libérale que l'actuelle loi. La libéralisation envisagée consiste d'une part à affranchir diverses professions du régime des autorisations obligatoires. D'autre part, le Grand Conseil a renoncé à introduire ce régime pour les fiduciaires. Les requêtes sont ainsi réalisées.

Motion Seiler (Moosseedorf) déposée en 1988, concernant la lutte contre les abus en matière de petits crédits: le Grand Conseil a adopté le 4 novembre 1992 la nouvelle loi sur le commerce et l'industrie. Elle prévoit d'instaurer l'obligation de soumettre à autorisation l'octroi et la mise à disposition de crédits dans la mesure où les établissements concernés sont régis par les dispositions de la loi sur les banques. Un chapitre contient des dispositions particulières sur le crédit à la consommation, et en particulier la limitation des frais de crédit à 15 pour cent par année. Enfin, le Conseil-exécutif est autorisé à introduire d'autres restrictions en matière de petits crédits par voie d'ordonnance.

Motion Rickli déposée en 1988, concernant le contrôle des installations de chauffage alimentées au gaz: une fois les nombreux préparatifs achevés (recensement des installations, formation des contrôleurs, etc.), le contrôle des installations de chauffage alimentées au

tungsarbeiten (Erhebungen der Anlagen, Ausbildung der Kontrolleure usw.) ist die Kontrolle der Gasfeuerungsanlagen im Herbst 1992 programmgemäss angelaufen. Das Anliegen ist erfüllt.

Motion Blatter (Bern) aus dem Jahre 1989 – als Postulat überwiesen – betreffend Schaffung eines Ausbildungslehrganges für Informatiker/Informatikerin: Aufgrund des vom Kanton Bern mit Ermächtigung der Bundesbehörden erlassenen vorläufigen Ausbildungs- und Prüfungsreglements wird ab Spätsommer 1993 mit der Ausbildung in diesem Beruf begonnen.

Motion Wyss (Langenthal) betreffend Verbesserung der HTL-Vorbereitung während der Lehre: Lehrgänge, die zur Berufsmaturität führen, werden im Kanton Bern ab Spätsommer beginnen. Damit werden u. a. die Voraussetzungen für eine verbesserte HTL-Vorbereitung geschaffen.

Motion Marthaler (Oberlindach) betreffend Gebäudeversicherung und Wehrdienste: Der Grosse Rat hat in der November-Session 1992 Kenntnis genommen vom Bericht des Regierungsrates über die künftigen Aufgaben und die Organisation der Gebäudeversicherung des Kantons Bern. Das Anliegen des Motionärs wurde damit erfüllt.

Motion Pétermann betreffend Vermeidung von Sparmassnahmen, die v. a. im Bereich der Ausbildung negative Auswirkungen hätten: Schulorganisatorische Massnahmen, die für die französischsprachige Minderheit von Nachteil sein könnten, sind nicht getroffen worden und auch nicht geplant. Allfällige schulorganisatorische Massnahmen im französisch-sprachigen Kantonsgebiet werden soweit möglich auch in Zukunft unter Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse der welschen Minderheit getroffen werden.

Postulat Aellen betreffend Lufttaufen und Sommersmog: Mit all den Anstrengungen zur Reduktion der Ozonbelastung während der Sommermonate wie z. B. Aufrufe, Merkblätter, Inseratekampagne, Publikationen usw. haben der Regierungsrat und die Fachstelle Luftreinhaltung die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Dies betrifft auch die im Postulat anvisierten «Luftaktivitäten». Dem Anliegen des Postulanten ist somit Rechnung getragen worden.

Motion Marthaler (Biel) betreffend Trägerschaft für die Holzfachschule Biel, Gartenbauschule Oeschberg, Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel und Schnitzler- und Geigenbauschule Brienz: Die Trägerschaft der beiden dem Amt für Berufsbildung unterstellten kantonalen Schulen (Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel sowie Schnitzler- und Geigenbauschule Brienz) wurde eingehend geprüft. Es ist vorgesehen, die Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel aufzuheben und die entsprechenden Klassen in die Handelsmittelschule Biel überzuführen. Ausstehend ist noch die Stellungnahme der Stadt Biel zum Vorhaben. An der Trägerschaft der Schnitzler- und Geigenbauschule Brienz wird festgehalten. Dies ist das Ergebnis einer Analyse durch eine Arbeitsgruppe unter Beizug einer externen Beraterfirma. Der Auftrag der Motion, nämlich die Überprüfung der Trägerschaften der beiden Schulen, ist damit erfüllt.

4.1.2 Ausserordentliche Abschreibung

Keine.

4.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

4.2.1 Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist

Motion Bischoff betreffend EG 92; wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Die Anpassung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat angesichts des EWR-Neins vom 6. Dezember 1992 nichts an Aktualität verloren und ist als Daueraufgabe des Staates zu betrachten. Über Notwendigkeit und Richtung von Anpassungen der wirtschaftli-

gaz a été introduit comme prévu en automne 1992. La demande du motionnaire est ainsi réalisée.

Motion Blatter (Berne) – acceptée comme postulat – concernant l'introduction d'une formation d'informaticien/ne: le canton de Berne a arrêté un règlement d'apprentissage provisoire avec l'autorisation de la Confédération. Cette formation sera dispensée à partir de l'automne 1993.

Motion Wyss (Langenthal) concernant une meilleure préparation aux ETS pendant l'apprentissage: les cours de préparation à la maturité professionnelle débiteront dans le canton de Berne à la fin de l'été 1993. Cela permettra en même temps d'améliorer les conditions de préparation aux ETS

Postulat Marthaler (Oberlindach) concernant l'«Assurance immobilière et la défense contre le feu et autres dommages»: le Grand Conseil a pris acte, lors de la session de novembre 1992, du rapport du Conseil-exécutif sur les futures tâches et l'organisation de l'Assurance immobilière dans le canton de Berne. La demande du motionnaire est ainsi réalisée.

Motion Pétermann concernant les économies ayant des effets dommageables, notamment dans le domaine de la formation: il n'a pas été engagé de mesures de restructuration de l'enseignement professionnel qui soient préjudiciables à la minorité francophone et de telles mesures ne sont pas non plus envisagées. Au cas où des mesures de cette nature devraient être mises en œuvre dans la partie francophone du canton, les besoins de cette minorité seraient pris en compte autant que faire se peut.

Postulat Aellen concernant les baptêmes de l'air et le smog estival: par leurs efforts visant à réduire les concentrations d'ozone pendant les jours d'été (appels à la population, aide-mémoire, campagnes par voie d'annonces, publications) le Conseil-exécutif et le service de la protection de l'air ont utilisé tous les moyens qui sont à leur disposition. Cela concerne également les baptêmes de l'air en hélicoptère qui font l'objet de la requête. Il a ainsi été tenu compte de cette demande.

Motion Marthaler (Bienne) concernant l'attribution d'un nouvel organe responsable pour l'Ecole du bois de Bienne, l'Ecole d'agriculture et d'horticulture d'Oeschberg, l'Ecole d'administration et des transports de Bienne, l'Ecole de sculpture sur bois et de luthiers de Brienz: cette question a fait l'objet d'une étude approfondie en ce qui concerne les deux écoles cantonales dépendant de l'Office de la formation professionnelle (Ecole d'administration et des transports de Bienne et Ecole de sculpture sur bois et de luthiers de Brienz). Il est prévu de supprimer l'Ecole d'administration et des transports de Bienne et de transférer les classes à l'Ecole supérieure de commerce de Bienne. La ville de Bienne ne s'est pas encore prononcée sur ce projet. En ce qui concerne l'école précitée de Brienz, l'organe responsable actuel doit être maintenu, selon une analyse faite par un groupe de travail avec le concours d'une société de conseil externe. La demande du motionnaire, à savoir examiner l'attribution de l'organe responsable des deux écoles en question, est ainsi réalisée.

4.1.2 Classement exceptionnel

Aucun.

4.2 Réalisation des motions et postulats acceptés

4.2.1 Motions et postulats dont le délai de deux ans n'est pas encore expiré

Motion Bischoff concernant le marché unique européen 1992: conditions-cadre: l'adaptation des conditions-cadre économiques n'a en rien perdu de son actualité malgré le résultat du vote du 6 décembre 1992 et demeure une tâche durable pour le canton. La Direction de l'économie publique a été mandatée, par un ACE du 16 décembre

chen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Öffnung des Wirtschaftsraumes Bern wird gemäss RRB vom 16. Dezember 1992 ein in Auftrag gegebener und für März 1993 erwarteter Bericht der Volkswirtschaftsdirektion Aufschluss geben.

Motion Kiener (Bolligen) betreffend Kinderzulagen für Arbeitnehmerinnen in Privathaushaltungen: Das Anliegen der Motionärin wird in einer Teilrevision des Gesetzes vom 5. März 1961 über Kinderzulagen für Arbeitnehmer (KZG) berücksichtigt. Der Grosse Rat wird das teilrevidierte KZG voraussichtlich in der März-Session 1993 behandeln.

Motion Jenni (Kappelen) betreffend Hotel-Gäste-Kontrolle/Melde-scheine und

Motion von Gunten – als Postulat überwiesen – betreffend Nichtraucherbereich/Nichtraucherinnenbereich und

Motion Vermot – Punkt 1.1 als Postulat und Punkt 2 als Motion überwiesen – betreffend Missbrauch von Go-Go-Girls aus der Dritten Welt und

Postulat Blatter (Bolligen) betreffend restriktive Praxis beim Erteilen von Bewilligungen für Striptease-Auftritte in Dancings: Alle Anliegen werden im Rahmen der laufenden Totalrevision des Gastgewerbe-gesetzes bearbeitet. Nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens im Herbst 1992 ist die erste Lesung des Gesetzes im Grossen Rat für die Juni-Session 1993 vorgesehen.

Motion Baumann (Uetendorf) – Punkt 1 abgelehnt, Punkt 2 als Postulat überwiesen – betreffend Selve AG in Uetendorf schliesst ihre Tore: Die definitive Schliessung der Selve AG in Uetendorf wird erst in der zweiten Jahreshälfte 1993 stattfinden. Kontakte der Wirtschaftsförderung mit der Selve AG, der Gemeinde und möglichen Nutzern finden periodisch statt. Bezüglich Form und Ausmass der künftigen Neunutzung der Liegenschaft kann in Zusammenarbeit mit den involvierten Parteien nicht vor Räumung und Demontage der Anlagen Ende 1993 Stellung genommen werden.

Motion Blatter (Bern) – als Postulat überwiesen – betreffend Änderung des Dekrets betreffend Neufestsetzung des Mindestansatzes der Kinderzulage für Arbeitnehmer: Der Vorstoss zielt darauf ab, den Mindestansatz der Kinderzulage von 125 auf 150 Franken pro Monat und Kind zu erhöhen. Dem Anliegen soll durch eine Änderung des Gesetzes vom 5. März 1961 über Kinderzulagen für Arbeitnehmer (KZG) Rechnung getragen werden. Der Grosse Rat wird das teilrevidierte KZG voraussichtlich in der März-Session 1993 behandeln.

Motion Wyss (Langenthal) betreffend Schulorganisation im Berufsschulwesen: Die Erkenntnisse aus dem Bericht über die Schulorganisation im Berufsschulwesen werden laufend umgesetzt. Ein Bericht über Angebot, Anzahl und Finanzierung der Institutionen der Berufsbildung ist im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket Haushalt-gleichgewicht verwaltungsintern in Vorbereitung.

Motion Meyer (Langenthal) – als Postulat überwiesen – betreffend Kontroll- und Messaufgaben des KIGA: Im Bereich der Emissionsmessungen bei Industrie- und Gewerbeanlagen, welche gemäss LRV periodisch mindestens alle drei Jahre durchgeführt werden müssen, ist eine weitgehende Delegation an Private vorgenommen worden. In weiteren Bereichen, z. B. Kontrolle der Gasrückführung bei Tankstellen, ist eine Delegation der Kontrollen in Vorbereitung. Im Verlauf des Jahres 1993 wird dazu ein Bericht erstellt.

Motion Jost – Teil 1 als Motion und Teil 2 als Postulat überwiesen – betreffend Arbeitsbeschaffungsprogramm: Der Regierungsrat hat die in der Antwort auf die Motion Jost aufgelisteten Massnahmen im Verlauf des Jahres weiter vorangetrieben (Beschränkung der Arbeitsbewilligungen im Asylbereich, restriktive Saisoniers- und Jahresaufenthaltsbewilligungen, Aktivierung der Arbeitsvermittlung und Durchführung diverser Beschäftigungsprogramme usw.). Angesichts der sich weiter verschärfenden Lage auf dem Arbeitsmarkt und weiterer parlamentarischer Vorstösse in dieselbe Richtung sind aktive und unterstützende Massnahmen anhaltend zu prüfen und vorzubereiten.

Motion Haller – als Postulat überwiesen – betreffend Reduktion der Arbeitsplätze in der Agglomeration Thun: Die Kerngruppe «EMD-Arbeitsplätze» hat dem Regierungsrat im August 1992 erstmals einen umfangreichen Bericht über Stand der Gegenmassnahmen zum Abbau von EMD-Arbeitsplätzen und das Programm 92/93 unterbrei-

1992, d'établir un rapport, pour mars 1993, sur la nécessité d'adapter les conditions-cadre et les options à fixer dans le but de renforcer la compétitivité de notre économie et de favoriser l'ouverture des marchés bernois.

Motion Kiener (Bolligen) concernant les allocations pour enfants aux salariés des ménages privés: il a été tenu compte de la requête de la motionnaire lors de la révision de la loi du 5 mars 1961 sur les allocations pour enfants. Le projet de révision sera examiné par le Grand Conseil probablement au cours de la session de mars 1993.

Motion Jenni (Kappelen) concernant le contrôle des clients dans les hôtels/fiches de contrôle et

Motion von Gunten – acceptée comme postulat – concernant les coins non-fumeurs et

Motion Vermot – point 1.1 accepté comme postulat et point 2 comme motion – concernant les entraîneuses venant du tiers monde et

Postulat Blatter (Bolligen) concernant l'autorisation de strip-tease: pratique restrictive: ces diverses demandes sont examinées dans le cadre de la révision totale de la loi sur l'hôtellerie et la restauration. A l'issue de la procédure de consultation qui a eu lieu en automne 1992, il a été prévu que le projet serait examiné en première lecture par le Grand Conseil pendant la session de juin 1993.

Motion Baumann (Uetendorf) – point 1 rejeté, point 2 accepté comme postulat – concernant la fermeture de l'entreprise SELVE AG d'Uetendorf: l'entreprise ne fermera définitivement ses portes qu'au cours du deuxième semestre 1993. La Promotion économique reste en contact permanent avec SELVE AG, la commune concernée et les éventuels futurs utilisateurs. On ne pourra savoir, avec l'accord des parties intéressées, sous quelle forme et dans quelle mesure l'immeuble pourra être réutilisé que lorsque l'évacuation des locaux et le démontage des installations auront eu lieu, soit à la fin de 1993.

Motion Blatter (Berne) – acceptée comme postulat – sur la modification du décret concernant l'ajustement du taux minimum de l'allocation pour enfants aux salariés: le motionnaire souhaite que le taux minimum passe de 125 à 150 francs par mois et par enfant. Il sera tenu compte de la demande par le biais d'une modification de la loi du 5 mars 1961 sur les allocations pour enfants aux salariés. Le projet de révision de la loi sera soumis au Grand Conseil probablement lors de la session de mars 1993.

Motion Wyss (Langenthal) concernant l'organisation des écoles professionnelles bernoises: on ne cesse de prendre en compte les enseignements contenus dans le rapport sur l'organisation des écoles professionnelles. Un nouveau rapport sur l'offre, le nombre et le financement des institutions de la formation professionnelle est en préparation dans le cadre du plan de mesures destiné à équilibrer les finances de l'Etat.

Motion Meyer (Langenthal) – acceptée comme postulat – concernant les contrôles et mesures effectués par l'OCIAMT: en ce qui concerne les mesures des émissions provenant d'installations industrielles et artisanales, qui doivent être effectuées périodiquement au moins tous les trois ans conformément à l'OPair, une bonne partie des tâches ont été déléguées au secteur privé. Une délégalation des contrôles est également envisagée dans d'autres domaines comme le contrôle des équipements de récupération des vapeurs d'essence dans les stations-service. Un rapport à ce sujet sera présenté en 1993.

Motion Jost – point 1 accepté comme motion et point 2 comme postulat – concernant un plan de création d'emplois: la mise en œuvre des mesures énumérées dans la réponse à la motion Jost a été poursuivie (limitation du nombre des admissions de demandeurs d'asile, limitation du contingent de saisonniers et du nombre de nouvelles autorisations de séjour à l'année, renforcement des activités dans les services de placement et mise en route de programmes d'occupation). Comme la situation s'est encore aggravée sur le marché du travail et que diverses interventions parlementaires traitant du même objet ont été déposées, il convient de réexaminer en permanence les mesures proposées, voire d'en préparer de nouvelles.

Motion Haller – acceptée comme postulat – concernant les suppressions d'emplois dans l'agglomération de Thoun: la cellule «Emplois DMF» a présenté au Conseil-exécutif un rapport complet sur les

tet. Die im Postulat geforderte Produkte-Diversifikation ist in zahlreichen Massnahmenpaketen des Berichts vertreten: Innovations- und Technologieförderung, Forschung und Entwicklung im Auftrag Dritter, Kooperationen in den Bereichen Umwelttechnik, Abfallentsorgung, Rollmaterial und allgemeiner industrieller Produkte als mögliche Diversifikationsfelder waren und bleiben auch 1993 Gegenstand eingehender Abklärungen und Studien.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristenerstreckung*

Motion Loeb aus dem Jahre 1986 betreffend Deblockierung von Landankäufen und Landverkäufen gemäss Landerwerbsfonds der Wirtschaftsförderung: Trotz erfolgter Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes müssen aufgrund der geltenden Staatsverfassung Landgeschäfte in der Regel dem Grossen Rat zur Bestätigung unterbreitet werden. Die teilweise Wiedereinführung der früher bewährten Kompetenzregelung ist im Entwurf zur neuen Staatsverfassung (Art. 88 Ziff. 3) enthalten. Die Zustimmung des Volkes vorausgesetzt, fehlt bis zum Inkrafttreten der neuen Staatsverfassung (1. 1. 1995) die zur Erfüllung der Motion notwendige verfassungsmässige Grundlage.

Motion Meyer aus dem Jahre 1987 – als Postulat überwiesen – betreffend volle Kinderzulagen für Teilzeitbeschäftigte: Dem Anliegen des Vorstosses wird mit einer Änderung des Gesetzes vom 5. März 1961 über Kinderzulagen für Arbeitnehmer (KZG) Rechnung getragen. Der Grosse Rat wird das teilrevidierte KZG voraussichtlich in der März-Session 1993 behandeln.

Motion Seiler (Ringgenberg) aus dem Jahre 1987 – als Postulat überwiesen – betreffend Änderung der Berechnungsgrundlagen für Schulkostenbeiträge der Wohnsitzgemeinden an die verschiedenen Berufsschulen: Die Überprüfung der Finanzierung des gesamten Bildungswesens – nicht nur der Berufsbildung – konnte noch nicht abgeschlossen werden. Mit der entsprechenden Umsetzung in gesetzgeberische Massnahmen kann nicht vor 1994 gerechnet werden.

Motion Rey aus dem Jahre 1988 – als Postulat überwiesen – betreffend Gesetz über die Wehrdienste: Das neue Feuerschutz- und Wehrdienstgesetz ist in der Vernehmlassung gut aufgenommen worden. Damit wurde auch die Frage im Zusammenhang mit dem Pflichtersatz überprüft. Es wird vorgeschlagen, das Pflichtersatzmaximum auf 400 Franken festzusetzen. Der Grosse Rat wird das Gesetz aller Voraussicht nach in der September-Session 1993 in erster Lesung beraten.

Motion Houriet aus dem Jahre 1989 betreffend Abschaffung der Bedürfnisklausel und

Motion Matti aus dem Jahre 1990 betreffend Aufhebung der Patentpflicht für traditionelle Feste: Alle Anliegen werden im Rahmen der laufenden Totalrevision des Gastgewerbegesetzes bearbeitet. Nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens im Herbst 1992 ist die erste Lesung des Gesetzes im Grossen Rat für die Juni-Session 1993 vorgesehen.

4.3 **Weitere Vorstösse**

Im Berichtsjahr wurden 14 Interpellationen aus folgenden Bereichen beantwortet:

mesures envisagées afin d'atténuer les effets de la suppression d'emplois du DMF ainsi que le programme 1992/93. De nombreux trains de mesures de diversification de la production – allant dans le sens souhaité par le motionnaire – sont proposés dans ce rapport: la promotion de l'innovation et de la technologie, la recherche et le développement sur mandat de tiers, la coopération dans les domaines de la technique environnementale, de l'élimination des déchets, du matériel roulant sont des secteurs d'activité qui font – et feront – l'objet d'études plus détaillées en 1993.

4.2.2 *Motions et postulats au bénéfice d'une prolongation de délai*

Motion Loeb déposée en 1986, concernant l'assouplissement des conditions d'achat et de vente de terrains dans le cadre du Fonds pour les affaires foncières prévu par la loi sur le développement de l'économie cantonale. Bien que cette loi ait été révisée, les affaires foncières continuent d'être soumises pour ratification, conformément à la Constitution cantonale, en règle générale au Grand Conseil. Le projet de la nouvelle Constitution prévoit de réintroduire en partie l'ancien régime des compétences, qui a fait ses preuves (art. 88, ch. 3). Pour autant que le peuple approuve le projet, la base légale nécessaire pour réaliser la motion fera défaut jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle Constitution, prévue pour le 1^{er} janvier 1995.

Motion Meyer déposée en 1987 – acceptée comme postulat – concernant le versement des allocations pour enfants complètes aux salariés travaillant à temps partiel: il est tenu compte de la demande de la motionnaire dans le cadre de la révision partielle de la loi du 5 mars 1961 sur les allocations pour enfants aux salariés. Le projet de modification de la loi sera probablement soumis au Grand Conseil lors de la session de mars 1993.

Motion Seiler (Ringgenberg) déposée en 1987 – acceptée comme postulat – concernant la modification des bases de calcul des contributions aux frais scolaires versées par les communes de domicile aux écoles professionnelles: la révision globale du financement de la formation – non seulement de la formation professionnelle – n'est pas encore achevée. La mise en œuvre des mesures législatives ne pourra intervenir avant 1994.

Motion Rey déposée en 1988 – acceptée comme postulat – concernant la loi sur la défense contre le feu et autres dommages: taxe d'exemption en fonction du revenu: la nouvelle loi sur la protection contre le feu et les services de défense a été bien accueillie lors de la procédure de consultation. La question de la taxe d'exemption a également été examinée. Il a été proposé de fixer la taxe d'exemption à un montant maximum de 400 francs. La loi sera probablement soumise en première lecture au Parlement lors de la session de septembre 1993.

Motion Houriet déposée en 1989 concernant la suppression de la clause du besoin et

Motion Matti déposée en 1990 concernant la dispense de patente pour les fêtes traditionnelles: toutes les requêtes sont traitées dans le cadre de la révision totale de la loi sur l'hôtellerie et la restauration actuellement en cours. A l'issue de la consultation qui a eu lieu en automne 1992, l'examen du projet de loi en première lecture par le Grand Conseil a été prévu pour la session de juin 1993.

4.3 **Autres interventions**

Au cours de l'année écoulée, 14 interpellations ont reçu une réponse, les domaines concernés étant les suivants:

Wirtschaftspolitik	4	Promotion économique	4
EMD-Arbeitsplatzabbau	2	Suppression d'emplois DMF	2
Fremdenverkehrsförderung	1	Encouragement de tourisme	1
Arbeitsmarkt	4	Marché du travail	4
KIGA allgemein	1	OCIAMT en général	1
Invalidentversicherung/Ergänzungsleistungen	1	Assurance invalidité/prestations complémentaires	1
Berufsbildung	1	Formation professionnelle	1

Ende des Berichtsjahrs waren noch drei Motionen, zehn Postulate und fünf Interpellationen hängig; diese werden im Verlauf des Jahres 1993 behandelt.

A la fin de l'année, trois motions, dix postulats et cinq interpellations étaient encore à examiner; ces interventions seront traitées au cours de l'année 1993.

Bern, April 1993

Berne, avril 1993

Der Volkswirtschaftsdirektor: *Siegenthaler*

Le directeur de l'économie publique: *Siegenthaler*

Vom Regierungsrat genehmigt am 28. April 1993

Approuvé par le Conseil-exécutif le 28 avril 1993

